

Geschätzte Frau Kollegin, nehmen Sie das bitte zur Kenntnis, wie ich es Ihnen gesagt habe, und ich sage Ihnen noch dazu: Ich lade Sie herzlichst ein, kommen Sie bitte zu einer EU-Vorstandssitzung in den Westen der Obersteiermark – Kollege Rieser ist unter anderem von der anderen Fraktion in diesem Forum auch vertreten –, wohnen Sie einer solchen Sitzung bei, und dann können Sie mitverfolgen, daß dort keine Parteipolitik gemacht wird, sondern Politik für die Menschen der Region.

Da werden Grundsätzlichkeiten außer Streit gestellt, und da wird gemeinsam gearbeitet. Das ist auch der Grund, warum man diese EU-Regionalmanagementstellen hat. Würde es sie nicht geben, man müßte sie geradezu erfinden, weil es so ist. Vielleicht nehmen Sie das ein bißchen zur Kenntnis, Frau Kollegin.

Geschätzte Damen und Herren. Zur Frage, warum sind Regionalmanagementstellen so wichtig? Ein paar ganz persönliche Anmerkungen.

Es hat sich nämlich in den letzten Jahren gezeigt, daß EU-Regionalmanagementstellen bei der Entwicklung und Umsetzung von Projekten unverzichtbar sind und sogenannte regionale Akteure, egal welcher Couleur, bestens und unvoreingenommen unterstützt werden. Und deshalb, ganz besonders deshalb, haben jüngste Erhebungen des Bundeskanzleramtes über Zufriedenheit, Sinn und Wert von EU-Regionalmanagementstellen eine überdurchschnittliche Zufriedenheit festgestellt, und die Hinterfragung des Bekanntheitsgrades dieser Einrichtungen haben einen Wert von 76 Prozent ergeben.

Fazit des Gesagten: Unsere Regionen brauchen diese Einrichtungen, weil es in Wirklichkeit nach wie vor wenige schaffen, draußen in den Regionen an einem Strang, wirklich an einem Strang, zu ziehen. Zu vielfältig sind die Interessenlagen von Institutionen und natürlich auch Einzelpersonen. So ist es eben.

In Regionalmanagementstellen – und das ist unsere bisherige Erfahrung – wird aber koordiniert, projektiert und vor allem bei der so wichtigen und entscheidenden Umsetzung von Projekten wirksam geholfen. Und innerhalb dieser Einrichtungen sind alle – und das ist das so Wichtige und Entscheidende – gezwungen, nicht Einzel-, sondern Gemeinschaftsinteressen zu forcieren. Deshalb sind diese Einrichtungen für uns alle so wichtig.

Für mich stellen sich daher, was die Zukunft dieser Einrichtung betrifft, auch einige Fragen, weil es einfach wichtig ist, in diesem Zusammenhang vielleicht auch bei diesem Tagesordnungspunkt, ausgehend vom sozialdemokratischen Antrag nach Finanzierung und Fortführung der EU-Regionalmanagementstellen, das hier zu sagen.

Etwa die Frage, die glaube ich heute und hier auch zu stellen, ist, wie viele EU-Regionalmanagementeinrichtungen soll es pro Land künftig geben und vor allen Dingen für welche Gebietsgrößen? Wie sind EU-Regionalmanagementstellen künftig national und transnational zu vernetzen? Oder auch die Frage, unter welchen Bedingungen können oder sollen EU-Regionalmanagementstellen Projektträger werden? Eine entscheidende Frage, Herr Kollege. Aber vielleicht ist die Frage auch von dieser Stelle

zu richten: Sollen EU-Regionalmanagementstellen ihre ganz persönlichen und spezifischen Beratungsleistungen am Markt in Zukunft anbieten, oder sollen EU-Regionalmanagementstellen auch künftig selbst, was viele wünschen, Fördermittel vergeben können? Das sind ja bitte die Stellen, die ganz genau wissen und den Überblick haben in der Region, was so an Projekten läuft, und es ist daher naheliegend und auch nachvollziehbar, daß dort Entscheidungsstrukturen eigentlich gut angelegt werden.

Zum Schluß vielleicht noch eine Bemerkung, geschätzte Damen und Herren. Regionalentwicklung ist zweifellos Geisteshaltung, die sich natürlich im Kopf abspielt und vor allen Dingen im Herzen verankert sein muß. Was uns Sozialdemokraten betrifft, ist diese wichtige Einrichtung längst in unseren Herzen verankert. Ich danke Ihnen! (Beifall bei der SPÖ. – 19.45 Uhr.)

Präsident: Nunmehr erteile ich dem Herrn Abgeordneten List das Wort.

Abg. List (19.45 Uhr): Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren des Steiermärkischen Landtages!

Nach diesem recht turbulenten Sitzungstag ist es allerhöchste Zeit, daß wir hier bei der EU-Diskussion ein Thema etwas seriöser behandeln. Ein Tagesordnungspunkt in diesem gemeinsam zu beratenden Paket setzt sich nämlich mit den Voraussetzungen für eine Zustimmung zum Beitritt der Republik Slowenien zur Europäischen Union auseinander. Einigen Abgeordneten wird sicherlich die Ausschlußverhandlung vom Oktober 1996 noch in Erinnerung sein. Damals wurde über die Einbeziehung von Vertretern der slowenischen Volksgruppe der Steiermark in den bestehenden Volksgruppenbeirat diskutiert. Einer der Teilnehmer der Diskussion war Herr Dipl.-Ing. Frisch. Dipl.-Ing. Frisch ist der Obmann der Deutsch-Untersteirer in Graz.

Die kulturelle Pflege und Hilfe für deutschsprachige Personen in Slowenien zu leisten, sind Ziele dieses Vereines. Ein wesentliches Bemühen des Vereines ist es auch, die deutsche Minderheit in Slowenien anerkennen zu lassen.

Noch vor dem Zweiten Weltkrieg gab es rund 50.000 deutschsprechende Personen. Im Krieg und danach wurden viele vertrieben. Es gibt nur mehr wenige, die die deutsche Sprache beherrschen. Auch nach der Unabhängigkeit Sloweniens ist die Bekennung zur österreichischen Minderheit sehr zaghaft. Erklärbar sind auch die Ursachen dafür, nämlich die jahrelange Unterdrückung im ehemaligen Jugoslawien. Unter anderem erklärte damals auch der Obmann des Vereines, daß derzeit insgesamt drei Vereine bemüht sind, die deutschsprachige Volksgruppe in Slowenien zu vertreten. In Novo Mesto sind das die Gottscheer – „Altsiedler-Pöllandl“, in Marburg die „Freiheitsbrücke“ und in Laibach die Gemeinschaft um Peter Kozlar. Sie bekennen sich zur deutschen Kultur und kämpfen für die Anerkennung der Rechte von Minderheiten. Insgesamt davon betroffen sind heute noch zwischen 3000 und 8000 geschätzte Personen. Derzeit sind in Slowenien die Ungarn, die Italiener, die Roma und die Sinti als Volksgruppenminderheit in der Ver-

fassung bereits verankert. Ungarn und Italiener stellen sogar einen Abgeordneten im Parlament. Warum nicht diese unsere deutschsprechende Volksgruppe?

Damals in der Unterausschußsitzung, in den Verhandlungen, hat ein Kollege aus der Sozialdemokratischen Fraktion die Frage gestellt, was wir als Landtag hier tun können, wie wir unterstützend eingreifen können. Ich sage Ihnen, wie wir hier unterstützend eingreifen können. Es war, glaube ich, Otto Heibl, der damals die Frage gestellt hat, wie wir für die Altösterreicher in Slowenien unterstützend eingreifen und diesen helfen können. Ich sage dir jetzt, wie wir hier gemeinsam etwas unternehmen könnten. Nämlich, ähnlich dem Kärntner Landtag, der am 20. Oktober 1997 einstimmig einen Antrag angenommen hat, wonach die Kärntner Landesregierung eine Resolution, betreffend Anerkennung der Altösterreicher in Slowenien und Beitritt Sloweniens zur Europäischen Union, an die Bundesregierung beschließen solle. Ähnlich diesen, müssen auch wir im Steiermärkischen Landtag handeln. Und die Freiheitlichen Abgeordneten haben bereits gehandelt. Ich hoffe, daß Ihnen das nicht entgangen ist. Der entsprechende Antrag wurde gestellt. Einem Beitritt der Republik Slowenien zur Europäischen Union kann nur unter Beachtung folgender Gesichtspunkte zugestimmt werden:

Erstens: Anerkennung des Bestehens und der Rechte der deutschsprachigen Minderheit in Slowenien sowie die Förderung ihrer Anliegen. Es müssen die gleichen Minderheitsrechte anerkannt werden, wie sie bereits für Slowenen in Österreich gelten!

Zweitens verlangen wir die Aufhebung der restriktiven staatsbürgerschaftsrechtlichen Bestimmungen des Denationalisierungsgesetzes und

drittens fordern wir die Aufhebung der menschenrechtswidrigen AVNOJ-Verfügungen und die Klärung der Frage des enteigneten Vermögens.

Durch die AVNOJ-Verfügungen, geschätzte Damen und Herren, von Jajce der Jahre 1943 und 1944 wurden die in Jugoslawien lebenden Personen deutscher Abstammung für recht- und schutzlos erklärt. Infolge dieser AVNOJ-Verfügung wurden viele Hunderttausende Jugoslawien-Deutsche exekutiert oder damals vertrieben.

Anders als Slowenien verhält sich bereits Kroatien. Die junge Republik Kroatien hat sich sofort nach ihrer Gründung von diesen AVNOJ-Verfügungen losgesagt. Nur in der Republik Slowenien gelten diese Verfügungen nach wie vor. Wir stellen fest, daß sie unverzüglich aufzuheben sind und aufgehoben werden müssen! Die Stellungnahme der Steiermärkischen Landesregierung und die Diskussion im Ausschuß zu den Bedingungen für einen Beitritt zur Europäischen Union haben uns keinesfalls zufriedengestellt, ja sogar enttäuscht. Hier wird unter anderem schriftlich ausgeführt. Ich zitiere wörtlich: „Es ist ein Prinzip der Europäischen Union, daß die Frage des Beitrittes eines Staates nicht in einen Zusammenhang mit offenen Problemen zwischen diesem Staat und einem Mitgliedsstaat der Union gebracht wird.“ Dieses Prinzip, geschätzte Damen und Herren des Landtages, aber bleibt offensichtlich von anderen unberücksichtigt. – So hat beispielsweise unser Nachbarstaat Italien hinsichtlich der Minderheiten und der Istrienfrage bereits eine klare Formulierung gefunden und dadurch seine

Interessen gewahrt. Auch die im Ausschuß von höchsten Beamten des Landes getroffene Feststellung, daß die Beschlüsse des Landes Kärnten dem Kärntner Landtag geschadet haben und lediglich dadurch die Stimmung aufgeheizt wird, teilen wir auf keinen Fall. Wir vermuten hier eher eine politische Vorgabe, die auch von den Gesprächen des derzeitigen EU-Ratspräsidenten Wolfgang Schäfer bei seinem Besuch in Laibach im Juli dieses Jahres schwergewichtsmäßig untermauert wurde. Heikle zwischenstaatliche Fragen, wie der noch immer nicht dem slowenischen Parlament vorgelegte Vertrag über die Rechte der deutschen Volksgruppe in Slowenien, waren überhaupt kein Thema bei diesem Besuch. Trotzdem hat damals Schäfer als Symbol Joggingsschuhe überreicht und den Slowenen versprochen, ein hohes Tempo bei den Beitrittsverhandlungen zu gehen.

Wir Freiheitliche verlangen aber ein hohes Tempo bei der Anerkennung der letzten noch lebenden Altösterreicher als Minderheit in Slowenien. Nach nunmehr 53 Jahren erfolgloser Versuche haben wir jetzt gemeinsam die Chance, den beraubten Altösterreichern in Slowenien ihre bürgerlichen Rechte zurückzugeben. Sich jetzt auf die in der Stellungnahme der Landesregierung enthaltene Position zurückzuziehen ist eindeutig der falsche Weg. Das würde heißen, zu warten, bis sich selbst das Problem der Altösterreicher erledigt, nämlich wie auch der slowenische Außenminister zynisch festgestellt hatte, daß eine Anerkennung einer deutschsprachigen Minderheit in Slowenien wohl erst nur auf dem Friedhof stattfinden könne. Ich bin überzeugt, geschätzte Damen und Herren, daß wir und Sie alle dies sicherlich nicht wollen. Minderheitenschutz muß für jeden beitragswerbenden Staat ein unerläßliches Aufnahmeerfordernis sein und bleiben.

Daher, geschätzte Damen und Herren dieses Hauses, wird von den freiheitlichen Abgeordneten der Unselbständige Entschließungsantrag gestellt: Der Hohe Landtag wolle beschließen, die Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung mit dem Ziel heranzutreten, einer Aufnahme von beitragswerbenden Ländern zur Europäischen Union nur bei Erfüllung nachstehend angeführter Forderungen zuzustimmen: erstens Anerkennung von Minderheiten und Gewährung von Minderheitenschutz im eigenen Staatsgebiet; zweitens sofortige Aufhebung von sämtlichen sich im Rechtsbestand beitragswerbender Länder befindlichen menschenrechtswidrigen und diskriminierenden Verfügungen und Gesetzen.

Geschätzte Damen und Herren des Steiermärkischen Landtages, vor wenigen Stunden haben die Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic – jetzt ist sie nicht mehr hier, aber ich weiß, daß es stimmt – und einige Abgeordnete dieses Hauses in einem VIP-Buch zum Menschenrechtsjahr 1998 unterzeichnet und dabei folgende Erklärung abgegeben. Diese ist jetzt sehr interessant, ich zitiere sie deshalb auch wörtlich: „Ich verspreche alles in meiner Macht stehende zu tun, damit die in der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte verankerten Rechte weltweit verwirklicht werden.“

Geschätzte Damen und Herren dieses Hauses, im Sinne dieser unterschriebenen Erklärung und des Bekenntnisses zu den vor 50 Jahren von der UNO ver-

ankerten Menschenrechten, aber vor allem im Namen der Altösterreicher in Slowenien bitte ich Sie, unterstützen Sie diesen unseren Antrag. Nur dadurch können Sie unseren Minderheiten in Slowenien zu ihren Minderheitsrechten und zu den bestehenden Menschenrechten, die sie verdienen, verhelfen. Danke! (Beifall bei der FPÖ. – 19.55 Uhr.)

Präsident: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Ing. Kinsky das Wort.

Abg. Ing. Kinsky (19.55 Uhr): Sehr verehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Im Rahmen der Europadebatte im Hohen Haus hier möchte ich einige Gedanken noch einbringen zum Thema Osterweiterung. Ein Thema, das sicherlich uns noch in den nächsten Jahren des öfteren beschäftigen wird und auch beschäftigen wird müssen, auf Grund der Wichtigkeit dieser Thematik. Wir haben eine Fülle von Problemen aufgezeigt bekommen, die auf uns zukommen werden im Rahmen dieser Osterweiterung. Ein zentraler Punkt, der mir aber als der allerwichtigste erscheint, fehlt mir. Ohne eine Osterweiterung wird es und kann es einen dauerhaften Frieden in diesem Europa nicht geben. Deswegen nicht, denn wir brauchen uns nicht einzubilden, daß speziell an unseren österreichischen Grenzen auf die Dauer Menschen, nicht weit von uns entfernt, den halben oder den viertelten Lebensstandard in Kauf nehmen, wenn wir einen anderen haben. Und wenn man weiß und die Geschichte kennt, wie wenige Jahre es in der Geschichte gegeben hat, daß es keine Kriegshandlungen zwischen Deutschland und Frankreich gegeben hat, dann kann man nur hoffen, daß es bei allen Problemen zu dem Einschluß der ostmitteleuropäischen Länder nach Europa kommt.

Ich glaube, meine Damen und Herren, es ist nicht zweckdienlich, die Probleme, die durch eine Osterweiterung auf uns zukommen, zu überziehen und Angst, übertriebene Angst, in der Bevölkerung zu schüren.

Herr Kollege Porta, es ist nicht wegzudiskutieren, daß eines der Probleme einer Osterweiterung der Arbeitsmarkt sein wird. Aber, bitte schön, es wird nicht so sein, wie du das geschildert hast, daß plötzlich, wenn die Osterweiterung kommen sollte, die billigsten Arbeitskräfte uns hier überschwemmen werden, weil innerhalb der EU im Lande die Firmen den gleichen Lohn zu zahlen haben an Leute, wenn sie da herüberkommen, wie sie hier ihren Leuten verpflichtet sind zu zahlen. Sie würden sich also gesetzeswidrig benehmen oder verhalten, wenn sie den Leuten weniger zahlen würden. Aber daß es ein Problem sein wird, steht außer Zweifel.

Ich sehe vor allem auch ein Problem in der Agrarwirtschaft, das vor allem ein strukturelles Problem ist. Und das werden wir nicht so schnell ändern können. Wir alle wissen, die riesigen Agrarflächen stehen unserer kleinstrukturierten Bauernschaft gegenüber. Aber wir helfen den Bauern, unseren heimischen Bauern, nicht, wenn wir sagen, wie alles in Zukunft noch fürchterlicher und entsetzlicher und zum Sterben sein wird, weil mit Negativismen und schlechten Taten haben wir noch nie ein Problem gelöst, sondern wir müssen schauen, daß wir neue Wege finden. Ich bin

überzeugt, Kollege Grabner, du hast eine Fülle von Dingen aufgezählt, die ich alle unterschreibe, aber ich glaube, es bringt auch nichts, wenn wir sagen, die Frau Landeshauptmann macht zu wenig oder der oder jener macht zu wenig. Ich bin zum Beispiel auch nicht einer, der sagt, der Herr Bundeskanzler hat seine Meinung geändert, wie das der Herr Kollege Porta gesagt hat, sondern es ist nämlich folgendes eingetreten, daß auf Grund von Untersuchungen in den Ostländern die EU festgestellt hat, daß sie in sehr vielen Bereichen den EU-Standard, den erforderlichen, noch nicht erreicht haben. Aus diesem Grund stellt man fest, daß das nicht morgen oder übermorgen stattfindet.

Einen Punkt möchte ich noch erwähnen zu dem Antrag der Freiheitlichen. Und ich spreche hier als einer, der glaubt, wovon er redet.

Ich bin nicht der Überzeugung, daß es was bringt, wenn wir überzogene Forderungen an die Länder richten, die nach Europa hereinkommen sollen. Ich meine da vor allem euren Punkt, wo drinnensteht, es muß zuerst für Slowenien das enteignete Vermögen wieder geregelt werden. Warum sage ich das? Und ich sage das als Betroffener. Mein Vater und meine Mutter haben einen großen land- und forstwirtschaftlichen Betrieb in Tschechien besessen. Ich könnte also ruhig heute jedem, der mir erzählt, er wird jetzt kämpfen, daß wir alles wieder zurückbekommen, sagen: Hurra, du bist mein Freund! Das ist aber unrealistisch. Denn man muß wissen, man kann ja nicht eine Forderung nach Slowenien schicken, wenn ich die gleiche Gültigkeit hätte in Tschechien, Ungarn und überall. Und jetzt muß ich aber wissen, daß in Tschechien leider auf Grund von Nachkriegseinwirkungen – ich war auch Betroffener – 3,5 Millionen Menschen vertrieben worden sind, das heißt, die sind aber neu besiedelt worden. Jetzt möchte ich die gesamte Region verlangen, weil ich kann nicht dem sagen: Du hast 500 Hektar gehabt, du bekommst das zurück und der Häuslbesitzer bekommt nichts zurück.

Hier würde man Emotionen wecken, die – so bin ich der Meinung – begraben gehören. Ich glaube, alle diese Dinge, die einen fordern jetzt Geld von Banken, die anderen fordern Grundbesitz zurück, das sind meines Erachtens Dinge, die im Zuge eines Krieges leider passiert sind. Nur, wir sollten alle einmal damit beginnen zu sagen, macht das noch Sinn, ununterbrochen etwas zu fordern, was leider Gottes vor 50 Jahren passiert ist. So werden wir – glaube ich – den Frieden in Europa nicht absichern. Und das ist für mich das zentrale Thema Europas für die Zukunft. Ich danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 20.02 Uhr.)

Präsident: Zur Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Rieser. Ich erteile es ihm.

Abg. Rieser (20.02 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Landesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich möchte vorwegschicken, wenn ich mir die Diskussion hier anhöre, bekommen vielleicht einige den Eindruck oder haben einige den Eindruck, daß wir diese Entwicklung aufhalten können. Die Entwick-

lung, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, steht auf Schienen. Was wir machen können, sind kleine Justierungen. Und wenn mein Kollege Korp aus dem Bezirk Judenburg vorher mich angesprochen hat betreffend dieses EU-Regionalmanagementbüros, so kann ich das nur wiederholen, was meine Kollegin Pußwald und ich gestern gesagt haben: Ja, selbstverständlich, wenn Brüssel und auch der Bund dazu stehen. Denn das Land beziehungsweise die Gemeinden alleine werden das nicht finanzieren können, und daher sind wir der Auffassung, daß sicherlich der Bund, die Republik Österreich, hier in erster Linie auch dazu sich zu bekennen hat.

Die Erweiterung der Europäischen Union in Richtung Osten ist eine so gut wie beschlossene Sache. Wenn auch der Weg bis zu jenem Tag, an dem die ersten Staaten von Mittel- und Osteuropa tatsächlich Mitglieder der Union werden, noch zahlreiche Hürden überwinden wird müssen. Die EU hat ein Interesse an dieser Erweiterung sowohl aus wirtschaftlicher wie auch aus politischer und sicherheitspolitischer Überlegung. Und mein Kollege Kinsky hat vorhin mit Recht angesprochen, es geht auch um die Wahrung des Friedens.

Wir haben diskutiert über die Landwirtschaft, und in diesem Zusammenhang möchte ich nur eines sagen, daß im Bereich der Agrarprodukte 660.000 Arbeitsplätze, das sind 20 Prozent der Erwerbstätigen in Österreich, beschäftigt sind. Die geweckten Ängste und Befürchtungen werden in den zukünftigen Beitrittsländern genauso diskutiert wie bei uns in Österreich.

In Österreich sind 4,6 Prozent der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft. In Polen 27,8 Prozent, in der Slowakei 9,7 Prozent, in Ungarn auch über 10 Prozent und in Slowenien 7,1 Prozent. Wir haben vorhin auch gehört, daß die Fläche, die auf uns zukommt, 40 Prozent der Gesamtfläche ausmacht und daß auf der anderen Seite nur 28 Prozent mehr Menschen in diesem Raum für die Verzehrung von Lebensmitteln dazukommen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Landwirtschaft ist sicherlich ein Problem, das diskutiert wird, aber das zumindest lösbar ist. Und dieses Problem können wir nicht mit der Formel lösen, wie ich vorhin von der FPÖ entnommen habe, nämlich fürchten mal fürchten ist gleich Zukunft. Was wir in diesem Zusammenhang zu machen haben, ist Lösungsansätze vorzuschlagen und zu diskutieren. Die Zeit, die vor uns liegt, müssen wir nützen, und von uns wird natürlich auch viel Toleranz abverlangt.

Die „Agenda 2000“, die auch schon angesprochen wurde, hat alle Verantwortlichen in die Pflicht genommen. Verunsicherungspolitik ist hier sicherlich nicht am richtigen Platz, aber auch bitte nicht falsche Hoffnungen zu erwecken. Wir haben die Pflicht, optimistisch zu sein und Rahmenbedingungen zu schaffen, denn die Uhr in diesem Zusammenhang tickt. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 20.07 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Jeglitsch. Ich erteile es ihm.

Abg. Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch (20.07 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Kommentare sind ermunternd, ich hätte nur mehr neun Minuten; das ist meine zweite Wortmeldung, und da sind die neun Minuten Guthaben dazuzuzählen.

Es sind zwei Punkte, die ich kurz ansprechen möchte. Der erste ist ein Entschließungsantrag im Zusammenhang mit meiner ersten Wortmeldung; ich darf den Entschließungsantrag kurz verlesen.

Entschließungsantrag gemäß Paragraph 51 GeoLT der Abgeordneten Dr. Jeglitsch, Dipl.-Ing. Grabner, Purr, Alfred Prutsch, Beutl, Majcen, Riebenbauer und Tschernko, betreffend ein „Integriertes Maßnahmenpaket“ für die Grenzregionen zum Tagesordnungspunkt 8.

Am 30. März 1998 hat die Europäische Union den Beitrittsprozeß mit den Kandidatenländern in den mittel- und osteuropäischen Ländern (inklusive Zypern) begonnen. In der „ersten Reihe“ der Kandidatenländer stehen auf Grund der Ergebnisse der Avis der Kommission Zypern, die Tschechische Republik, Ungarn, Estland, Polen und Slowenien.

Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß die an die mittel- und osteuropäischen Länder angrenzenden derzeitigen Mitglieder der Europäischen Union, und in diesen namentlich die „Grenzregionen“, regen Anteil an diesen Verhandlungen nehmen. Gleichzeitig müssen sie aber trachten, ihre Grenzregionen für die zu erwartenden Beitritte zu rüsten und „fit“ zu machen, damit diese einerseits nicht Nachteile in ihrer Regionalentwicklung erleiden, und andererseits die Chancen dieser Erweiterung auch voll nutzen können.

Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic ist nicht nur in ihrer Eigenschaft als Berichterstatterin der Fachkommission 1 des Ausschusses der Regionen in dieser Frage aktiv geworden, sie hat in engem Zusammenhang mit dem Schlußbericht des AdR zu den Auswirkungen einer EU-Mitgliedschaft der beitragswilligen Länder Mittel- und Osteuropas auf die Politiken der EU (Wirkungsanalyse) mit der Grazer Konferenz vom 29. Jänner 1998 eine erste Initiative der Grenzregionen gesetzt. In der von den teilnehmenden Regionen Bayern, Berlin, Burgenland, Friaul – Julisch-Venetien, Kärnten, Niederösterreich, Oberösterreich, Sachsen, Steiermark und Wien sowie eines Vertreters Finnischer Regionen unterzeichneten Resolution wurde von der EU ein „Integriertes Maßnahmenpaket“ für diese Grenzregionen zur Abfederung möglicher nachteiliger Auswirkungen der Erweiterung um die MOEL gefordert. Diese Forderungen wurden im Rahmen der Hofer-Konferenz in Form eines konkreten Maßnahmenpaketes operationalisiert.

Sowohl die Europäische Kommission als auch die Bundesregierung erkannten grundsätzlich die Notwendigkeit an, daß für die Grenzregionen (in Österreich), welche derzeit noch an regionalen Disparitäten im Vergleich zu anderen (etwa westlichen beziehungsweise in anderen Mitgliedstaaten) leiden, besondere Maßnahmen erforderlich sein können, und sagten ihre Bereitschaft zu, an derartigen Maßnahmen aktiv mitzuwirken. Zwischenzeitig ist die Reform der

Europäischen Strukturfonds so weit gediehen, daß sich die künftigen Förderrahmen schon konkreter absehen lassen.

Staatssekretär Dr. Peter Wittmann teilte Landeshauptmann Waltraud Klasnic am 27. August 1998 mit, daß die Bundesregierung mit Sicherheit auf diese Anregungen der Länder bei den bevorstehenden Beitrittsverhandlungen im erforderlichen Ausmaß Rücksicht nehmen werde, sofern sie nicht bereits in den Avis Eingang gefunden haben. Zum Thema „Integriertes Maßnahmenpaket“ aus Anlaß der Erweiterung wird mitgeteilt, daß es die Gestaltung der neuen Verordnungsentwürfe ermögliche, unter Ausnutzung des nationalen Spielraumes die Grenzregionen aus Ziel 1, 2 und 3 und aus den Gemeinschaftsinitiativen INTERREG den ländlichen Raum optimal zu fördern. Gleichzeitig wurde in diesem Schreiben zugesichert, daß es an den österreichischen Stellen liege, im Rahmen der EU-Förderungsprogramme ein für die Grenzregionen optimales Maßnahmenbündel so rechtzeitig vorzubereiten, daß es in die einzelnen EU-Förderungsprogramme eingebaut werden und mit Beginn der neuen Programmperiode im Jahr 2000 zügig umgesetzt werden könne.

Bei den steirischen Grenzregionen handelt es sich durchwegs um Regionen mit – trotz signifikanter wirtschaftlicher Entwicklung in den letzten Jahren immer noch um strukturschwache Regionen, was sich anhand geeigneter Indikatoren, wie etwa Bruttoregionalprodukt, Kaufkraft, Lohn und Einkommen unter anderem belegen läßt. In der derzeitigen Strukturfondsperiode handelt es sich hierbei um „Ziel-5 b-Gebiete“. In der mit dem Jahr 2000 beginnenden Strukturfondsperiode wird es das „Ziel 5 b“ nicht mehr geben, vielmehr wird es ins neue „Ziel 2“ integriert.

Um ein „Integriertes Maßnahmenpaket“ aus Anlaß der Erweiterung der EU sinnvoll und effektiv umsetzen zu können, ist es notwendig, daß diese Grenzregionen der Steiermark, einschließlich der an Ziel-1-Gebiete angrenzenden Regionen, künftig als „Ziel 2“ ausgewiesen werden. Es wird daher eine gemeinsame Aufgabe sein, im Rahmen des nationalen Spielraumes zur Gestaltung der neuen Zielgebietskulisse die nötigen Vorsorgen zu treffen, insbesondere sind geeignete Indikatoren zu benennen.

Es wird daher der Antrag gestellt:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, ein geeignetes „Integriertes Maßnahmenpaket“ für die Grenzregionen, einschließlich der an Ziel-1-Gebiete angrenzenden Regionen, zu entwickeln, in Verhandlungen mit dem Bund sicherzustellen, daß die steirischen Grenzregionen, einschließlich der an Ziel-1-Gebiete angrenzenden Regionen, künftighin „Ziel-2“-Status erhalten werden, um das „Integrierte Maßnahmenpaket“ sinnvoll und effektiv umsetzen zu können, dies insbesondere durch geeignete Indikatoren, und darauf zu dringen, daß zur Sicherstellung von Effizienz und Effektivität dieses „Integrierten Maßnahmenpaketes“ in den steirischen Grenzregionen erhöhte Kofinanzierungssätze zur Verfügung gestellt werden.

Ich bitte um Annahme dieses Entschließungsantrages und auch um Beitritt zu diesem Entschließungsantrag. (Beifall bei der ÖVP.)

Applaus ermuntert die Gemüter. Danke vielmals.

Ich habe noch einen zweiten Punkt, der mir ganz wesentlich ist, das ist ein kurzer Kommentar zum Tagesordnungspunkt 11, nämlich zu den Zustimmungsvoraussetzungen zum Beitritt der Republik Slowenien.

Wenn der Antrag der FPÖ fordert, die Beitrittsverhandlungen Sloweniens mit der Anerkennung der deutschsprachigen Minderheit unter Aufhebung der AVNOJ-Dekrete zu junktimieren, dann wird dieser Antrag auch von der ÖVP abgelehnt, aber es erscheint mir notwendig, folgendes mit Nachdruck festzuhalten. Es ist ein vernünftiges Prinzip der EU, offene Probleme zwischen Mitgliedsstaaten der EU und den Beitrittswerbenden bilateral zu lösen und nicht Beitrittsverhandlungen damit zu belasten, auch unter dem Aspekt, daß eine solche Junktimierung in diesen Staaten, die demokratisch noch gar nicht sehr stabil sind, nationalen Kräften Auftrieb verleihen könnte. In diesem Zusammenhang hat es auch Äußerungen von ausländischen, aber auch österreichischen Politikern gegeben. Aber ich möchte auch und insbesondere in Richtung FPÖ feststellen, daß ich nicht den Weg, aber das Anliegen, den Inhalt dieses Antrages mit allem Nachdruck teile. (Abg. Gennaro: „Sie haben nur neun Minuten Guthaben!“)

Nein, ich habe es gerade begründet, und lassen Sie mich ausreden. Die menschenrechtswidrigen AVNOJ-Verfügungen von Jajce sind ebenso wie die Benesch-Dekrete aufzuheben. Das muß allen Beteiligten der EU, der Bundesregierung, der Landesregierung, aber auch den Slowenen und den Tschechen klar sein und auch klargemacht werden. Wenn diese Beitrittskandidaten in die EU eintreten wollen, dann haben sie nicht nur – (Abg. Gennaro: „Eine Minute haben Sie noch, Herr Professor!“) Acht noch, Sie müssen rechnen lernen. (Abg. Vollmann: „Neun Minuten haben Sie Guthaben gehabt, Herr Professor!“ – Abg. Gennaro: „Jetzt streiten wir sechs Minuten, dann sind es nur noch zwei!“) Ihre Mathematik ist eine so krause, daß ich ihr nicht folgen kann. (Abg. Mag. Hartinger: „Das ist die Gewerkschaftsmathematik!“) Sie hören es, die Gewerkschaftsmathematik folgt einer anderen Logik. (Abg. Gennaro: „Das glaube ich!“ – Abg. Vollmann: „Gott sei Dank! Gott sei Dank, sonst gäbe es keine Fortschritte!“) Also in der Frage, wieviel Minuten mir noch zustehen, würde ich mich gerne an die übliche Mathematik halten, darf ich das? (Abg. Gennaro: „Drei zu drei steht es!“) Ich hoffe, daß sich die Gemüter jetzt beruhigt haben.

Bitte lassen Sie mich die letzten Sätze reden, sie erscheinen mir wesentlich. Darf ich? (Abg. Gennaro: „Das kann ich erst hintennach beurteilen!“) Nein, wenn das nicht alle Kolleginnen und Kollegen auch so sehen, so ist das ihr Problem. Wenn die Beitrittskandidaten in die EU eintreten wollen, dann haben sie nicht nur Umwelt- und Sozialstandards und so weiter zu übernehmen, sondern auch die europäische Rechts- und Menschenrechtsordnung, das demokratische Verständnis, das in der EU herrscht und auf dem sie beruht.

Da haben aus meiner Sicht solche menschenrechtswidrigen Handlungen, wie sie die AVNOJ-Verfügungen oder die Benesch-Dekrete darstellen, keinen Platz. Unrecht wird durch vergangenes Unrecht oder durch Zeitabläufe nicht zu Recht. Aus dieser Sicht sind für mich die Menschenrechte unteilbar. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 20.17 Uhr.)

Präsident: Die Rednerliste ist erschöpft. Wir haben acht Abstimmungen vorzunehmen. Ich bitte Sie, ein abgekürztes Verfahren zu akzeptieren.

Erstens: Jene Damen und Herren, die dem Antrag zur Einl.-Zahl 903/1 zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Zweitens: Antrag zur Einl.-Zahl 889/1. Wer stimmt zu? Danke. Gegenprobe.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Drittens: Wer stimmt dem Antrag zur Einl.-Zahl 890/1 zu? Danke. Gegenprobe.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Viertens: Wer dem Antrag zur Einl.-Zahl 717/1 zustimmt, bitte ein Handzeichen. Danke. Gegenprobe.

Der Antrag ist mehrheitlich angenommen.

Fünftens: Antrag zur Einl.-Zahl 655/4. Wer stimmt zu? Danke. Gegenprobe.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Sechstens: Müssen wir abstimmen über den Entschließungsantrag von ÖVP und SPÖ, betreffend ein integriertes Maßnahmenpaket für die Grenzregionen. Wer stimmt diesem Antrag zu? Danke. Gegenprobe.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Siebtens: Entschließungsantrag der FPÖ, betreffend Anforderungsprofil für Länder, die der Europäischen Union beitreten wollen. Wer stimmt diesem Antrag zu? Danke. Gegenprobe.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Achtens: Wer dem Entschließungsantrag der ÖVP und der SPÖ, betreffend Verwirklichung des Kärntner Modells zur Absicherung der EU-Förderungskulisse, zustimmt, bitte ich um ein Handzeichen. Danke. Gegenprobe.

Der Antrag ist mehrheitlich angenommen.

13. Bericht des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schulen und Kindergärten über den Antrag, Einl.-Zahl 896/1, der Abgeordneten Dr. Brünner und Keshmiri, betreffend Erstellung beziehungsweise Offenlegung eines differenzierten Finanzierungsplans zum Projekt „Graz – Kulturhauptstadt 2003“.

Berichtersteller ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Getzinger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Getzinger (20.20 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich darf Ihnen den Mündlichen Bericht Nr. 129 des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schulen und Kindergärten von seiner Sitzung am 6. Oktober 1998 über den Antrag Einl.-Zahl 896/1 der Abgeordneten Dr. Brünner und Keshmiri, betreffend Erstellung beziehungsweise Offenlegung eines differenzierten

Finanzierungsplanes zum Projekt „Graz – Kulturhauptstadt 2003“, beraten und nachstehenden Beschluß gefaßt, zur Kenntnis bringen.

Der Ausschuß für Bildung, Kultur, Schulen und Kindergärten stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, einen differenzierten, allgemein verständlichen und auf die verschiedenen Einzelprojekte detailliert eingehenden Finanzierungsplan des Landes Steiermark für das Projekt Graz – Kulturhauptstadt 2003 zu erstellen, darin auch die von der EU, dem Bund und der Stadt Graz zur Verfügung stehenden Mittel auszuweisen und diesen Bericht bis Dezember 1999 dem Landtag zuzuleiten. Sollte ein endgültiger Bericht bis Dezember 1999 nicht möglich sein, muß zu diesem Zeitpunkt ein Zwischenbericht abgegeben werden. (20.21 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Hasiba: Danke sehr!

Zu Wort gemeldet hat sich der Abg. Dr. Brünner, dem ich das Wort erteile.

Abg. Dr. Brünner (20.21 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Frau Kollegin Keshmiri und ich haben den Antrag gestellt, daß über die Planungen und Konzepte Graz – Kulturhauptstadt 2003 bis zum Juni des nächsten Jahres dem Landtag ein Bericht vorgelegt wird. Wir haben diesen Antrag ganz bewußt gestellt, nämlich betreffend Kulturhauptstadt 2003 und betreffend den Sachverhalt, daß bis zum Juni des nächsten Jahres ein entsprechender Bericht dem Landtag vorgelegt wird. Entgegen unserem Willen und entgegen unserem Antrag hat der Ausschuß beschlossen, die Frist für die Berichterstattung bis zum Dezember des nächsten Jahres zu erstrecken.

Wir haben unseren Antrag deswegen gestellt, weil wir befürchten, daß Graz – Kulturhauptstadt 2003 ein ähnliches Desaster wird wie das Kunsthaus in Graz, ein ähnliches Desaster aus ähnlichen Gründen, Großmannssucht, Zögerlichkeit bei den Entscheidungen und ein inhaltliches Konzept, das auf sehr, sehr schwachen Beinen steht.

Im heurigen Jahr ist die Stadt Weimar Kulturhauptstadt Europas. Die Stadt Weimar hat 60.000 Einwohner und hat im Jahre 1993, und zwar am Beginn dieses Jahres 93, mit den Planungen für „Kulturhauptstadt 1999“ begonnen, also sechs Jahre vorher.

Die Situation in Graz schaut so aus, daß wir am Ende des Jahres 1998 sind und noch vier Jahre dann bis zum Jahre 2003 sein werden.

Ich möchte ein paar kritische Punkte, betreffend das, was bis jetzt über „Kulturhauptstadt 2003“ bekannt ist, anbringen.

Ich habe von Großmannssucht gesprochen und möchte das auch begründen. Großmannssucht, betreffend Kulturbauten: Wenn ich mir die Medienberichte und sonstigen Quellen anschau – (Abg. Gennaro: „Schon erledigt!“) Herr Kollege Gennaro, es ist höchst unfair von etlichen Damen und Herren, um 8.30 Uhr, nach einem Tag, wo insbesondere wir, die Vertreter der kleinen Parteien, bis zum Umfallen arbeiten müssen (Abg. Gennaro: „Wir auch!“), da herumzutratschen und uns physisch die Geschichte zu

erschweren. Ich halte fest, das ist höchst unfair, Herr Kollege Gennaro. (Abg. Gennaro: „Ihr geht zwischen-durch schlafen und wir sitzen da, das ist das Faktum!“) Das ist eine Frechheit, Herr Kollege Gennaro. Das ist eine Frechheit, was Sie da sagen, daß ich dazwischen geschlafen habe. (Abg. Gennaro: „Ihr seid schon immer weg um diese Zeit!“) Schlicht und einfach eine Frechheit!

Erster Punkt: Was unser Problem ausmacht, ist, daß man eine ganze Liste von Kulturbauten im Auge hat. Ich lese Ihnen vor: Stadthalle im Messegelände, Thalia, Kongreß, Kunsthaus, Haus der Architektur, Forum Stadtpark, Synagoge, Alte Universität, Literaturhaus Neue Galerie, Schloß Eggenberg, Multikulturelles Zentrum, Schloßberg, Grazer Plätze: Hauptplatz, Lendplatz, Griesplatz.

Meine Damen und Herren, ich frage Sie erstens einmal, wie man das bis zum Jahre 2003 umsetzt, und zweitens, wie man das finanzieren möchte.

Das zweite, es liegt kein Finanzierungskonzept bis jetzt vor. Die EU finanziert lediglich im Ausmaß von rund 6 bis 7 Millionen Schilling mit, diese Kulturhauptstadt 2003.

Herr Stadtrat Strobl geht durch die Gegend und wünscht sich diese lange Liste der Kulturbauten, hält aber immer fest, daß man über die Finanzierung später nachdenken könne. Ich möchte darauf verweisen, daß die Stadt Weimar 8 Milliarden Schilling für Kulturbauten im Zusammenhang mit „Kulturhauptstadt Europas“ aufgewendet hat. Ich frage mich, wie man solche Geldvolumina tatsächlich in Gang setzen kann, wenn sich der Herr Stadtrat Strobl hinstellt und sagt, naja, über die Finanzierung müssen wir jetzt noch nicht nachdenken.

Am Beginn des nächsten Jahres soll ein Logo für Kulturhauptstadt 2003 zur Verfügung stehen. Am Beginn des nächsten Jahres, jetzt haben wir Mitte Oktober. Mich täte interessieren, ob dieses Logo überhaupt schon ausgeschrieben ist, und ich bezweifle, daß es am Anfang nächsten Jahres zur Verfügung steht. Die Grazer gehen davon aus, daß es eine Drittelfinanzierung Graz-Land-Bund geben wird. Es steht in den Sternen, aber sei's drum, man kommt überhaupt nicht auf die Idee, daß man auch ein Privatsponsoring zum Beispiel in Anspruch nimmt. Da müßten allerdings wieder steuerrechtliche Voraussetzungen geschaffen werden, damit das Privatsponsoring in ausreichender Weise zur Verfügung steht.

Ein dritter Punkt, der uns stört, ist, daß auf dem Gebiet des Programmatischen überhaupt keine Konturen, keine Eckpfeiler erkennbar sind. Herr Wolfgang Lorenz ist als Programmkoordinator eingesetzt worden. Wir haben nichts gegen die Person des Herrn Lorenz, wir halten ihn auch grundsätzlich für geeignet, eine solche Funktion auszuüben, aber da fehlen wesentliche Rahmenbedingungen dafür, daß er eine konstruktive, produktive Arbeit leisten kann. Er ist nur Programmkoordinator für ein Jahr, und er spricht davon, daß seine Arbeit „working progress“ ist. Ich frage Sie, meine Damen und Herren, wie das funktionieren kann. Er ist ein Jahr in dieser Funktion tätig, und was ist nach diesem Jahr, wenn das Ganze sich im Fortschreiten befindet? Wer wird das dann übernehmen? Wird die Person oder der Beirat oder die GesmbH, die dann auf der Tagesordnung stehen

wird, die Vorarbeiten des Herrn Lorenz eins zu eins übernehmen, oder werden wir die gleiche Situation wie beim Kunsthaus haben, daß wir dann nach einem Jahr Lorenz-Arbeit wieder von vorne anfangen müssen? Und nochmals, Wolfgang Lorenz in Ehren, aber ich frage mich, wie er nebenamtlich in seiner Freizeit eine so schwierige Angelegenheit, wie die Programm-erstellung beziehungsweise Programmkoordination in einem Jahr, vonstatten bringen kann. Ich glaube nicht, daß das wirklich funktioniert. Weimar hat uns hier wiederum ein Vorbild, ein Beispiel, gegeben. Die haben einen Programmgeneralbevollmächtigten mit weitreichenden Kompetenzen eingesetzt, und dieser Generalbevollmächtigte hat die Geschichte von A bis Z durchgezogen.

Ein vierter Punkt, der uns stört, ist dieser Sachverhalt, daß eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung als Trägergesellschaft für die Veranstaltungen im Raum steht. Es ist wieder typisch, daß die österreichische Politik jene Rechtskonstruktion wählt, nämlich die Konstruktion einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung, wo das Durchgriffsrecht der Politik am größten ist. Die drei Gesellschafter dieser GesmbH, sollen Herr Bürgermeister Stingl, Herr Stadtrat Strobl und Frau Gemeinderätin Frick-Uray sein. Ein schönes Triumvirat wieder, parteipolitisch zusammengesetzt. Wir stellen eine solche Rechtskonstruktion massiv in Zweifel und würden uns eben, wie gesagt, einen Programmgeneralbevollmächtigten mit weitreichenden Kompetenzen wünschen.

In dem Zusammenhang ein paar Apropos zur Landesausstellung 2000. Ich habe überhaupt kein Verständnis dafür, daß die Stadt Graz den Vorschlag von Herrn Landeshauptmannstellvertreter Schachner nicht aufgegriffen und ihm zugestimmt hat, daß die Landesausstellung nicht im Jahr 2000, sondern im Jahr 2003 stattfindet. Ich habe insbesondere deswegen so wenig Verständnis dafür, weil ich entsprechende Aktivitäten der Stadt Graz nicht sehe. Es hätte viel Sinn gemacht – da bin ich ganz auf der Seite des Herrn Landeshauptmannstellvertreters –, die Landesausstellung im Jahre 2003 zu veranstalten, weil es ganz massive Konzentrations- und Synergieeffekte gegeben hätte, wenn wir Landesausstellung und Kulturhauptstadt Graz 2003 in einem durchgeführt hätten.

Wie gesagt, Landesausstellung 2000, wo sind die Gebäude dafür? Es wird gesagt: Eggenberg und die Altstadt. Wo sind die Altstadtgebäude, alte Universität oder auch die Messe? Sind die schon gebaut, ist der Schloßberg renoviert? Wenn man über den Schloßberg geht, werden zwar die Gehsteige gerichtet, aber das, was sich auf dem Schloßberg und um den Schloßberg tut, ist alles andere als attraktiv. Wo ist bei der Landesausstellung 2000 die Vernetzung von Tourismus und Wirtschaft? Die Tourismusgeschäftsführer sagen uns, daß sie einen Vorlauf von rund zwei Jahren brauchen, um Landesausstellungen entsprechend touristisch zu vermarkten, weil mindestens ein Jahr vor einer solchen Ausstellung bereits die Programme und Konzepte im internationalen Marketing zur Verfügung stehen müssen. Ich frage mich, wie das bei der Landesausstellung 2000, die in eineinhalb Jahren stattfinden soll, dann wirklich über die Bühne gehen kann.

Wir möchten also, um das nochmals festzuhalten, daß, nicht bis zum Ende des nächsten Jahres, sondern bis zum Juni des nächsten Jahres dem Landtag ein Bericht erstattet wird über den Stand des Projektes „Kulturhauptstadt 2003“, und ich stelle daher auch im Namen von Kollegin Keshmiri einen Abänderungsantrag beziehungsweise Entschließungsantrag.

Der Landtag wolle beschließen, die Landesregierung wird aufgefordert, einen differenzierten, allgemein verständlichen und auf die verschiedenen Einzelprojekte detailliert eingehenden Finanzierungsplan des Landes Steiermark für das Projekt „Graz – Kulturhauptstadt 2003“ zu erstellen, darin auch die von der EU, dem Bund und der Stadt Graz zur Verfügung stehenden Mittel auszuweisen und diesen Finanzierungsplan bis Juni 1999 dem Landtag zuzuleiten.

Darüber hinaus möchte ich noch folgende weitere Entschließungsanträge stellen.

Nämlich einen Entschließungsantrag der Abgeordneten Brünner, Keshmiri und Wicher, betreffend Gebärdendolmetsch bei Veranstaltungen des „steirischen herbstes“.

Der „steirische herbst“ hat heuer in seiner Einleitung im Programm darauf gepocht, daß die zahlreichen Vorhaben von den medialen, gesellschaftlichen und ökonomischen Rahmenbedingungen geprägt sind. Weiters hat Christine Frisinghelli auch Pierre Bourdieu zitiert, der in seiner Studie „Das Elend der Welt“ die Bevölkerung auffordert, sich in paradoxem Denken zu üben, einem Denken, welches gegen den Strich des gesunden Menschenverstandes und der guten Absichten büstet. Eine Kunst, die sich bewußt im Kontext verschärfter gesellschaftlicher Bedingungen ansiedelt, macht uns vor, wie das geht.

Und wie geht es? Keine einzige Veranstaltung, nicht einmal die Eröffnungsveranstaltung wurde in Gebärdensprache übersetzt, geschweige denn eine andere Kulturveranstaltung im Zuge des „steirischen herbstes“. Es muß zu einem Selbstverständnis werden, daß Kulturveranstaltungen für jeden zugänglich gemacht werden, nicht nur für mobilitätsbehinderte Menschen, sondern auch für gehörbehinderte Menschen. Kunst und Kultur haben nach unseren Vorstellungen die Aufgabe, der Gesellschaft einen Spiegel vorzuhalten. Aber das Spiegelbild soll nicht darauf hinauslaufen, daß Kunst und Kultur Minderheiten verschweigen, sondern darauf aufmerksam machen, daß es sie gibt und daß wir lernen müssen, gegenseitige Akzeptanz entgegenzubringen.

Eine Akzeptanz gegenüber 120.000 Steirerinnen und Steirer, die hörbehindert sind, denen die Teilnahme am „steirischen herbst“ verwehrt ist einzufordern.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, daß a) ins Präsidium des „steirischen herbstes“ eine Vertrauensperson, die von der Behindertenbeauftragten der Stadt Graz namhaft gemacht wird, aufgenommen wird, b) das Präsidium mindestens 15 von 100 gebärdendolmetschfähige Ver-

anstaltungen des „steirischen herbstes“ festlegt und c) im Programm des „steirischen herbstes“ die Veranstaltungen, die in Gebärdensprache gedolmetscht werden, auch gekennzeichnet werden.

Ein weiterer Entschließungsantrag der Kollegin Keshmiri und mir betrifft die Koordinierung des Projektes Kulturhauptstadt 2003 mit dem Ansuchen „Weltkulturerbe“ bei der UNESCO.

Durch das Projekt „Graz Kulturhauptstadt 2003“, den damit verbundenen Umsetzungsarbeiten und durch die Kunsthaus-Debatte ist die Bewerbung der Stadt Graz für die UNESCO Auszeichnung „Weltkulturerbe“, die derzeit schon von einer Expertenkommission in Paris bearbeitet wird, völlig in Vergessenheit geraten.

Es handelt sich hierbei um eine global einzigartige Auszeichnung, deren weltkulturhistorische Bedeutung sich am besten an deren Initialisierungsprojekt, der Versetzung der ägyptischen Abu-Simbel-Statuen anlässlich der Befüllung des Assuan-Staudammes 1964, beschreiben läßt.

Bisher wurde diese internationale Anerkennung kulturhistorischer Schätze in Österreich nur der Stadt Salzburg, Hallstatt sowie dem Gebäudekomplex des Schlosses Schönbrunn zuteil. Die Auszeichnung wird jedoch nicht nur für die bestehende Substanz verliehen. Wichtig ist neben deren Erhaltung auch der Umgang mit dieser Substanz, vor allem bei Neubauten und Sanierungen. Da also dieser Preis auch für den Umgang der Grazer mit ihrer Stadt verliehen wird, drängt sich die Notwendigkeit der Koordinierung des Projektes „Kulturhauptstadt 2003“ mit dem Ansuchen um die UNESCO-Auszeichnung „Weltkulturerbe“ auf.

Durch eine durchdachte Integration der Erfüllung der Bewerbungskriterien für das Weltkulturerbe in die Vorbereitungsarbeiten für das Projekt Graz – Kulturhauptstadt 2003 müßten sogar merkliche Budgeteinsparungen möglich sein. Weiters müßte die Bewerbung auch bei großen Bauvorhaben im Innenstadtbereich bedacht werden.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, den Kulturbeirat zu beauftragen, die Vereinbarkeit des Projektes Graz – Kulturhauptstadt 2003 mit der Bewerbung zum Weltkulturerbe zu prüfen, diesbezügliche Mängel festzustellen und Vorschläge zu deren Behebung zu machen. Dem Kulturbeirat steht es frei, zu seinen Beurteilungen ExpertInnen beizuziehen. (Beifall beim LIF. – 20.37 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Mag. Zitz. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Mag. Zitz (20.37 Uhr): Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen.

Ich kann inhaltlich da anschließen, wo der Kollege Brünner aufgehört hat. Es ist vor kurzem der Verein „Ein Prozent für behinderte Kinder und Jugendliche“ an alle Landtagsfraktionen herangetreten mit einem Schreiben, wo er darauf hingewiesen hat, daß 24 Veranstaltungsorte des „steirischen herbstes“ von ihm überprüft worden sind, durch eine Person im Elektro-

rollstuhl, und nur zwei davon waren tatsächlich zugänglich, und zwar so zugänglich, daß man ohne Assistenz hineinkommen hat können. Der Verein „Ein Prozent“ hat entsprechend Kritik am „steirischen herbst“ geübt. Eine Kritik, die ich nicht am Herbst selber sitzen lassen möchte, sondern die man eigentlich wohl eher weitergeben müßte an die Eigentümer dieser Veranstaltungsorte. Das sind teilweise private Eigentümer, die – das muß man auch zugeben, wenn es kleine Theater zum Beispiel sind, nicht unbedingt die Mittel haben, um tatsächlich berollbare Veranstaltungsorte anzubieten –, das sind Eigentümer wie die Stadt Graz, ich denke da speziell an die Kasematten, und es sind aber auch Eigentümer wie das Land Steiermark, Künstlerhaus, Palais Meran und ähnliches.

Der Antrag, den ich einbringen möchte im Namen unserer Fraktion zusammen mit der Frau Abgeordneten Wicher, der Frau Abgeordneten Reinprecht und der Abgeordneten Keshmiri, betreffend steirische Kultur und Kunst ohne Barrieren, richtet sich deswegen inhaltlich an den Liegenschaftsreferenten des Landes und an den Referenten, nämlich den Wirtschaftslandesrat, der die Bauinitiative III koordiniert. Und zwar deswegen, weil wir uns wünschen, daß das Land im landeseigenen Bereich Barrierefreiheit zusichert und Private aus Mitteln der Bauinitiative III unterstützt, Ähnliches zu tun. Ich glaube, daß wir damit der Absicht des Vereines „Ein Prozent“ entsprechend entgegenkommen und andererseits auch den „steirischen herbst“ von einer Bürde entlasten, die ihm als Veranstalter aufgebürdet wird, die eigentlich aber von der gesamten Gesellschaft und auch von den Veranstaltungsträgern beziehungsweise von der öffentlichen Hand zu tragen ist.

Ich möchte deswegen im Namen besagter Abgeordneter den Antrag stellen, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert: erstens alle landeseigenen Veranstaltungsräume behindertenfreundlich/berollbar zu gestalten, zweitens bei allen Zumietungen und Ankäufen auf Behindertenfreundlichkeit Bedacht zu nehmen; drittens bei allen Renovierungen und Sanierungen auf Behindertenfreundlichkeit Bedacht zu nehmen; viertens die Förderrichtlinien zur Bauinitiative III so zu gestalten, daß private VeranstaltungsbetreiberInnen Mittel für Maßnahmen der Barrierefreiheit in Anspruch nehmen können.

Zum letzten Punkt: Diese neue Bauinitiative ist noch nicht in der Regierung beschlossen. Nachdem Mittel aber nicht nur an öffentliche Einrichtungen gehen, sondern ab jetzt auch an „private Einrichtungen im öffentlichen Interesse“, wie es Kunst- und Kulturstätten eindeutig sind, ist das eine konkrete Möglichkeit, da von Landesseite her Private zu unterstützen, die dieser Absicht einer Antidiskriminierung für Behinderte kultur- und kunstinteressierten Leuten entgegenkommen wollen. Ich ersuche um Annahme dieses Antrages. (20.41 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Keshmiri. Ich erteile es ihr.

Abg. Keshmiri (20.41 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Auch wir vom Liberalen Forum haben die Initiative des Vereines „Ein Prozent“ aufgegriffen und einen ähnlichen Beschlußantrag, wie Kollegin Zitz ihn jetzt vorgelesen hat, formuliert. Deswegen möchte ich nicht noch einmal näher darauf eingehen. Ich möchte gleich den Beschlußantrag vorlesen:

Entschließungsantrag der Abgeordneten Keshmiri, Dr. Brünner, Wicher, Reinprecht, Mag. Zitz, betreffend barrierefreier Zugang für mobilitätsbehinderte Menschen zu Kulturstätten.

Eine Studie des Bundesministeriums für Wirtschaft und Kunst aus dem Jahr 1993 über die Frage „Wie behindertengerecht sind Österreichs Kultureinrichtungen?“ ergab das kurzgefaßte Urteil: „Unzugänglich, aber zu ermäßigten Preisen“. In der Folge wurde 1995 ein Handbuch für Kulturveranstalter „Kultur ohne Barrieren“ erarbeitet, das die baulichen und organisatorischen Anforderungen erläutert.

Das Bundesministerium plante auch die Verknüpfung der Subventionsvergaben an die barrierefreie Gestaltung von privaten Gebäuden, die öffentlich genutzt werden sollen – dazu gehören neben den Kunst- und Freizeitveranstaltungsstätten auch zum Beispiel Gastronomiebetriebe, Kirchen und Arztpraxen.

Bereits in der Ära Krainer wurden von Behindertenorganisationen in einer Petition diese Richtlinien für die Steiermark gefordert. Diese Petition wurde auch an Landeshauptfrau Klasnic Ende vorigen Jahres übermittelt. Leider wurde seitens der Regierungsparteien nicht einmal darauf reagiert, geschweige denn erfolgte eine Umsetzung.

Wenn man sich nun die steirische Situation am Kunst- und Kultursektor anschaut, so zeigt sich, daß Mobilitätsbehinderte nur ein sehr eingeschränktes Kulturinteresse haben dürfen und außerdem akribisch-detektivische Fähigkeiten benötigen, um herauszufinden, ob eine Veranstaltung oder Ausstellung heute für sie zugänglich ist, oder aber der Rollstuhlstellplatz durch eine Kamera verstellt oder der Rollstuhlzugang durch die Ausstellung verbaut ist. Zusätzlich fehlt in den Programm- und Informationsbroschüren jeglicher Hinweis über die Zugänglichkeit für Behinderte.

Im Bereich der Theater sind zwar Schauspielhaus und Opernhaus zugänglich, aber freie Theater, wie Arena, Theater am Bahnhof oder TAO nicht. Diese haben vielleicht Interesse, aber letztlich nicht die Mittel, um bauliche Maßnahmen durchzuführen.

Der „steirische herbst“ als Avantgardefestival könnte mit einer beispielhaften Vorbildwirkung vorangehen. Da aber jedes Jahr neue „ausgefallene“ Veranstaltungsorte gewählt werden, gibt es häufig unliebsame Überraschungen. Während so im „Reinighaus“ im Jahr 1996 noch eine Rampe angelegt war, wurde diese in den Jahren 1997 und 1998 wieder weggeräumt.

Es wird daher von den unterzeichneten Abgeordneten der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, daß erstens alle Spielstätten des „steirischen herbstes“ für mobilitätsbehinderte Menschen zugäng-

lich gemacht werden, insbesondere das Palais Attems, der Plattenladen in der Sackstraße, die Galerie Lendl, der Kunstverein, das Kulturhaus, das Café Harrach, das Forum Stadtpark, das Reininghaus, das Palais Meran, das Teatro, die Neue Galerie, das Landesmuseum Joanneum, das Palais Herberstein, die Tourismusinformatio in der Herrngasse und das Café Promenade, zweitens in allen Programm- und Informationsbroschüren Hinweise über die Zugänglichkeit für Behinderte enthalten sind, und drittens bei Neubauten und Renovierungen darauf zu achten, daß der Aspekt „behindertengerechter Zugang“ verwirklicht wird, wie zum Beispiel bei der Renovierung des Forum Stadtpark und weiteren renovierungsbedürftigen Projekten im Zuge von „Graz Kulturhauptstadt 2003“.

Wie Sie aus meinen Ausführungen sehen, ist es in Österreich noch ein langer und breiter Weg, um ein bestimmtes Niveau für behindertengerechte Menschen zu erreichen, wie es zum Beispiel in Schweden der Fall ist, wo solche Themen eigentlich gar keine Themen mehr sind, und ich meine, es sollte auch in Österreich zumindest schrittweise in diese gleiche Richtung gegangen werden. Deshalb bitte ich um Zustimmung dieses Antrages, und ich möchte noch den Antrag auf getrennte Abstimmung stellen, weil ich glaube, daß die freiheitliche Fraktion mit dem ersten Punkt unseres Antrages nicht mitgehen kann. Danke! (20.47 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Ich habe Frau Abgeordnete Keshmiri jetzt nicht ganz verstanden. Getrennte Abstimmung. Heißt das Abstimmung nach Punkten? (Abg. Keshmiri: „Ja!“) Danke. Wir werden es versuchen.

Wir stimmen ab, zuerst über den Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 896/1. Wer zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. Danke. Gegenprobe.

Der Antrag ist mehrheitlich angenommen.

Wir stimmen als nächstes ab über den Entschließungsantrag des Liberalen Forums, der ÖVP und der SPÖ, betreffend barrierefreier Zugang für mobilitätsbehinderte Menschen zu Kunststätten. Und hier in drei Punkten:

Wer dem Punkt eins des Entschließungsantrages zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. Danke. Gegenprobe.

Einstimmig angenommen.

Punkt zwei: Wer zustimmt, Handzeichen bitte. Danke. Gegenprobe.

Einstimmig angenommen.

Punkt drei: Wer stimmt zu? Danke. Gegenprobe.

Einstimmig angenommen. Die Einstimmigkeit ist nicht enden wollend.

Wir kommen zur nächsten Abstimmung, nämlich über den Entschließungsantrag des Liberalen Forums und der ÖVP, betreffend Gebärdendolmetsch bei Veranstaltungen des „steirischen Herbstes“. Wer stimmt dem zu, bitte? Danke. Gegenprobe.

Der Antrag ist mehrheitlich angenommen.

Wir stimmen ab über den Entschließungsantrag des Liberalen Forums, betreffend Koordinierung des Projektes Kulturhauptstadt 2003 mit dem Ansuchen „Weltkulturerbe“ bei der UNESCO. Wer stimmt diesem zu? Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Schließlich stimmen wir ab über den Entschließungsantrag der Grünen, der ÖVP, der SPÖ und des Liberalen Forums, betreffend steirische Kultur und Kunst ohne Barrieren. Wer stimmt diesem zu? Danke. Gegenprobe.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Und schließlich kommen wir zum Entschließungsantrag des Liberalen Forums, betreffend Erstellung beziehungsweise Offenlegung eines differenzierten Finanzierungsplanes zum Projekt Graz – Kulturhauptstadt 2003. Wer stimmt bitte zu? Danke. Gegenprobe.

Hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden. Der Antrag ist abgelehnt.

14. Bericht des Ausschusses für Wissenschaft, Forschung und neue Technologien über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 917/1, Beilage Nr. 116, Gesetz, mit dem das Gesetz vom 25. Juni 1969 über die Schaffung eines Landesfonds zur Förderung von Wissenschaft und Forschung, zuletzt in der Fassung LGBl. Nr. 64/1996, geändert wird.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Getzinger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Getzinger (20.49 Uhr): Danke, Herr Präsident. Meine Damen und Herren, Ihnen liegt eine Regierungsvorlage vor. Dazu möchte ich Ihnen den Mündlichen Bericht Nr. 134 zu Gehör bringen.

Der Ausschuß für Wissenschaft, Forschung und neue Technologien hat in seiner Sitzung am 6. Oktober 1998 über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 917/1, Beilage Nr. 116, Gesetz, mit dem das Gesetz vom 25. Juni 1969 über die Schaffung eines Landesfonds zur Förderung von Wissenschaft und Forschung, zuletzt in der Fassung, LGBl. Nr. 64/1996, geändert wird, beraten und nachstehenden Beschluß gefaßt:

Der Ausschuß für Wissenschaft, Forschung und neue Technologien stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 917/1, Beilage Nr. 116, Gesetz, mit dem das Gesetz vom 25. Juni 1969 über die Schaffung eines Landesfonds zur Förderung von Wissenschaft und Forschung, zuletzt in der Fassung LGBl. Nr. 64/1996, geändert wird, wird mit nachstehender Änderung beschlossen:

Artikel I

Im Paragraphen 1 Absatz 2 hat Litera d) wie folgt zu lauten:

„d) Unterstützung der Berufung beziehungsweise der Berufungsabwehr von Hochschullehrern an steirischen Hochschulen.“. Ich bitte um Annahme. (20.50 Uhr.)

Präsident: Ich erteile der Frau Abgeordneten Mag. Zitz das Wort.

Abg. Mag. Zitz (20.50 Uhr): Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Im April 1997 hat der Steiermärkische Landtag einstimmig festgehalten, der Steiermark den Status einer gentechnikfreien Zone zu verleihen im Sinne des Volksbegehrens, das am Wochenende vorher zu Ende gebracht wurde. Und ich bringe deswegen folgenden Abänderungsantrag der grünen Abgeordneten zum betreffenden Gesetz ein, betreffend keine Forschungsförderung für Gentechnik in der Landwirtschaft.

Im Sinne der Umsetzung einer gentechnikfreien Zone in der Steiermark wird der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Das Gesetz vom 25. Juni 1969, LGBl. Nr. 164/1969, über die Schaffung eines Landesfonds zur Förderung von Wissenschaft und Forschung, zuletzt in der Fassung LGBl. Nr. 64/1996, wird wie folgt geändert:

Paragraph 1 Absatz 2 Litera e lautet:

„e) Vergabe von Forschungsaufträgen beziehungsweise wissenschaftlichen Untersuchungen, soweit sich diese nicht auf Gentechnik der Landwirtschaft beziehungsweise Lebensmittel beziehen.“ Ich ersuche Sie um Annahme dieses Abänderungsantrages. (20.51 Uhr.)

Präsident: Danke, eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Wir kommen daher zur Abstimmung. Erstens über den Abänderungsantrag der Grünen, betreffend keine Forschungsförderung für Gentechnik in der Landwirtschaft. Wer diesem Antrag zustimmt, der möge ein Zeichen mit der Hand geben. Danke. Gegenprobe.

Hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden. Der Antrag ist abgelehnt.

Und schließlich zweitens stimmen wir über den Antrag des Berichterstatters zur Regierungsvorlage ab. Wer stimmt zu? Danke. Gegenprobe.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Bei den Tagesordnungspunkten 15 und 16 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese zwei Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abstimmen zu lassen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

15. Bericht des Ausschusses für Europäische Integration und entwicklungspolitische Zusammenarbeit über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 338/10, zum Beschluß Nr. 309 des Steiermärkischen Landtages vom 13. Mai 1997 über den Antrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch, Schützenhöfer, Dr. Lopatka und Wicher, betreffend das Projekt „Schule ohne Rassismus“.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch (20.53 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich habe zu berichten über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 338/10, zum Beschluß Nr. 309 des Steiermärkischen Landtages vom 13. Mai 1997 über den Antrag der ÖVP-Abgeordneten, betreffend das Projekt „Schule ohne Rassismus“.

Mit dem Landtagsbeschluß über Initiative der ÖVP wurde die Regierung aufgefordert, für eine Bedeckung der noch offenen Kosten in der Höhe von 180.000 Schilling für das Projekt „Schule ohne Rassismus“ der ARGE Jugend gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit für das Jahr 1997 zu sorgen.

Die Regierung berichtet nun darüber, daß die ARGE dieses Projekt von Juli 1997 bis Juni 1998 erfolgreich durchführen konnte. Auf Grund der durchgeführten Maßnahmen wurde die ARGE in den europäischen Verbund „Schule ohne Rassismus“ aufgenommen. Die Weiterführung dieses Projektes ist im Herbst an zwei steirischen Hauptschulen geplant. In der Beilage zu dieser Regierungsvorlage ist ein Bericht der ARGE Jugend gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit zu diesem Projekt angefügt. Ich ersuche um Kenntnisnahme der Regierungsvorlage. (20.53 Uhr.)

Präsident: Danke. Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

16. Bericht des Ausschusses für Gesundheit, Sport und Spitäler über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 513/6, zum Antrag der Abgeordneten Keshmiri, Dr. Brünner, Mag. Erlitz, Dr. Reinprecht und Gross, betreffend Suchtprävention in steirischen Schulen.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Mag. Erlitz. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Mag. Erlitz (20.54 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Der Ausschuß für Gesundheit, Sport und Spitäler hat am 21. April 1998 beschlossen, die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 513/3, zum Antrag der Abgeordneten Keshmiri, Dr. Brünner, Mag. Erlitz, Dr. Reinprecht und Gross, betreffend Suchtprävention in steirischen Schulen, an die Landesregierung zurückzuverweisen.

Die Landesregierung wurde daher ersucht, unter Einbeziehung einer Stellungnahme der Fachabteilung für das Gesundheitswesen eine neuerliche Regierungsvorlage dem Landtag zuzumitteln.

Diese Regierungsvorlage über suchtpreventive Projekte an steirischen Schulen von der Geschäftsführung VIVID liegt Ihnen vor.

Ergänzend zu diesem Bericht liegt auch ein Bericht der Abteilung für gewerbliche Berufsschulen vor in bezug auf das Konsumverhalten Jugendlicher und weist hier auf ein verstärktes Mißbrauchsverhalten von Lehrlingen hin.

Meine Damen und Herren, ich stelle den Antrag, diese Vorlage, betreffend Suchtprävention an steirischen Schulen, zur Kenntnis zu nehmen. Soweit mein Bericht. (20.54 Uhr.)

Präsident: Es liegt mir keine Wortmeldung vor. Ich komme zur Abstimmung und ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zur Einl.-Zahl 338/10 zustimmen, um ein Handzeichen. Danke, Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest und komme zur zweiten Abstimmung, nämlich betreffend den Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 513/6. Zustimmendenfalls bitte ich um ein Handzeichen. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle ebenfalls die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Jetzt wird es ein bißchen holprig, aber es stimmt trotzdem, weil zusammengezogen, vor- und rückgereiht wird. Ich schlage daher entsprechend der in der Präsidialkonferenz vorgeschlagenen Tagesordnung vor, Tagesordnungspunkt 17 gemeinsam mit den Tagesordnungspunkten 39 und 40, jedoch nach dem Tagesordnungspunkt 19 zu behandeln. Wenn Sie dem zustimmen, bitte ich Sie um ein Handzeichen. Danke. Gegenprobe.

Danke, angenommen.

Bei den Tagesordnungspunkten 18 und 19 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese zwei Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abstimmen zu lassen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

18. Bericht des Ausschusses für Gesundheit, Sport und Spitäler über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 500/5, zum Antrag der Abgeordneten Mag. Hartinger, Dipl.-Ing. Vesko, Mag. Bleckmann und Schinnerl, betreffend Qualitätskontrolle in der extramuralen Pflege.

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Mag. Hartinger. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Mag. Hartinger (20.57 Uhr): Bericht, betreffend Qualitätskontrolle in der extramuralen Pflege.

Es wurde seitens der Regierung, seitens der Fachabteilung für Gesundheitswesen, folgender Bericht erstattet: erstens zu den Qualitätskriterien für die Langzeit- und ambulante Pflege, zweitens zur regionalen Versorgung durch Koordinationsstützpunkte im intra- und extramuralen Dienstleistungsangebot.

Die Hauskrankenpflege ist ein Teil der Versorgungsstruktur und wird die Schnittstellenarbeit zwischen stationärem Akut- und Langzeitbereich und der mobilen Versorgung durch Hauskrankenpflege in koordinierender Weise im interdisziplinären Leistungsangebot für eine bedarfs- und bedürfnisorientierte Altenhilfe und Pflege in den Organisationsstrukturen einbinden.

Drittens Amtspflegepersonen in der Fachabteilung für GW für Kontrolle und Standardfestlegung zu installieren.

Hier wurde festgestellt, eine Vertretung analog den medizinischen behandlungsrelevanten Angelegenheiten sollte auch für pflege- und betreuungsrelevante

Angelegenheiten geschaffen werden. Wobei die Beurteilung der Pflegequalität in Fachbereichen der Pflegefachkräfte verankert werden muß.

Viertens: Hier wurde festgestellt, daß analog zum Krankenanstaltenplan bis 2002 der steirische Bedarfs- und Entwicklungsplan für pflegebedürftige Menschen bis 2010 vom Sozialreferat vorliegt.

Es wird gebeten, diesen Bericht zur Kenntnis zu nehmen. (20.58 Uhr.)

Präsident: 19. Bericht des Ausschusses für Gesundheit, Sport und Spitäler über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 592/6, zum Antrag der Abgeordneten Mag. Hartinger, List, Schinnerl und Porta, betreffend Ärztenotdienst.

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Hartinger. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Mag. Hartinger (20.59 Uhr): Bericht, betreffend Ärztenotdienst zum Antrag der freiheitlichen Abgeordneten.

Hier wurde seitens der Fachabteilung GW nach Rücksprache mit der Ärztekammer festgestellt, daß laut Telefonbuch alle Nachmittage im Wochenverlauf so weit abgedeckt sind, daß auch akute Fälle einen Arzt erreichen können.

Es wird gebeten, diesen Bericht zur Kenntnis zu nehmen. (20.59 Uhr.)

Präsident: Ich bedanke mich, und jetzt sind Sie auch als Rednerin zu Wort gemeldet. Ich darf Ihnen das Wort noch einmal erteilen.

Abg. Mag. Hartinger (21.00 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

„Im steirischen Bedarfs- und Entwicklungsplan für pflegebedürftige Menschen wird auf die Qualität beziehungsweise Angebot, Fehlbestände und Defizite eingegangen.“ Das ist ein Zitat der Regierungsvorlage.

„Im Bezirksvergleich zeigt sich, daß die Bevölkerung mit Alten-, Pflege- und Heimhelfern ungleich verteilt ist und in vielen Gemeinden keine Hilfen zur Verfügung stehen.“ Das ist ein Zitat aus dem steirischen Bedarfs- und Entwicklungsplan.

Der Gesamtpersonalbedarf bis 2010 beträgt im Minimum 878 Personen und im Maximum 1382 Helfer. Das sind 400 Hauskrankenpfleger und aufgerundet 480 Altenhelfer und 480 Heimhelfer. Das ergab eine ÖBIG-Studie für die Steiermark. Fazit: Es sind Fehlbestände im Pflegeangebot, im extramuralen Pflegeangebot, und Fazit zwei, es sind manche Gemeinden, die generell über keine Hilfen verfügen. Es ist die Frage, nennen wir das hier Pflegequalität, Pflegequalität in der extramuralen Pflege, wo gerade wir wissen, daß durch die Kürzung der Verweildauer in den Spitälern eine Umstrukturierung im extramuralen Bereich notwendig ist.

Eine Aufzählung der gesetzlichen Regelungen der Qualitätskriterien wie das Gesundheits- und Krankenpflegegesetz, das Pflegeheimgesetz und das Krankenanstaltengesetz ist mir, und ich denke auch Ihnen, da etwas zu wenig, nämlich zu wenig für die Betroffenen.

Die Regierungsvorlage ist zwar eine Feststellung des Ist-Zustandes, läßt aber für mich keine konkreten Maßnahmen erkennen, um die offensichtlichen Fehlbestände in den Griff zu bekommen. Denn wenn es Fehlbestände gibt, muß notgedrungen die Qualität schlecht sein. Das heißt, in der extramuralen Pflege ist nicht die notwendige Zeit vorhanden, die Pfleglinge adäquat zu betreuen. Dies ist für mich ein eindeutiges Abschieben der Verantwortung. Denn zu wissen, daß es Fehlbestände gibt, daß notgedrungen die Qualität nicht eingehalten werden kann und deshalb gleich gar nicht definiert und kontrolliert wird, ist für mich verantwortungslos.

Eine Tatsache feststellen ist eines, zu handeln aber anscheinend etwas anderes. Muß man erst betroffen sein, um zu handeln? Das ist hier die Frage.

Und deshalb stellen die Abgeordneten Mag. Hartinger, Schinnerl und Mag. Erlitz, betreffend Qualitätskontrolle im extramuralen Pflegebereich, folgenden Unselbständigen Entschließungsantrag. Der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert: erstens konkrete Qualitätskriterien beziehungsweise Kennzahlen für Langzeit- und ambulante Pflege zu erarbeiten, zweitens ein Konzept für ein internes Kontrollsystem hinsichtlich der Pflegequalität in den einzelnen Regionen analog der zuständigen Amtsärzte zu erstellen und drittens über die durch Punkt eins und zwei erarbeiteten Ergebnisse dem Landtag bis längstens März 1999 einen Bericht vorzulegen.

Zum zweiten Themenbereich Ärztenotdienst darf ich folgendes feststellen:

Stellen Sie sich vor, es ist Freitag, 16 Uhr (Abg. Mag. Erlitz: „Sag 17 Uhr!“), in einem Pflegeheim im Bezirk Eggenberg, Frau Kollegin Gross wird wissen, welches ich meine. Es ist ein Notfall, eine ältere Dame hat Luftprobleme und unregelmäßigen Puls. Die Schwester versucht den Hausarzt zu erreichen. Freitag nachmittag keine Ordination. Die Schwester versucht einen anderen praktischen Arzt zu erreichen. Zwei sind nicht erreichbar, einer ist im Einsatz. Die Schwester versucht den Notarztwagen zu bekommen. Dieser ist ebenfalls im Einsatz. Die Schwester ruft die Rettung, während des Transportes stirbt die Frau. Ein Einzelfall?

Die ÖBIG-Studie über die extramurale Versorgung bezeichnet, daß die zeitliche Verfügung zwischen den niedergelassenen Ärzten nur zwischen Montag bis Freitag vorhanden ist und Freitag nur bis Mittag. Also kein Einzelfall. (Abg. Purr: „Es ist in Graz noch schlimmer!“) In Graz auch, richtig, Herr Kollege Purr.

Die Sozialversicherung schließt zwar die Kassenverträge ab, hat es aber bis dato nicht der Mühe wert gefunden, die Vertragspartner zu verpflichten, sich in den Regionen zeitlich abzustimmen. Erst vor kurzem hat vom Hauptverband der Generaldirektorstellvertreter Probst reagiert und gemeint, beim Abschluß der Verträge sollte man auch die Ordinationszeiten festlegen. Ich hoffe, daß es nicht nur bei einer Ankündigung bleibt.

Wir sprechen alle von der Notwendigkeit der Stärkung der extramuralen Bereiche, sprich der Versorgung seitens der niedergelassenen Ärzte. Nur,

unsere Organisationsformen sind veraltet. Als Beispiel, daß es noch immer keine Gruppenpraxen gibt. Und unser Honorarsystem ist ebenfalls altmodisch und insuffizient.

Zeit zu haben für den Patienten, wo ein Sprechzimmer noch ein Sprechzimmer ist, und nicht eine Behandlung in Hektik und Akkord, das wäre eine sinnvolle Gesundheitsstruktur. Wo der Hausarzt sich verantwortlich fühlt für seine Patienten und auch eine Zeit, wo er auch sein Recht auf Freizeit und Entspannung hat. Das heißt, die Information so zu geben, daß die Patienten wissen, wer die Vertretung hat und wann und wo sie erreichbar ist. Sie können sich alle als Kranke einen Weg damit ersparen. (Abg. Schrittwieser: „Um diese Zeit bitte etwas kürzer!“) Ich habe noch Zeit, und ich bemühe mich, sehr schnell zu sein. Es ist ein sehr wesentliches Thema, Herr Kollege Schrittwieser. (Abg. Schrittwieser: Es ist in unser aller Interesse!“)

Ein letzter Satz und ein Antrag noch: Information ist generell wichtig. Nur im Ausnahmezustand – und Herr Kollege Schrittwieser, ich hoffe nicht, daß Sie einmal krank sind und keinen Arzt finden, denn dann ist es nämlich für Sie auch lebenswichtig, das, was ich jetzt sage.

Wir stellen daher folgenden Unselbständigen Entschließungsantrag seitens der Abgeordneten Hartinger und Erlitz, betreffend Ärztenotdienst.

Der Landtag wolle beschließen, die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens in Zusammenarbeit mit der Ärztekammer und allenfalls der Sozialversicherung ein flächendeckendes medizinisches Angebot der Ärztebereitschaft zu erstellen und zweitens die Informationsstellen über den Ärztebereitschaftsdienst der Bevölkerung bekannt zu machen. (Beifall bei der FPÖ. – 21.07 Uhr.)

Präsident: Ich bedanke mich. Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung.

Erstens über den Antrag der Frau Berichterstatterin zur Einl.-Zahl 500/5. Wer zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Zweitens, Antrag der Berichterstatterin zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 592/6. Bitte, wer stimmt zu? Danke. Gegenprobe.

Auch dieser Antrag ist einstimmig angenommen.

Drittens über den Entschließungsantrag der FPÖ und der SPÖ, betreffend Qualitätskontrolle in der extramuralen Pflege. Wer stimmt diesem Antrag zu? Danke. Gegenprobe.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Und schließlich wiederum ein Antrag der SPÖ und der FPÖ, betreffend Ärztenotdienst. Wer zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. Danke. Gegenprobe.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Bei den Tagesordnungspunkten 17, 39 und 40 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese drei Tagesordnungspunkte ge-

meinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abstimmen zu lassen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

17. Bericht des Kontroll-Ausschusses über den Wahrnehmungsbericht des Rechnungshofes, Einl.-Zahl 667/1, über Teilgebiete der Gebarung der Krankenanstalten im Land Steiermark, betreffend die Bezüge, Gebühren und Honorare der Ärzte.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Wabl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Wabl (21.09 Uhr): Der Kontroll-Ausschuß hat sich mit diesem Bericht des Bundesrechnungshofes befaßt. Es geht hier um das aktuelle Thema der Bezüge, Gebühren und Honorare der Ärzte, und darauf aufmerksam gemacht, daß das österreichweit unterschiedlich geregelt ist, hat er auch verschiedene Vorschläge erstattet. Es geht auch um die Ambulanzgebühren und einige Spezialthemen, aber angesichts des nächsten Tagesordnungspunktes, wo nunmehr die Sondergebühren neu verteilt werden, ist die Aktualität dieses Berichtes nicht mehr unbedingt gegeben. Der Kontroll-Ausschuß hat diesen Bericht zur Kenntnis genommen und stellt den Antrag:

Der Landtag wolle beschließen:

Der Wahrnehmungsbericht des Rechnungshofes über Teilgebiete der Gebarung der Krankenanstalten im Land Steiermark, betreffend die Bezüge, Gebühren und Honorare der Ärzte, wird zur Kenntnis genommen. (21.09 Uhr.)

Präsident: Ich bedanke mich.

39. Bericht des Ausschusses für Gesundheit, Sport und Spitäler, Einl.-Zahl 856/5, Beilage Nr. 122, über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 856/1, Beilage Nr. 105, Gesetz, mit dem das Steiermärkische Krankenanstaltengesetz geändert wird (17. KALG-Novelle).

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Mag. Erlitz. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Mag. Erlitz (21.10 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Der Ausschuß für Gesundheit, Sport und Spitäler hat in seinen Sitzungen am 23. Juni und am 20. Oktober 1998 die Beratungen über das Gesetz, mit dem das Steiermärkische Krankenanstaltengesetz geändert wird, durchgeführt.

Der Unterausschuß, betreffend Novellierung der 17. KALG-Novelle, hat in seiner Sitzung am 7. Oktober 1998 die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 856/1, und den Antrag, Einl.-Zahl 810/1, der Abgeordneten Dr. Brünner und Keshmiri vorberaten. In dieser Unterausschußsitzung wurden auch einige Experten aus dem Bereich der Krankenanstalten und der Ärztekammer gehört. Auf Basis dieses Ergebnisses des

Unterausschusses ergaben sich auch einige Änderungen in der Regierungsvorlage 856/1, weshalb auch der beiliegende Gesetzesentwurf erarbeitet wurde.

Sie haben auch zu diesem Gesetzesentwurf Erläuterungen beigefügt. Ich bin überzeugt, Sie haben sie zur Kenntnis genommen. Daher darf ich folgenden Antrag stellen:

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt der Ausschuß für Gesundheit, Sport und Spitäler somit den Antrag, der Landtag wolle den nachstehenden Entwurf des Gesetzes, mit dem das Steiermärkische Krankenanstaltengesetz geändert wird (17. KALG-Novelle), zum Beschluß erheben. Soweit mein Antrag. (21.10 Uhr.)

Präsident: Ich bedanke mich und komme zum Tagesordnungspunkt

40. Bericht des Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 875/1, Beilage Nr. 106, Gesetz, mit dem das Steiermärkische Landesvertragsbedienstetengesetz geändert wird (2. Landesvertragsbedienstetengesetz-Novelle 1998).

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Dr. Karisch. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Dr. Karisch (21.11 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Der Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschuß hat in seinen Sitzungen am 15. September und am 20. Oktober 1998 über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 875/1, beraten und folgenden Beschluß gefaßt.

Der Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschuß stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 875/1, Beilage Nr. 106, Gesetz, mit dem das Steiermärkische Landesvertragsbedienstetengesetz geändert wird (2. Landesvertragsbedienstetengesetz-Novelle 1998), wird mit nachstehenden Änderungen beschlossen:

Zu Artikel I:

In der Einleitung, vierte Zeile, hat die LGBL-Nr. zu lauten: „LGBL Nr. 45/1998“.

Zu Ziffer 2:

Im Absatz 1, dritte Zeile ist der Ausdruck „LGBL Nr. .../1998“ zu ersetzen durch die Worte „der 17. KALG-Novelle“. Ich stelle den Antrag auf Beschlußfassung.

Präsident: Ich bedanke mich, Frau Berichterstatterin. Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Mag. Erlitz. Ich erteile es ihm.

Abg. Mag. Erlitz (21.13 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich mach' es eh kurz. Mit der 17. KALG-Novelle beschließen wir heute auch eine oder vor allem würde ich meinen, eine umgehende Neuordnung der Arzthonorarverteilung auf einer sensationellen Basis, nämlich auf der Basis eines einheitlichen Punkteschemas und eines fächerübergreifenden Ausgleichs. Eine Arzthonorarverteilung, die schon lange eingefordert

würde und auch nach einem über eineinhalbjährigen Verhandlungsmarathon zum Beschluß vorliegt. Wenn ich sage, schon lange eingefordert, dann meine ich, daß eben der Impuls dazu oder der Ausgangspunkt der Forderung nach einer Neuordnung der Arzthonorare der Landtagsantrag war, nämlich der Landtagsantrag vom 30. März 1993 vom damaligen SPÖ-Gesundheitssprecher, damals noch Landtagsabgeordneten Günter Dörflinger, betreffend eine gerechtere Verteilung der Sondergebühren in den Krankenanstalten. Und wenn ich mir den Antrag anschau, auf welcher Basis er damals erhoben wurde, muß man feststellen, daß hier die Forderung nach einer gerechteren Verteilung wirklich gerechtfertigt war. Damals – im 93er-Jahr – machten die Sondergebühren rund 270 Millionen Schilling aus. 55 Prozent von dieser Summe, also 150 Millionen Schilling, gingen damals an rund 100 leitende Ärzte, während die restlichen 45 Prozent, also rund 120 Millionen Schilling, an die anderen 1200 Ärzte verteilt wurden. Das heißt, hier war wirklich ein Motiv vorhanden, eine gerechtere Verteilung zu verlangen. Nachdem ein erster Anlauf zu einer gerechteren Verteilung scheiterte, das heißt die in der letzten Landtagsperiode ausgesandte Novelle zum Steiermärkischen Landeskrankenanstaltengesetz auf vehemente Ablehnung stieß, sowohl auf Ablehnung stieß auf Seite der Ärzteschaft als auch auf Seite der Standesvertretung, der Ärztekammer, sollte es jetzt, glaube ich, Landesrat Dörflinger gelingen, diese von ihm initiierte Neuordnung der Honorare auch in die Tat umzusetzen.

Im März 1996 wurde unter dem Vorsitz des Herrn Landesamtsdirektors Hofrat Prof. Dr. Wielinger eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die sich vor allem mit Rechtsgrundlagen zu beschäftigen hatte. Aber die Neuordnung der Krankenanstaltenfinanzierung zwischen Bund und Ländern hat dann zur eigentlichen Beschleunigung und zum eigentlichen Handlungsbedarf beigetragen, da nämlich die Ambulanzgebühren in die Neuordnung der Krankenanstaltenfinanzierung ja mit einbezogen wurden. Und durch diese Einbeziehung der Ambulanzgebühren entfiel nämlich die Grundlage für die Bemessung der Honorare an den Ambulanzleistungen.

Das war sicherlich eine Triebfeder dazu, hier zu einem Ergebnis zu kommen, und man hat hier auch, das muß ich sagen, doch rasch gearbeitet, so daß am 3. Dezember 1996 die Grundsätze für eine Neuordnung vorlagen. Aber, wie Sie wissen, im Detail liegt meistens der Teufel begraben, so daß in der Folge in über 20 teilweise sehr langwierigen Verhandlungsrunden mit der Ärztekammer für Steiermark und der Gewerkschaft öffentlicher Dienst die Detailregelungen festgelegt wurden. Diese lagen dann am 15. Mai 1998 letztendlich vor.

Die wesentlichsten Punkte dieser Neuordnung – ich darf sie kurz aufzählen – sind:

Erstens: Ein einheitliches Punkteschema, das heißt die gesamten, alle Arzthonorare an die leitenden Ärzte sowie die ärztlichen Mitarbeiter werden nach einem einheitlichen Punkteschema geregelt. Also vom Turnusarzt bis zum Klinikchef, bis zum Vorstand und Primararzt gibt es ein einheitliches Punkteschema. Dabei werden eben der Ausbildungsstand, Dienstalter und Erfahrung des jeweiligen Arztes berücksichtigt.

Es gibt hier auch noch ein Punkteschema zur Vermeidung von Härtefällen. Ich lasse das aus, es wird zu kompliziert sonst – diese Mindest- beziehungsweise Maximalbeteiligung an der Abteilungsarzthonorarsumme.

Zweitens: Ein Teil der Gesamtarzthonorarsumme der jeweiligen Organisationseinheit wird in den sogenannten grundgehaltsnahen Bereich transferiert. Hier wird auch einer Forderung Rechnung getragen, die der Rechnungshof in seinem Wahrnehmungsbericht, auf den der Martin Wabl Bezug genommen hat, verlangt hat, nämlich, daß ein Teil dieser Gesamtthonorarsumme in diesen gehaltsnahen Bereich transferiert wird. Dieser Teil bildet dann die Ärztedienstzulage II, die dann als Nebengebühr zwölfmal jährlich ausbezahlt wird.

Der dritte Punkt und der wesentliche Punkt ist der, daß es eben hier einen steiermarkweiten Mindestpunktwert gibt und damit ein fächerübergreifender Ausgleich erwirkt wird. Das heißt, daß auch Ärzte jetzt an diesem Honorarkuchen beteiligt werden, die bisher leer ausgegangen sind. Natürlich kostet das alles Geld, wenn man nun mehr Ärzte am Kuchen mitnaschen läßt. Um diese Mehrausgaben auch zu finanzieren, hat die KAGES im Rahmen der Grundsatzvereinbarung zusätzliche Mittel in der Höhe von rund 44 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt beziehungsweise werden diese Mittel noch durch die Solidarleistungen der Ärzteschaft an gebührenstarken Abteilungen verstärkt. Auch hier möchte ich nicht ins Detail gehen, was die Solidarleistungen anlangt. Jedenfalls gibt es hier auch eine sehr ausgeklügelte Vorgangsweise, zu diesen Solidarleistungen zu kommen.

Es gibt hier auch Höchstbeträge für Klinikvorstände von 150.000 Schilling monatlich und für Primärärzte beziehungsweise klinische Abteilungsleiter von 125.000 Schilling monatlich. Die wurden auch eingeführt, das heißt, man könnte hier sagen eine Deckelung, wobei auch hier wiederum jene Ärzte ausgenommen sind, welche bereits im Jahre 1996 ein durchschnittliches Monatsgebührenaufkommen über diese Höchstbeträge hatten. Hier wird dann nur eine 10prozentige Reduktion herangezogen, also die müssen auf 10 Prozent verzichten. Niemand hat Freude, wenn er auf ein Geld verzichten muß, selbstverständlich, das ist nicht unbedingt sehr erfreulich. Aber ich glaube, unser Mitleid darf sich hier in Grenzen halten, denn ich glaube, 10 Prozent Kürzung darf als durchaus gerecht betrachtet werden, zumal diese 10 Prozent ja auch in diesen Solidarleistungstopf fließen, um jene Ärzte auch zu beteiligen, die bisher, wie gesagt, leer ausgegangen sind. Das ganze System ist auf fünf Jahre befristet und muß eben danach neu verhandelt werden. Es gibt auch einen Konsultationsmechanismus. Das heißt, sollte es notwendig sein, dann können noch rasch erforderliche Systemkorrekturen auf dem Verordnungswege herbeigeführt werden. Ich lasse alles andere hier weg.

Die 17. KALG-Novelle ist erstens eine verfassungskonforme Lösung – übrigens: bereits die 5. KALG-Novelle war bereits verfassungskonform –, eine solche besitzen neben der Steiermark nur Kärnten und Salzburg. Verfassungskonform heißt in dem Fall, daß es eine Rechtsbeziehung ausschließlich zwischen den

Trägern der Krankenanstalten und den Patienten gibt und nicht zwischen den leitenden Ärzten und den Patienten.

Den Empfehlungen des Bundesrechnungshofes – Martin Wabl hat es bereits angesprochen – in seinem Wahrnehmungsbericht 1997 bezüglich Bezüge, Gebühren und Honorare der Ärzte wurde weitgehend Rechnung getragen. Auch hier gehe ich auf die Detailpunkte nicht ein.

Was das Pflegepersonal betrifft, haben wir heute auch bereits gesprochen, ich wäre auch dafür, das Pflegepersonal natürlich hier miteinzubeziehen. Auch die sollten selbstverständlich, warum auch nicht, zu solchen Honorarleistungen kommen. Allerdings fehlt uns dazu eben das Geld. Wenn wir nur 2000 Schilling hier dem Pflegepersonal zahlen wollten pro Monat, bräuchten wir zusätzlich 170 Millionen Schilling oder, besser gesagt, müßten diese 170 Millionen Schilling von den 324 Millionen Schilling, die dafür insgesamt zur Verfügung stehen, abgezogen werden. Würde man dem Pflegepersonal 3000 Schilling geben, so müßte man bereits 360 Millionen Schilling aufbringen. Daß heißt, das Ganze ist eine Frage des Geldes. Wir haben es momentan nicht, und deswegen können wir das auch nicht realisieren.

Ich hoffe jedenfalls, daß mit dieser Neuregelung der Arzthonorarverteilung hier wirklich ein gerechter Interessenausgleich zwischen den leitenden und den beihilfeleistenden Ärzten einerseits sowie zwischen den unterschiedlichen ärztlichen Sonderfächern gefunden wurde beziehungsweise glaube ich auch oder hoffe ich auch, daß damit eine langfristige Sicherung der Ansprüche auf Arzthonorare gegeben ist. Ich bitte um Annahme dieser Novelle. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 21.23 Uhr.)

Präsident: Als nächster Rednerin darf ich der Frau Abgeordneten Dr. Karisch das Wort erteilen.

Abg. Dr. Karisch (21.23 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es liegt uns heute eine Neuregelung der Verteilung der ärztlichen Sondergebühren vor. Zum Schlüssel möchte ich nicht mehr reden. Es ist darüber ausgiebig gesprochen worden. Sie kennen es. Erstmals ist auch nichtärztliches akademisches Personal einbezogen worden. Das ist sicher auch ein Fortschritt. Die Regelung ist ein kleiner Schritt zu mehr Gerechtigkeit. Ein kleiner Schritt in die richtige Richtung, wenn man schon solche Gelder verteilt.

Ich möchte eine andere Seite dieser Regelung beleuchten. Ich möchte dazu aus Konsumentensicht ein paar grundsätzliche Anmerkungen machen.

Die Zahler dieser 350 Millionen, die Kollege Erlitz genannt hat, sind die Zusatzpatienten. Darunter viele kleine Leute, die ein Leben lang eine Zusatzversicherung einbezahlt haben, dann in ihrer Pension unter Umständen unter großen Entbehrungen die Beitragszahlungen aufrecht halten. Sie sind die Zahler. Wer sind die Nutznießer? Das sind einerseits die Zusatzkrankenkassen, die einen eigenen Geschäftszweig haben. Es ist der Spitalerhalter, der etwas mitbekommt, und es sind die Ärzte.

Meine Damen und Herren, man muß auch die Frage stellen: Für welche Leistungen werden die Sondergebühren in den öffentlichen Spitälern bezahlt? Auch der Rechnungshof hat diese Frage gestellt und hat festgestellt, daß die Antwort absolut nicht klar ist.

Die Patienten schließen eine Zusatzversicherung ab, um im Fall der Krankheit oder eines Spitalaufenthaltes eine zusätzliche Leistung zu erhalten. Das kann eine Taggeldversicherung sein, es kann ein ambulanter Tarif sein, es kann eine Leistung der Komplementärmedizin, ein Kuraufenthalt sein. Bei den Krankenhauskostenzusatzversicherungen erwartet sich der Patient üblicherweise die freie Arztwahl, eine besondere Betreuung und einen höheren Komfort im Krankenzimmer. Wie steht es nun darum?

Freie Arztwahl: Während in einem Sanatorium die freie Arztwahl möglich und üblich ist, gibt es diese in öffentlichen Spitälern nicht. Ich darf Ihnen ein Beispiel aus dem LKH erzählen: Eine Frau wollte ihre Operation von einem Oberarzt durchgeführt haben. Sie hätte sie gerne im LKH gehabt, weil sie dort im Ernstfall eine bessere Ausstattung hat. Die Ärzte haben das dort abgelehnt. Der Oberarzt steht ihr zur Verfügung, aber nicht im LKH, nur im Sanatorium.

Wie steht es um die ärztliche Betreuung? Nach dem Krankenanstaltengesetz darf es keine Unterschiede in der medizinischen Versorgung der Patienten in der Allgemeinen Klasse und in der Sonderklasse geben.

Es stellt sich daher die Frage, auf welche besseren Leistungen sich ein zusätzlicher ärztlicher Honoraranspruch in der Sonderklasse stützt. Und auch bei der Hotelkomponente stellt sich die Frage, ob der Aufpreis, der einem Vier- oder Fünf-Stern-Hotel entspricht, ob der für den Kühlschrank, den Fernseher oder was immer im Zimmer zusätzlich vorhanden ist, gerechtfertigt ist.

Meine Damen und Herren, im Interesse der Zusatzversicherten Patienten muß man eigentlich fordern, daß eine genaue Festlegung von Leistung und Gegenleistung für Sondergebühren erfolgt, daß der Patient erfährt, was er eigentlich mehr hat für die hohen Beiträge, die seine Zusatzversicherung für ihn bezahlt. Und der Patient sollte auch in öffentlichen Spitälern das Recht der freien Arztwahl erhalten!

Rund 1,1 Millionen Österreicher besitzen eine Krankenhauskostenzusatzversicherung. Das jährliche Prämienaufkommen macht dabei 15 Milliarden Schilling aus und stellt einen beträchtlichen Wirtschaftsfaktor dar. Alle Sparten zusammengerechnet gibt es in Österreich 2,7 Millionen Verträge der Krankenzusatzversicherung. Sie ist also ein gutes Geschäft für die Versicherer, die Träger der Krankenanstalten, denen sie Defizite abbauen hilft, und auch für die Ärzte.

Meine Damen und Herren, ich habe nichts gegen Sondergebühren, ich habe überhaupt nichts gegen Zusatzversicherungen, ich habe selbst eine. Ich glaube aber, daß man im Interesse der Patienten, die ja Konsumenten sind, auch die Frage stellen muß: Was ist die Gegenleistung für eine Leistung? Dann wird man draufkommen, daß ein bißchen mehr ärztliche Zuwendung vorhanden ist, daß ein bißchen mehr Pflege und Aufmerksamkeit der Schwestern vorhanden ist. Und wenn man sich das anschaut, müßte man auch dem

Pflegepersonal von den Sondergebühren etwas abgeben. Ich glaube, das wäre nur gerecht. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich wünsche mir, daß man dieses Problem, auf das ich schon seit Jahren aufmerksam mache, angreift, denn wir sind an sich ein Land mit einer sozialen Gerechtigkeit, mit dem Grundsatz von Leistung und Gegenleistung, und das sollte auch in unseren Spitälern gelten. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei ÖVP und SPÖ. - 21.29 Uhr.)

Präsident: Als nächste Rednerin hat sich die Frau Abgeordnete Mag. Hartinger gemeldet, der ich das Wort erteile.

Abg. Mag. Hartinger (21.29 Uhr): Herr Präsident, Herr Landesrat!

Irgendwie erinnert mich die Situation an ein Königshaus im 15. Jahrhundert. Der König, der Hof hält, Kollege Erlitz als Minnesänger. Und dann gibt es noch eine Funktion auf so einem Königshof - ich verwende diesen Vergleich auch gerne mit meinem Job, den ich in der KAGES habe, als Controller, der Controller hat in einem Unternehmen auch so eine Funktion, die Hofnarrenfunktion. Der Hofnarr darf den König kritisieren, er darf alles sagen, auch wenn es dem König nicht gefällt, und braucht keine Angst haben, seinen Job zu verlieren. Hier bei den Sondergebühren, da treffe ich auch auf unterschiedlichste Auffassungen. Einerseits - mein Kompliment, Herr Landesrat - die Regelung der Sondergebühren wurde seitens des Bundesrechnungshofes schon von der jetzigen Neuregelung als vorbildhaft dargestellt, da im Gegensatz zu anderen Bundesländern die Gebühren seitens der Krankenanstalten kassiert werden und dann an die Ärzte verteilt werden und es Direktforderungen der Ärzte an die Patienten nicht gegeben hat. Andererseits, jetzt bei der Neuregelung sind wir, sage ich jetzt einmal, und das sage ich bewußt eben auch als Kompliment, Musterschüler im Vergleich zu den anderen Bundesländern.

Der Bundesrechnungshof wartet schon brennend auf unseren Beschluß, da die Verhandlungen nicht nur eine gerechtere Honorierung zwischen den Hierarchien und den einzelnen Fächern erreicht haben, sondern auch eine Obergrenze bei den Abteilungsleitern und Klinikvorständen. Als Insider weiß ich, wie schwierig diese Verhandlungen waren, sie haben zirka 200 Stunden gedauert, und ich weiß, daß es nicht immer möglich ist, alle zufriedenzustellen. Auch wenn es vordergründig den Anschein hat, die Ärzte haben sich es wieder einmal gerichtet, und generell eine Diskussion der Sinnhaftigkeit der Sondergebühren entsteht, Frau Kollegin Karisch, obwohl Sie selber meinen, Sie sind auch Zusatzversichert und wollen das beanspruchen, so ist dieses vorliegende Ergebnis für mich doch ein Schritt in die richtige Richtung. Ärzte sollen und müssen - wir haben heute schon einmal die Diskussion gehabt, leistungsorientierter Honorare - leistungsorientiert honoriert und bezahlt werden, da sind wir uns alle hoffentlich einig. Denn der derzeitige Grundgehalt ist sicher zu wenig. Daß der Anreiz der Sonderklasse oft ein falscher ist, daß hier medizinische Leistungen erbracht werden, die in der Allgemeinklasse nicht erbracht werden und eigentlich notwen-

dig sind, daß die Gebühren in Sanatorien um einiges höher sind und dort zum Beispiel die Sectio-Rate, die Rate des Kaiserschnittes, doppelt bis dreifach so groß ist wie in Landeskrankenhäusern, zeigt, wie falsch dieses Anreizsystem sein kann.

Es ist das System des Anreizes, meine Damen und Herren, welches diskussionswürdig ist, aber nicht die Summe der Bezahlungen an die Ärzte. Ich würde mir einen höheren Grundgehalt wünschen und eine Möglichkeit der Nebenbeschäftigung im Krankenhaus, das heißt nicht ein Verbot, sondern die Ressourcennutzung des Spitals auch am Nachmittag, eine entsprechende Vermietung und Umsatzbeteiligung seitens des Trägers. Ich frage mich, warum die Ärzte, was ihre persönliche Geschäftstüchtigkeit betrifft, so oft an den Pranger gestellt werden. Es ist doch vielmehr das Finanzierungssystem im Gesundheitswesen, das solche Dinge zuläßt und die Qualität der medizinischen Leistungen, die nicht hinterfragt und schon gar nicht festgelegt wird. Nur, wer ist dafür verantwortlich? Der Arzt, die Sozialversicherung oder die Politik? Der Arzt sicher nicht. (Beifall bei der FPÖ. - 21.34 Uhr.)

Präsident: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Wabl das Wort.

Abg. Dr. Wabl (21.34 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich hoffe, daß so interessante Fragen und Themen wie Sondergebühren, Aufteilung der Sondergebühren auch zu später Stunde noch Interesse erwecken. Und ich kann der Frau Kollegin Hartinger insofern beipflichten, als sie gesagt hat, daß leistungsorientierte Bezahlung eine Grundforderung sein sollte. Aber ich habe keine Antwort bekommen, was Leistung ist, und du hast es selbst erwähnt, wenn dann in den Sanatorien gewisse Operationen häufiger durchgeführt werden, die den Patientinnen in dem Fall offensichtlich nicht nützen, dann muß ich fragen, ob eine Bezahlung nach der Anzahl dieser Operationen leistungsorientiert ist. Da hast du recht, daß sich hier die Frage stellt: Wonach messen wir die Leistungen der Ärzte, oder wonach messen wir sie untereinander?

Ich bin ja schon seit 1981 hier in diesem Landtag und habe noch in Erinnerung, wie sogar unter dem ehemaligen Landeshauptmannstellvertreter Sebastian die Diskussion über diese Sondergebühren stattgefunden hat und wir uns alle noch daran erinnern, weil eben von leistungsgerechter Bezahlung die Rede ist. Der Primar Vogel hat damals 700.000 oder 800.000 Schilling Anteil von Sondergebühren bekommen, und niemand konnte davon ausgehen, daß er dafür persönlich Leistungen erbringt, weil er die wenigsten Bilder selbst erstellt oder erarbeitet hat.

Damals ist die Diskussion in die Richtung gegangen - und da hier liegt ja auch das tief Emotionelle -, der Vorbehalt auch der Politik gegenüber den Ärzten, bei allem Respekt vor der ärztlichen Leistung, aber wir sind alle verpflichtet, wie auch die Kollegin Karisch sagt, im Interesse des Konsumenten, des Patienten nachzudenken: Was kostet das Gesundheitswesen, was ist eine Leistung wert, und nach welchen Kriterien bezahlen wir sie? Und da gibt es die Antwort des berühmten Primars und Chirurgen Sauer-

bruch, wo man mit ihm diskutiert und ihn gefragt hat: Herr Primar, was sollen wir für diese Operation bezahlen?

Und dann sagt er: Zahlen Sie die Hälfte von dem, was Sie vor der Operation gezahlt hätten, dann wäre ich sehr zufrieden. Also diese Angst, diese Sorge, auch von uns allen, wenn man dann im Spital liegt, wie man dann behandelt wird und wenn es dann vorbei ist, daß man froh ist, und vorher alles und sehr viel bereit ist, zu zahlen, das spielt hier alles eine Rolle und verhindert oft eine emotionslose Diskussion des Problems: Wie verteilt man Einkommen und wie verteilt man Sondergebühren?

Herr Kollege Erlitz hat hier sehr wohl angeführt, daß der Herr Landesrat Dörflinger damals bei der SPÖ einen mutigen Antrag gestartet hat gemeinsam mit dem Sozialversicherungsexperten und SPÖ-Abgeordneten Gennaro, daß hier endlich ein neuer Anlauf zur Neuregelung der Sondergebühren genommen werden sollte. In diesem Antrag – das hast du ja auch zugegeben, du warst damals noch etwas jünger und hast offensichtlich die Sachzwänge noch nicht so deutlich gesehen, wie ja später nach deiner steilen Karriere deutlich sichtbar wurde – hast du als Sozialdemokrat und als einer – die Kollegin Karisch hat es ja auch erwähnt –, der die Problematik besonders erkannt hat, erklärt, daß, wenn eine Reform dieser Sondergebühren stattfindet, dann sollte auch das Pflegepersonal einbezogen werden. Niemand will bestreiten – und wenn wir darüber diskutieren, was die Sonderklasse oder die Sondergebühr ausmacht, dann bin ich überzeugt davon, zutiefst überzeugt davon, daß die Pflegeperson, was die menschliche pflegliche Zuwendung anlangt, sicherlich nicht an letzter Stelle steht, und wir alle immer wieder darüber diskutieren, wie weit hier die Aufteilung zwischen Ärzten und zwischen Pflegepersonal passiert. Jeder, der im Spital war, weiß, wie wichtig geradezu die Arbeit des Pflegepersonals ist und daß die Ärzte sehr oft – und das sage ich hier ganz deutlich – auf Grund ihrer Ausbildung gar nicht in der Lage sind, jene zwischenmenschliche Beziehung herzustellen, die vielleicht notwendig ist, sehr viele Krankenschwestern und auch andere beim täglichen Kontakt sehr wohl das vermitteln, was für die Genesung und Heilung der Patientinnen und Patienten von besonderer Bedeutung ist.

Daher hat der Herr Kollege – entschuldige –, der Herr Landesrat Dörflinger damals in echt sozialdemokratischer und in echter Überzeugung, was Gerechtigkeit sein könnte, erklärt, daß er sich auch vorstellen kann und daß er auch verlangt, daß diese Sondergebühren auch auf das Pflegepersonal verteilt werden.

Ich glaube, ich war selbst auf dem Antrag oben, weil alle im Klub das damals unterschrieben haben, und ich war selbst, glaube ich, Mitglied dieses Klubs und habe das aus ehrlicher Überzeugung mitunterschrieben. Ich stelle jetzt eigentlich mit Bedauern fest, daß also von dieser Argumentation abgegangen worden ist. Mir ist schon klar, und das hat auch der Bruno Kreisky einstens gesagt: Wer will in Österreich oder wer traut sich schon jemandem etwas wegzunehmen!

Ich sage dann, wenn wir, um die Zukunft zu meistern, nicht bereit sind, bei den höheren Gebühren entsprechende Kürzungen vorzunehmen und hier

etwas wegzunehmen, wir haben das ja als Politiker auch selbst vordemonstriert. Wir haben uns ja auch dazu bekannt und die Probleme der Zukunft und die Herausforderung der Zukunft, vor allem was die Verteilungspolitik nicht nur in Österreich, sondern weltweit betrifft, werden wir nur dann meistern, wenn wir denen, die zuviel haben, auch etwas wegnehmen. Und wenn es auch schmerzt. Daher halte ich in dem Fall diese 10 Prozent Eindämpfung an sich für eine Konzession an die Spitzenbezieher der bisherigen, die ich persönlich nicht vertrete. Ich weiß, da gibt es Sachargumente, Prozesse hin oder Prozesse her, die passieren oder wo vielleicht auch die Gerichte im einen oder anderen Fall den Arzt gewinnen lassen. Aber ich sage es aus tiefer Überzeugung, daß wir nur eine solche Verteilung, und vor allem den sozialen Grund gesehen, in der Gesellschaft nur dann herstellen können, wenn wir hier auch manchmal schmerzliche Einschnitte vornehmen. Und da erwähne ich gar nicht – und das Problem steht zwar heute nicht zur Diskussion –, aber wir wissen ja bitte, daß die Sanatorien nicht sehr weit weg sind und daß es uns – das müssen wir offen hier zugeben – bis heute nicht gelungen ist, das Problem – du hast es ja vorhin erwähnt – der Behandlung im Sanatorium, zum Teil auch während der Dienstzeit, zu lösen.

Ich will nicht die alte Geschichte erzählen, wo auch ich operiert worden bin, wo der Primararzt gesagt hat, in vier Wochen machen wir es im Krankenhaus im LKH, aber in drei Tagen machen wir es im Sanatorium draußen bei den Kreuzschwestern. Und bei den Kreuzschwestern ist dann die Assistentin vom LKH mitaufgetaucht, und niemand in diesem Lande wagt es, daß man da hier entsprechende Maßnahmen setzt. Glauben wir doch nicht, daß das Grundeinkommen plus der Antrag an die Sondergebühren, daß das das ausschließliche Einkommen ist. Wir wissen ja, wie viele Ärzte in den Krankenhäusern, vor allem auch die Professoren, die sind natürlich bundesweit wieder anders geregelt, und dort ist die Bereitschaft, Reduzierungen vorzunehmen, auch sehr gering an der Neuregelung, weil wir hier nichts angreifen wollen. Aber wir können nicht davon ausgehen, daß das hier das einzige Einkommen ist.

Ich bin der letzte, der nicht der Meinung ist, daß Verantwortung bezahlt werden soll. Ich war immer einer, der gesagt hat, ich halte zum Beispiel die Bezahlung von ein paar 100 Schilling für einen Krankenbesuch bei einem Schwerkranken oder lebensgefährlich Erkrankten für einen Witz, wenn auf der anderen Seite ein Rechtsanwalt für einen Schriftsatz, den jeder einfache Bürger schreiben kann, der nur ein paar Seiten bedrucktes Papier darstellt, ein paar 1000 Schilling kassiert, weil es einfach die Honorarordnung erlaubt. Diese Relationen stimmen auch nicht. Aber hier sind einfach Strukturen gegeben, die ich als Volksvertreter hier nicht verantworten kann.

Kollege Dörflinger hat heute gesagt, ich bin ein politischer – was hast du gesagt? – Renegat oder Desperado oder einer, der nicht Verantwortung auf sich nehmen will. Ich möchte das hier wirklich entschieden zurückweisen und stelle eines fest, das erlebe ich in dieser Landstube immer sehr schmerzhaft – (Landesrat Dörflinger: „Was ist das akustische Gegenstück einer Fata Morgana?“)

Du hast irgendwas gesagt zu mir, du hast gesagt, warum stimmst du nicht zu, aber du hast jedenfalls zumindest Unmut geäußert. (Landesrat Dörflinger: „Das muß dir irgendwo untergekommen sein!“) Regt euch nicht auf, er war irritiert darüber, daß wir Grünen in dem Fall nicht zustimmen. (Landesrat Dörflinger: „Martin, ich wäre froh gewesen, wenn du im Ausland den Mund aufgemacht hättest und nicht geschlafen hättest!“) Und ich sage nur eines, wir erleben in diesem Landtag sehr oft, daß Millionen und Abermillionen auf Regierungsebene verteilt werden, wovon wir als Abgeordnete nur aus der Zeitung erfahren, und wir Abgeordneten der kleinen Fraktionen auch nicht das Recht bekommen, zu erfahren, was überhaupt passiert ist. Millionen und Abermillionen, der Kollege Brünner moniert das immer wieder, 150 Millionen, 200 Millionen außerplanmäßige Ausgaben. Ich stelle fest, daß sehr wohl die Regierung, wenn es ums Verteilen geht, wir haben heute wieder ein Beispiel gehabt, ein kleines Beispiel, aber immerhin ein sehr signifikantes Beispiel, oder 70 Millionen, oder da hier waren 220.000 Schilling an Bedarfszuweisungen, ich stelle immer wieder fest, das ist auch bei den Gemeinden sehr oft festzustellen, daß die Verteilung von Gütern, die Verteilung von Millionen sehr wohl immer wieder nur ausschließlich Angelegenheit der Regierung ist oder der Regierungsfunktionäre. Da habe ich noch nie gehört, daß die Kollegin Zitz oder von der FPÖ jemand, außer wenn es der Schmid ist, aber das lasse ich jetzt beiseite, aber sonst, wenn die Brocken verteilt werden, die echten, zur Verteilung von Millionen eingeladen werden, das ist allein Aufgabe und Chance für die Regierenden, und das geht über die Presseförderung und so weiter.

Wenn aber einmal ein Gesetz beschlossen wird, das ist auch auf Gemeindeebene so, wo auch unangenehme Dinge verpackt sind oder Dinge, die nicht so unumstritten sind, dann ist man sehr wohl bemüht, die Einstimmigkeit herbeizuführen. Und ich muß eines sagen, aus tiefster Überzeugung, abgesehen davon, daß ich sachliche Argumente habe, aus tiefster Überzeugung kann ich in dem Fall diesem Paket nicht zustimmen und auch aus einem Grunde, der Kollege Lopatka hat es erwähnt, du hast selber, das habe ich noch im Ohr, gesagt, ja wenn einer von den Abgeordneten kommt und neue Anregungen hat, ich glaube, du hast gesagt, mit fliegenden Fahnen nehmen wir das auf, und dann haben wir bei der weiteren Diskussion festgestellt, daß du gesagt hast, kein einziger Zentimeter dieses Schnürls darf aufgeschnürt werden. Dann frage ich mich, welche Funktion wir hier haben bei dieser Gesetzwerdung, bei dieser Nominierung? Wir haben eigentlich nur die Funktion, daß wir das, was in langwierigen Verhandlungen ausverhandelt worden ist, abzusegnen.

Ich sage dir, Herr Landesrat Dörflinger, dazu bin ich mir aus Selbstachtung zu schade. Du hättest vielleicht, du sagst zwar, ihr hättet eh keine Zeit gehabt, zu diesen Verhandlungen von jeder Fraktion einen einzuladen. Ob dann einer anwesend gewesen wäre, das ist etwas anderes. Aber ich finde halt, daß hier der Landtag zu einer reinen Bestätigungsmaschinerie mißbraucht wurde. Ich frage mich – jetzt ist es schon sehr spät –, wir hätten auch einen Notar holen können, der

dann hier einen Stempel draufgibt, weil alle diese Anmerkungen, die wir hier tun, auch meine, laufen oder gehen nur ins Leere.

Und zum Schluß möchte ich auch noch eines sagen: Ich bin überzeugt davon, daß wir erst dann zu einem Ende der Reform kommen werden oder das Ende des Tunnels erreichen – und da stimme ich mit dem überein, wo die Frau Kollegin Karisch das Problem aufgezeigt hat –, ich glaube, daß eine echte Einkommenspyramide auch im Krankenanstaltenbereich, wo die Arbeit der Krankenschwestern in ein vernünftiges Lot zu den Ärzten gestellt wird, wo alle dort fixe Gehälter haben und entsprechend bezahlt werden und – das sage ich auch dazu – wenn die Vermenschung von Privat- und Staat- und öffentlichem Krankenhaus und Privatbetten und Sonderhonorar und Vormittag operieren in einer Klinik oder in einem Sanatorium, wenn sich das aufhört. Ich weiß, die Herren der Krankenanstaltengesellschaft mbH. sitzen dort und werden sich sagen, was der Wabl da sagt, ist sowieso uninteressant. Ich sage Ihnen nur, wenn wir dieses Problem nicht in den Griff bekommen, und es sind halt sehr hohe Gebühren und es kostet dem Staat und in dem Fall dem Land sehr viel, dann werden wir keine Ruhe bekommen.

Das Krankenanstaltenwesen ist ja nur ein Teilbereich unseres Gesundheitswesens, aber auch ein sehr teurer, und ich sage: auch ein sehr wirkungsvoller. Und für uns in der Provinz draußen sind die Krankenanstalten nicht nur irrsinnig wichtige Wirtschaftskörper und Einrichtungen, die Arbeitsplätze schaffen, sondern gesundheitliche Zentren, über die wir uns sehr freuen. Daß Tendenzen da sind, gewisse dezentrale Einrichtungen aufzulassen, das schmerzt mich, so wie das zum Beispiel in Fürstenfeld mit der Geburtenstation der Fall ist. Aber da wird auch über unsere Köpfe und über 16.000 Unterschriften oder Proteststimmen hinweg einfach angeordnet.

Aber ich sage das noch einmal, ich bin überzeugt davon – ich werde nicht mehr dabei sein –, daß in einigen Jahren hier diese Debatte wieder aufflackern wird, weil im Grunde genommen ist diese Lösung mit einer vernünftigen Koordination zwischen den einzelnen Berufsgruppen für mich die einzig sinnvolle. Das ist in erster Linie nicht eine Idee von mir – Herr Landesrat Dörflinger –, sondern auch der Rechnungshof schlägt dieses System als eines der möglichen Systeme vor. Aus diesem Grunde, weil erstens einmal dieses von mir seit 20 Jahren vertretene Modell nicht annähernd verwirklicht wurde. Es ist zwar etwas gerechter geworden, ein kleiner Schritt in die richtige Richtung – ich glaube, die Frau Kollegin Karisch hat das gesagt. Ein ganz kleiner Schritt, aber wirklich nur ein ganz kleiner Schritt, und deshalb werden wir dieser Lösung nicht zustimmen. Das wird den Gang dieses Ereignisses in dem Fall nicht stören, aber ich wollte das nur zum Ausdruck bringen. Ich glaube einfach, daß mit der heutigen Novelle die Diskussion nicht beendet sein wird.

Und am Schluß sage ich noch eines: 128 Millionen Schilling, habe ich zusammengerechnet, in den nächsten drei Jahren wird das Land Steiermark, der Steuerzahler, dafür aufbringen müssen, damit jene, die schon sehr viel haben, nicht mehr Schmerzen ertragen müssen. Ich hätte mir gewünscht, wenn wir

schon ein Geld aufbringen vom Steuerzahler, daß jene, die etwas weniger verdienen, in den Genuß des Steuerschillings kommen werden. Aber das ist offensichtlich noch nicht Stand der Technik oder Stand der Überzeugung in diesem Land. Danke schön. Ich erwarte mir keinen Applaus. (21.51 Uhr.)

Präsident: Aber der Dank des Vaterlandes, Herr Abgeordneter. Hiemit erteile ich dem Abgeordneten Bacher, der sich zu Wort gemeldet hat, dieses.

Abg. Bacher (21.51 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Es ist natürlich schon 22 Uhr und schwierig, dieses schwere Thema jetzt auch noch ausführlich zu diskutieren, und es gäbe in der Wortmeldung vom Kollegen Wabl einige Ansätze, die man sehr ausführlich diskutieren sollte und müßte, das sage ich auch einmal vorweg. Aber ich möchte, bevor ich in das Thema der 17. KALG-Novelle einsteige, dem GAK gratulieren zum drei zu drei. Ich glaube, das gehört auch dazu. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.) Wir sind der Ausschuß Sport und Spitäler, und ich habe mich persönlich sehr gefreut, obwohl ich seit Jahrzehnten ein Sturm-Fan bin, aber da gehören wir Steirer ja zusammen, und es ist kläb, das „Drei zu drei“ gegen AS Monaco.

Zum Thema 17. KALG-Novelle: Kollege Wabl, wenn du diese Vorlage studiert hättest, dann müßte dir aufgefallen sein, daß es in Wahrheit eine Anpassung gegeben hat von den unteren Einkommensbeziehern. Ich glaube, daß das einmal wichtig war. Weil früher war es so, daß es in den einzelnen Häusern von der Höhe her unterschiedliche besondere Gebühren gegeben hat. Ich glaube, daß eine wesentliche Voraussetzung in der 17. KALG-Novelle ist, einmal einen einheitlichen Punktwert festzuschreiben. Ich habe mir auch den Antrag vom Jahr 1993 angeschaut, und ich habe ihn auch mit. Kollege Wabl, du warst damals nicht auf dem Antrag, das waren Landesrat Dörflinger, Gennaro, Trampusch, Minder, Schrittwieser und Prutsch, die eine Neuregelung der Arzthonorare gefordert hatten. Es ist selbstverständlich damals auch gefordert worden, eine Beteiligung des nichtärztlichen Personals, sprich der Schwestern, an den besonderen Gebühren. Wir haben heute auch im Ausschuß darüber geredet, es wäre natürlich wünschenswert gewesen, wenn alle in der 17. KALG-Novelle Eingang gefunden hätten beziehungsweise beteiligt hätten werden können. Nur, wir wissen auch in der Zwischenzeit, daß alles von der Summe her schon nicht gegangen wäre, das muß man auch ganz offen sagen. Ich glaube, da muß man Möglichkeiten suchen, weil ich auch zutiefst überzeugt bin, daß natürlich für einen Klassepatienten ein höherer Aufwand vor allem in der Hotelkomponente stattfindet und natürlich auch das nichtärztliche Personal in irgendeiner Form beteiligt werden sollte. Und ich denke, da sollte die KAGES mit der Personalvertretung verhandeln und Möglichkeiten finden.

Ich möchte ganz kurz, weil vieles vorweggenommen wurde, auch noch sagen, daß ich der Meinung bin, daß das sehr konstruktive Verhandlungen waren. Ich danke vor allem denjenigen, die mitverhandelt haben. Es ist sicher auch nicht sehr einfach – und ein Ärztenvertreter sitzt ja hier –, daß man es einfach allen Kolle-

gen und Kolleginnen rechtmacht. Das wissen alle, die irgendwann einmal in einer Position waren, etwas auszuverhandeln. Aber ich denke, daß mehr als 90 Prozent der Ärzte dieses Verhandlungsergebnis für positiv empfinden. Ich glaube, daß wir auch als Politiker stolz sein können, daß wir in der Steiermark eine Lösung haben, die keine Unruhe in den Häusern auslöst, keine Diskussionen auslöst, wo wir nicht den Neid schüren, sondern wo wir versuchten, gemeinsam mit der KAGES, mit den Personalvertretern und auch mit der Gewerkschaft im Sinne der Betroffenen eine Lösung zu finden.

Es ist auch selbstverständlich, daß diese Regelung längerfristig Kosten verursacht. Das steht ja auch in der Beilage, daß es im Jahre 1999 Mehrkosten von 26,3 Millionen gibt, im Jahre 2000 von 42,9 Millionen und im Jahr 2001 55,8 Millionen. Das sind Mehrbelastungen, die zur Zeit noch von der KAGES finanziert werden, wo wir beim neuen Vertrag aber diese 17. KALG-Novelle zusätzlich übers Budget finanzieren müssen. Es ist auch ein Beobachtungszeitraum von drei Jahren im Gesetz, und ich glaube, daß das auch sehr wichtig ist. Ich möchte auch anregen, daß diese Diskussion der Klassenmedizin natürlich auch zu führen ist: Gibt es sie – ja oder nein. Es gibt sie in den steirischen Spitälern in diesem Sinne, daß Patienten unterschiedlich behandelt werden, Gott sei Dank nicht.

Ich behäupte nur, daß es sinnvoll ist, daß unsere steirischen Landeskrankenhäuser auch den Patienten in den Spitälern haben, der mehr bereit ist, für die Leistung, sprich über die Zuschußkasse, zu bezahlen. Und wir könnten laut Gesetz bis zu 25 Prozent an Klassepatienten aufnehmen. Wir sollten diese Möglichkeit auch ausschöpfen, weil das ja auch Einnahmen für das Land sind.

Daher sage ich abschließend: Ich bin der Meinung, daß wir ein gutes Reformpaket zusammengebracht haben, daß wir zu diesen Dingen auch stehen können, daß dieses einheitliche Honorarpunktesystem akzeptiert wird. Ich glaube auch, daß wir insgesamt zu dieser 17. KALG-Novelle stehen können. Es gibt ja außer der Arzthonorarregelung in der 17. KALG-Novelle auch noch die Regelung des Psychiatrischen Dienstes. Ich glaube, daß das ein sehr notwendiger Bereich ist. In diesem Sinne wünsche ich unseren Mitarbeitern und uns ein steirisches Glückauf! (Beifall bei der ÖVP. – 21.57 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Der Herr Landesrat Dörflinger ist am Wort.

Landesrat Dörflinger (21.57 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus!

Ich möchte mich vorweg einmal für die wirklich faire und sachliche Diskussion bedanken. Es hat ja Zeiten gegeben, wo das anders abgelaufen ist. Und wirklich herzlichen Dank dafür.

Ich möchte vielleicht vorweg zu ein paar Diskussionsbeiträgen, die es jetzt hier gegeben hat, doch sehr konkret Stellung nehmen.

Frau Abgeordnete Karisch, ich bin durchaus in weiten Bereichen dessen, was Sie sagen, Ihrer Meinung, allerdings fehlt mir der Schluß. Was schließen wir aus dieser Analyse? Und ich glaube, da haben Sie ähnliche

Probleme wie ich. Daß wir uns nämlich überlegen müssen, wie verhält sich ein öffentliches Spital in diesen Fragen und wie verhält sich ein öffentliches Spital, und wir stehen ja dazu, in einer Zeit, wo wir in Wirklichkeit die Einnahmequellen nicht in der Form vorfinden, daß alles sprießt und überall mehr hereinkommt, sondern daß wir in Wirklichkeit schauen müssen, wie wir das System, das wir haben, finanzierbar erhalten. Und da sind die privaten Krankenversicherungen und die Einnahmen, die wir haben, ein Faktor. Wenn ich mir hier die Steiermark anschau, da sind etwa halbe-halbe Anstaltsanteil und Zahlung an die Ärzte erfolgt, glaube ich, daß das durchaus etwas ist, was der Realität entspricht. Ich glaube, wir wären alle nicht gut beraten von der Politik, und wir sind ja auch die Eigentümer dieser Spitäler, herzugehen und zu sagen, wir verringern den Anstaltsanteil zugunsten der Ärzte. Wir würden da zwar den Applaus der Ärzte bekommen, selbstverständlich, weil mehr für sie zum Verteilen da wäre, auf der anderen Seite aber das Problem hätten, daß das Geld uns dann dort in der Finanzierung fehlen würde. (Abg. Dr. Karisch: „Das habe ich nicht gefordert!“)

Das gleiche trifft zu bei der Frage Pflegepersonal. Ich mache aus meinem Herzen hier keine Mördergrube. Mir wäre das sehr, sehr recht gewesen. Ich stehe auch weiterhin dazu, aber es gibt halt in der Politik auch die Frage, wie kann man sich einigen, wie kann man realistisch etwas zustande bringen? Diese Einigung ist erzielt worden, und ich möchte schon sehr deutlich auch sagen, daß man hier auch die Dimensionen und die Zahlen anschauen muß. Es würden rund 7000 Personen in den steirischen Krankenanstalten der KAGES von dieser Regelung betroffen sein, und wenn ich denen von den Sondergebühren einen entsprechenden Anteil gebe, sind die Zahlen schon so, daß wir uns auch wieder schwertun. Ich habe das heute im Ausschuß auch gesagt. Bei 1000 Schilling pro Person wären das Mehrkosten von zirka 85 Millionen, und bei 3000 Schilling brutto, man muß ja das immer brutto rechnen, Mehrkosten von 260 Millionen Schilling. Die Frage ist, wie soll das finanziert und wie soll das bezahlt werden?

Ich sage auch dazu, Martin Wabl zu dir: Ich bin leider stimmlich durch das GAK-Spiel einigermaßen angegriffen, ich stehe dazu. Es war in der Umgebung auch dein Parteivorsitzender im übrigen nicht mehr so gut bei Stimme nach dem Spiel wie vorher. Es war aber durchaus interessant, den Jörg Haider für Rot-Schwarz schreien zu sehen. Es war ein richtiges Vergnügen. Er hat aber auch ein bisserl ein Problem mit der Stimme gehabt. (Abg. Schinnerl: „Das macht er aber nicht oft!“)

Nur, Martin, ich habe dich sozusagen ohne Lautsprecher gefragt, was ist das akustische Gegenstück zu einer Fata Morgana? Also, ich habe dir das alles nicht vorgeworfen, was du da gesagt hast. Das, was ich dir vorgeworfen habe ist, daß du im gesamten Unterausschuß offensichtlich intensiv nachgedacht hast. Erlaube mir den Zynismus. Weil du hast die Augen in der Regel zugehabt beim Unterausschuß. Und du hast im gesamten Unterausschuß keine einzige Wortmeldung gemacht, und am Ende der Unterausschußberatungen sagst du, ich bin dagegen, weil ich das nicht gekonnt hätte. Auch eine sehr grundsätzliche

Meinung von mir, wo wir uns unterscheiden und wo ich von dir nichts anderes erwarte, Martin. (Abg. Dr. Wabl: „Du bist auch viel eloquenter und lockerer!“)

Was hat das damit zu tun, die Eloquenz hängt davon ab, ob du den Mund aufmachst oder nicht. Und du hast ihn dort nicht aufgemacht. (Abg. Dr. Wabl: „Nach dem Zeitalter Strenitz das Zeitalter Dörflinger. Da ist alles lockerer geworden!“) Wo ist jetzt dein Problem? Erkläre mir das. (Abg. Dr. Wabl: „Ich habe kein Problem! Du hast eines, wahrscheinlich!“) Du fängst immer so folgenschwer an, und es ist dann zum Schluß nichts, Martin. (Abg. Dr. Wabl: „Und wenn ich fünf Stunden lang nichts sage und wenn ich die Augen zugehabt habe - ich habe halt so kleine Schlafstörungen, weil ich in der Nacht keinen Sauerstoff bekomme. Aber das interessiert dich ja nicht, weil du in der Politik immer locker unterwegs bist. Ich verwahre mich gegen den Vorwurf, daß ich dort geschlafen habe!“) Ich habe nur gesagt, du hast die Augen zugehabt und hast nichts gesagt. (Abg. Dr. Wabl: „Das ist eine Frechheit von dir! Du gehst auf den GAK-Platz, während wir da hier arbeiten. Wir haben hier Gesundheitsdebatten gehabt, wo du gar nicht da warst. Da war jetzt einmal eine ganz wichtige über Krankenanstalten, wo du abwesend warst!“) Okay! Hast du noch was? (Abg. Dr. Wabl: „Nein, kannst schon weiterreden!“)

Mir geht es darum, und das sollte man, glaube ich, auch bei allen Anmerkungen, die es dazu gegeben hat - Martin, kannst du mir jetzt zuhören - (Abg. Dr. Wabl: „Ob ich dir zuhöre, das ist meine Sache!“), aber meine auch, wenn ich dir zuhöre. Dann haben wir das Problem geklärt, daß es von jedem die Sache ist, ob er dem anderen zuhört oder nicht. (Abg. Dr. Wabl: „Das ist meine Sache, ob ich dir zuhöre!“ Umgekehrt aber auch, oder? (Abg. Dr. Wabl: „Du hast mir auch nicht zugehört!“) Ist es umgekehrt aber auch meine Sache, wenn ich dir zuhöre dann oder nicht?

Worum es mir geht, und ich sage das jetzt einmal vorweg aus meiner Sicht: Wir haben in dieser Situation bei den Sondergebühren eine Situation, die österreichweit sehr, sehr unterschiedlich ist. Und ich bin sehr dankbar, daß der Abgeordnete Bacher, der Abgeordnete Erlitz und die Frau Abgeordnete Hartinger das auch gesagt haben, daß wir hier nicht im luftleeren Raum agieren. Aus der Situation heraus muß man das auch sehen. Unsere Ärzte schauen natürlich über die Grenzen hinaus. Und jetzt nicht nur über die Grenzen des Landes, sondern auch über die Grenzen der Bundesländer. Man muß auch danach messen, was ist zumutbar und was ist nicht zumutbar. Da gibt es ja auch andere Beispiele. Die sollte man sich auch einmal anschauen. Wenn ich weiß, daß etwa im Burgenland die gesamten Zahlungen der privaten Krankenversicherungen eins zu eins an die Ärzte gehen, der Spitalerhalter nichts davon bekommt, daß es Bundesländer gibt, wo der Spitalerhalter nicht einmal weiß, welche Sondergebühren in welchem Ausmaß, in welcher Höhe, der Arzt, der in seinem Spital arbeitet, mit der privaten Krankenversicherung verrechnet, dann muß man sich anschauen, was hier zustande gebracht wurde. Und das ist dann nicht so wenig, und das ist da nicht so einfach.

Für mich der wesentliche Punkt, meine Damen und Herren, ich habe das mehrfach in diesem Haus gesagt, war einmal, daß wir einen Ausgleich finden zwischen unten und oben. Und dieser Ausgleich ist meiner Meinung nach in einem Maße gelungen, wie es in vielen anderen Bundesländern nicht für möglich gehalten wird. Ich will Sie gar nicht mit Zahlen langweilen, aber doch ein paar Zahlen:

Der Mittelwert der Sondergebühren pro Arzt in Österreich liegt bei etwa 2,3, 2,4 Millionen Schilling. Der Höchstwert eines Primars in der Steiermark wird künftighin bei 1,5 Millionen Schilling liegen, meine Damen und Herren. Und das ist schon ein ordentlicher Unterschied, um das sehr bürschikos zu sagen. So einfach kann man da nicht hergehen und sagen, okay, das ist mir noch zuwenig und drehen wir sie noch herunter. Ich habe auch gesagt, wenn wir diese Regelung im Konsens zustande bringen, dann gehe ich nicht her und sage, noch ein bisserl mehr wäre noch besser gewesen und eigentlich das war das, was wir rausgeholt haben, sondern dann stelle ich mich hin und sage, okay, wir haben auch großartige Leute in den Spitälern und wir müssen auch aufpassen, daß die nicht irgendwann einmal sagen, ihr könnt uns gerne haben oder ich gehe woanders hin. Ich gehe in ein anderes Bundesland, weil es dort lässiger ist oder, und da ist die Konkurrenz ja bitte auch im eigenen Haus, oder ich tue mir diese Arbeit draußen überhaupt nicht mehr an und gehe nur mehr in ein Sanatorium oder in ein Ordensspital oder sonstwo hin. Weil, wenn man die Unterlagen durchliest und wenn man sich die Kritik des Rechnungshofes anschaut, meine Damen und Herren, muß man schon sehen, was in Häusern passiert, die nicht der KAGES, die nicht dem Land gehören.

Es gibt in der Steiermark einen Primararzt oder es gab einen Primararzt in diesen Jahren, der neben seinem Gehalt in einem privaten Krankenhaus 8,8 Millionen Schilling Sondergebühren lukrierte. 8,8 Millionen! Und dann muß ich meinem Klinikvorstand, da muß ich meinem Primar draußen erklären, daß eigentlich 150.000 oder 120.000 Schilling noch immer zuviel sind? Jetzt kann ich insgesamt die Relationen diskutieren und sagen, verdient der Arzt überhaupt um so viel mehr oder ist das gerechtfertigt?

Aber ich bin nicht bereit, und ich sage das dazu, bei uns in den Landeskrankenhäusern herzugehen, die niederzurazieren, bis sie nicht mehr stehen können, und gleichzeitig zuzuschauen, daß mir die ganzen Leute woanders hinrennen. Ich sage dazu, diese Relation, die wir hier geschaffen haben, ist eine beachtliche. Sie hat nämlich nicht dazu geführt, daß man so nach dem Motto, wie wir es bei den Politikerbezügen so gerne gemacht haben, nach unten kann es noch ein bißchen weniger sein, oben herumgeschnitten haben, bis nichts mehr da war, sondern daß wir auch geschaut haben, daß das Oben-Herumschneiden auch unten eine Situation hervorruft, die einen Sinn gibt. Und, meine Damen und Herren, ich habe das Beispiel schon ein paarmal gesagt da herinnen, wir haben auch Situationen gehabt, daß Spitzenmediziner, die etwa auf der Kinderklinik gearbeitet haben, daß Spitzenmediziner, die in anderen Fächern gearbeitet haben, am Ende des Monats 1000 Schilling, 1500 Schilling Sondergebühren bekommen haben, nur weil sie das

Pech gehabt haben, daß die Patienten, die sie behandelt haben, sprich die Kinder, weniger zusatzversichert sind als andere. Und deswegen haben wir auch gesagt, zwischen der Veränderung des Verhältnisses unten und oben wollen wir auch noch eine Veränderung unter den Fächern und einen Fächerausgleich zustande bringen, daß es Wurscht ist oder nicht mehr so wichtig ist, wieviel Zusatzversicherte hat er jetzt wirklich dort, sondern daß auch der ein vernünftiges Einkommen kriegt. Weil ich sage, daß ein Arzt auf der Kinderkrebstation ja in Wirklichkeit kein schlechterer Arzt ist und deswegen weniger gut bezahlt werden muß als ein Arzt, der beispielsweise auf der Radiologie arbeitet. Ich glaube, das muß man auch sehen, das muß man sich auch anschauen. Und ich glaube, daß wir hier einiges zustande gebracht haben.

Der zweite Punkt, meine Damen und Herren, weil es auch in der Diskussion auftaucht, ist die Frage nach mehr Transparenz. Also auf der einen Seite mehr Gerechtigkeit, indem wir zwischen den Fächern einen Ausgleich finden, zwischen unten und oben einen Ausgleich finden. Und der zweite Punkt heißt Transparenz. Meine Damen und Herren, ich wäre nicht bereit, einen Antrag hier einzubringen, der heißt, daß Ärzte privat mit den PKVs liquidieren – wie das in anderen Bundesländern der Fall ist –, daß ich als Krankenanstaltenerhalter keine Ahnung mehr habe, was hier verrechnet wird, was hier getan wird.

Der nächste Punkt, meine Damen und Herren, wir haben eine Regelung, die verfassungskonform ist, auch keine Selbstverständlichkeit. Es gibt drei Bundesländer, die verfassungskonforme Regeln haben, in den anderen sechs Bundesländern gibt es das nicht. Wenn man sich das Beispiel Niederösterreich anschaut, wo eine Klagsflut zwischen Ärzten und Spitalerhaltern die Folge ist, daß zur Zeit etwa 50 Klagen laufen, wobei allein 20 Klagen, die beim Arbeitsgericht anhängig sind, einen Streitwert von über 20 Millionen Schilling haben. Wenn wir uns das alles ersparen, wenn wir hier im Konsens eine Maßnahme zusammenbringen, zu der wir stehen können, kann ich immer noch hergehen und sagen, ich will mehr, kann ich immer noch hergehen und sagen, das ist mir zu wenig, kann ich immer noch hergehen und sagen, das paßt mir nicht, aber es ist eine Regelung, die im Konsens sehr viel weitergebracht hat.

Einen Punkt, den ich noch anbringen möchte, meine Damen und Herren, und ich glaube, daß vielleicht, wenn wir in der Frage der Veränderung des Geschäftszweckes der KAGES in den nächsten Monaten einmal miteinander diskutieren, natürlich die Frage ist, was trauen wir uns mit unseren Krankenanstalten in Zukunft zu machen. Und ich kann mir da durchaus vorstellen, daß wir uns einmal überlegen, ob wir nicht selbst hergehen und als KAGES ein Sanatorium betreiben, auch als KAGES hergehen und sagen: okay, wir beschäftigen uns einmal auch mit jenen Bereichen, die Geld bringen, die Cash bringen, daß die Aufteilung nicht immer die ist, daß wir die Geschichten machen, die teuer sind und wenig bringen und die privaten Spitäler das machen, was günstig ist, wo man relativ viel Gewinne machen kann, was

relativ einfach zu tun ist und wo relativ gut gepunktet wird. Ich bin gespannt darauf, und ich werde Ihnen die Gelegenheit geben, daß wir in absehbarer Zeit das einmal diskutieren; und ich hoffe, daß wir das auch so konstruktiv machen. Und trauen wir uns darüber, daß die öffentlichen Krankenanstalten, die KAGES, privat ein Sanatorium betreiben. Daß wir sagen, okay, wir geben den Ärzten dort die Möglichkeit zu verdienen, auch auf privater Basis etwas zu machen. Aber wir haben dann auch etwas, und wir stoppen den Abfluß von interessanten Leistungen in die Privatsanatorien, in die privaten Krankenhäuser, und ich bin gespannt, wie wir diese Diskussion insgesamt machen.

Zum Schluß, meine Damen und Herren, herzlichen Dank an alle, die dazu beigetragen haben. Ich stehe nicht an, zu sagen, daß diese Lösung nur möglich war, weil auch von den großen Fraktionen in diesem Haus ein sehr konstruktives Verhandlungsklima da war, weil es auch sehr positiv mitgetragen wurde. Ich bedanke mich beim Vorstand der KAGES, der ja da hinten vertreten ist, bei Dr. Fankhauser, Dipl.-Ing. Martetschläger, Hecke und bei Hofrat Thanner für die Verhandlungsführung draußen. Ich bedanke mich ganz, ganz herzlich bei den Vertretern der Ärzteschaft, bei der Ärztekammer, insbesondere beim Vertreter der Spitalsärzte, bei Dr. Schmid, der hier eine sehr, sehr harte Zeit hinter sich hat, wie wir alle. Und wenn ich mir denke, wenn man so ein bißchen vorwirft, es hätte noch ein bißchen mehr sein können oder sonst etwas. Jeden, der der Meinung ist, daß das sehr leicht durchzukriegen war, was wir gemacht haben, den würde ich einladen – ich glaube, Dr. Schmid ist bereit, ein kleines Privatissimum hinten zu machen, mit welcher Begeisterung von der Ärzteschaft oder von Teilen der Ärzteschaft diese Regelung aufgenommen wurde. Das war auch dort nicht so leicht. Ich glaube, daß wir in diesem Sinne, Kooperation statt Konfrontation, gemeinsam ein Stück weitergekommen sind. Daß es noch nicht alles war und wir noch einiges zu tun haben, steht außer Frage. Es ist uns aber einiges gelungen. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 22.13 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Meine Damen und Herren, wir kommen nunmehr zu den Abstimmungen.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zur Einl.-Zahl 667/1 die Zustimmung geben, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Nunmehr bitte ich Sie abzustimmen über den Antrag des Herrn Berichterstatters zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 856/5. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme des Antrages fest.

Schließlich bitte ich Sie abzustimmen zum Antrag der Frau Berichterstatterin zur Regierungsvorlage Einl.-Zahl 875/1. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Auch hier stelle ich die mehrheitliche Annahme des Antrages fest.

Wir kommen nunmehr zu Punkt

20. Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Arbeitsplatz über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 904/1, betreffend den Tourismusbericht 1997 gemäß Paragraph 6 Absatz 4 des Steiermärkischen Tourismusgesetzes 1992, i. d. g. F.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Tasch. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Tasch (22.14 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Zu Tagesordnungspunkt 20, Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 904/1, betreffend den Tourismusbericht 1997, gemäß Paragraph 6 Absatz 4 des Steiermärkischen Tourismusgesetzes 1992, in der geltenden Fassung.

Gemäß der zitierten Gesetzesstelle ist jährlich dem Landtag ein Bericht vorzulegen, der die Entwicklung des Tourismus, Angebot und Nachfrage sowie die Förderung touristischer Vorhaben, die Verbesserung der Struktur der Tourismusverbände und die Durchführung regionaler Vorhaben gemäß dem Steiermärkischen Tourismusgesetz umfaßt.

Die ausgezeichneten Tourismusergebnisse zu Beginn der neunziger Jahre konnten auch im Jahre 1997 österreichweit nicht wieder erreicht werden. Es ist jedoch der Steiermark, als einzigem Bundesland, eine Trendumkehr gelungen. Im besonderen konnte sie ihre Attraktivität für den inländischen Urlaubsgast beibehalten beziehungsweise in einigen Sektoren, wie im Thermentourismus – Herr Präsident, wenn es laut ist, kann ich den Bericht nicht bringen – (Glockenzeichen. – Präsident Dr. Strenitz: „Ich unterstütze den Antrag des Herrn Berichterstatters auf etwas mehr Aufmerksamkeit!“) Ich danke dir. Im besonderen konnte sie ihre Attraktivität für den inländischen Urlaubsgast beibehalten beziehungsweise in einigen Sektoren, wie im Thermentourismus und auch im Bereich von Großveranstaltungen, sogar ausbauen. Während bei den Ankünften und Übernachtungen ein Ausbleiben von Gästen aus wichtigen touristischen Herkunftszentren – Niederlande, Frankreich, Schweden, Belgien, Luxemburg – festzustellen war, konnten vor allem aus Staaten des ehemaligen Ostens Zuwächse verzeichnet werden. Die Gründe für den Rückgang sind in konkurrenzfähigen Angeboten des benachbarten Auslandes, verbunden mit entsprechenden Werbungsentwicklungen sowie in den Billigarrangements der verschiedenen Fluglinien zu Urlaubszielen außerhalb von Österreich zu finden.

Positiv anzumerken ist, daß in der Steiermark als einzigem Bundesland Österreichs 1997 ein Zuwachs von insgesamt 0,8 Prozent erzielt werden konnte, welcher auf eine erfreuliche Zunahme bei den Inländerübernachtungen im Ausmaß von 2,2 Prozent zurückzuführen ist.

Als beizubehaltende Entwicklungsschienen für die Zukunft können vor allem der Trend zur Umweltsensibilität, Zusatznutzen – zum Beispiel Kultur –, der das Entscheidungsverhalten des Gastes beeinflusst, sowie die Tendenz zum Urlaubssplitting beziehungsweise zur flexiblen kurzfristig geplanten Kurzurlaubsgestaltung registriert werden. Auch die Zielgruppen der Erlebnisurlauber und Gesundheitsurlauber sollen

besonders angesprochen werden. Den sportlichen und kulturellen Großveranstaltungen wird man künftig noch vermehrt Augenmerk schenken müssen. Die Steiermark ist in diesem Bereich im Jahr 1997 maßgeblich vorangekommen. Ich bitte um Kenntnisnahme der Regierungsvorlage. (22.18 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Danke für den Bericht. Als erster auf der Rednerliste steht ebenfalls der Herr Abgeordnete Tasch. Er hat das Wort.

Abg. Tasch (22.18 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Zu später Stunde den Tourismusbericht ist eigentlich schade, weil Tourismus sicherlich von der wirtschaftlichen Seite her einer der bedeutendsten Sektoren unseres Bundeslandes ist, ein Sektor, wo man vom Deviseneinkommen her, also für unsere Wirtschaft, viel verdienen kann und man auch in diesem Sektor schauen muß, daß am Tourismussektor die Schiene klappt. Die Stimmung im steirischen Tourismus ist derzeit zum Glück viel besser als so manche Medien berichten. Die Schiene, die unsere damalige Tourismuslandesrätin Waltraud Klasnic gelegt hat, wurde von Gerhard Hirschmann aufgenommen und bewährt fortgesetzt. Wir dürfen nicht vergessen, daß in der Steiermark 1990 laufend gegenüber anderen Bundesländern aufgeholt wurde.

Bekanntlich treten die Touristiker an, mit verschiedenen statischen Kenngrößen den wirtschaftlichen Erfolg beziehungsweise Mißerfolg darzustellen. Die wichtigste Kenngröße waren in der Vergangenheit die Nächtigungen und sind das heute noch. Obwohl Nächtigungen, isoliert betrachtet, wenig aussagekräftig für so einen tatsächlichen wirtschaftlichen Erfolg sind.

Der Kongreßtourist in Graz ist in der Regel finanzkräftiger als der Wanderer, der auf den Schutzhütten nächtigt. In der Tourismusstatistik werden aber beide gleich gezählt. Auch ist der Kurzurlauber, der an einem verlängerten Wochenende möglichst viel erleben möchte, in seiner wirtschaftlichen Wirksamkeit nicht vergleichbar mit dem Langzeitsommerfrischler, dem nur ein bestimmtes Urlaubsbudget zur Verfügung steht. Wichtig ist der eine Gast wie auch der andere. Damit hier kein falscher Eindruck entsteht.

Ich möchte nur aufzeigen, daß touristische Umsätze nicht mit Nächtigungszahlen verwechselt werden dürfen und daß man künftig nur mehr die Tourismusumsätze als wirklich objektive Vergleichsdaten heranziehen wird. Damit können auch die Unsicherheit und die unterschiedliche Meldemoral beseitigt werden. Wenn vereinzelt Nächtigungsrückgänge zumindest in den Medien beklagt werden, dann muß man wissen, daß es sich bei diesen Nächtigungszahlen um das Ergebnis der tatsächlich gemeldeten Nächtigungen handelt. Touristische Regionalverbände, welche angebliche Nächtigungsrückgänge zumindest auf Gemeindeebene zu verzeichnen hatten, bezweifeln immer wieder und so auch heuer die Richtigkeit dieser Aussage, da für die angegebenen Zeitpunkte keine freien Gästezimmer mehr zur Verfügung waren.

Ich bin vor kurzem mit zwölf Leuten in einer Region gewesen, bin dort drei Tage über Nacht geblieben, und es hat mir niemand einen Meldezettel vorgelegt. Ich möchte also Murau nicht nennen, weil dann bist du beleidigt, und ich will nicht, daß ich mit dir wieder ein paar Wochen nicht rede. Jedenfalls hat es mich wirklich geschockt. Ich bin dort zum Vermieter gegangen und habe gesagt: Ist da eigentlich kein Meldezettel auszufüllen? Dann war der eigentlich fast schockiert und hat gesagt: Ja, wollen Sie das unbedingt? Dann habe ich gesagt: Ja, mir wäre es eigentlich recht. Und dann haben wir drei Tage lang für zwölf Leute einen Meldezettel ausgefüllt. Ich möchte nur sagen, daß es auf dem Sektor, also von der Meldemoral her, noch einiges zu wünschen übrig läßt und daß oft wesentlich mehrere Ankünfte sind als Nächtigungsziffern gemeldet werden.

Tatsächlich ist es so: Es gab heuer sowohl bei den Ausländern über 5 Prozent, aber auch bei den Inländern 2,5 Prozent Zunahme bei den Ankünften. Sie hören richtig, das heißt, es sind mehr Gäste angekommen; die Gesamtnächtigungszahl dagegen hat leicht abgenommen.

Die Steiermark ist nach wie vor bei den Inländern im Bundesvergleich mit Abstand in Führung. Wobei es sich bei den Inlandskosten um jenen Gast handelt, der am sichersten wiederkehrt. Und ich glaube, da hat die Steiermark also von der Tourismusschiene her seinerzeit bei unserer jetzigen Frau Landeshauptmann und damals für den Tourismus Zuständige die richtige Schiene gefahren. Man hat also selbst in der Hochblüte des Tourismus auf den Inlandsgast in der Steiermark nie verzichtet, hat sich immer um ihn beworben, hat immer auf ihn schön geschaut, so daß er sich einfach in der Steiermark wohl gefühlt hat. Er hat sich also nicht von dem ausländischen Gast als zweiter behandelt gefühlt, sondern er war immer ein Gast, der herzlich willkommen war, und es hat fast Tränen gegeben, wenn er wieder abgefahren ist. Und ich glaube, das zeichnet die Steiermark ganz besonders aus.

Das heißt, die Verluste bei den Nächtigungen finden auf sehr hohem Niveau statt. Tatsache ist jedenfalls, daß die klassische Sommerfrische heuer Einbußen erlitten hat. Was weiters auffällt, ist, daß bei dem Drei-Stern- und Fünf-Stern-Bereich starke Zuwächse zu verzeichnen waren. Einbrüche gab es jedoch bei dem Ein- und Zwei-Stern-Bereich. Demnach ist derzeit die Stimmung bei den Qualitätsbetrieben eine ganz ausgezeichnete. Das heißt, meine Damen und Herren, daß wir von der Qualität her das Angebot nicht hoch genug hinaufschrauben können, weil die Gäste immer mehr ein gutes Angebot von hohem Niveau wünschen und sich eben gerade in der Urlaubszeit ein Quartier suchen, das alles bietet. Und ich glaube, auf den Sektor müssen wir besonders schauen, daß wir in den Gebieten, wo großer Sanierungs- und Nachholbedarf ist, versuchen, nicht neue Gästebetten zu errichten, sondern die Gästebetten auf den obersten Stand des Niveaus zu bringen und daß sich die Gäste wie bisher auch weiterhin in unserem Bundesland besonders wohl fühlen.

Laut der jüngst vorliegenden Tourismusanalyse für die Steiermark, von Dr. Egon Smeral vom Wirtschaftsinstitut, stiegen in den Monaten Mai bis August die touristischen Gesamtumsätze in der Steiermark um 1,5 Prozent des Vorjahresniveaus.

Smeral wörtlich: Die Gegenüberstellung der steigenden Umsätze und der rückläufigen Nächtigungsziffern zeigt klar, daß eine gänzlich an Übernachtung orientierte Berichterstattung in Zeiten des Strukturwandels ein unvollkommenes Bild der tatsächlichen Entwicklung liefern kann. Zumal von einer anhaltenden Entkopplungstendenz, der Umsatz vor der Nächtigungsentwicklung, gesprochen werden kann.

Ich möchte, meine Damen und Herren, jetzt auf keinen Fall eine Schönfärberei betreiben, sondern nur darauf hinweisen, daß mit den statistischen Zahlen, wenn sie aus dem Zusammenhang gerissen werden, auch Schindluder getrieben werden kann. Nichtsdestotrotz müssen wir in der Steiermark touristisch wirksame Ganzjahresattraktionen schaffen.

Das ist also das Ziel unseres derzeitigen Sport- und Tourismuslandesrates, der für mich äußerst umtriebig ist und wirklich versucht, die Steiermark am touristischen Sektor voranzubringen und alle Möglichkeiten ausschöpft, um dem Gast ein Urlaubsziel zu vermitteln, daß er sich einfach hier wohl fühlt, daß er Erlebnisse hat und daß er gerne in unser Bundesland wieder zurückkehrt. (Abg. Schinnerl: „So viel Lob!“) Du, ich brauche das eigentlich gar nicht tun, weil mein Mandat ist noch nicht gefährdet, bei dir ist das ein bißchen anders, du mußt den Michael Schmid loben, weil sonst bist du das nächste Mal draußen. (Abg. Schinnerl: „Was du dir für Sorgen machst!“)

Künftig wird auch die Steiermark am Thema der Freizeitparks beziehungsweise künstlichen Erlebniswelten nicht vorbeischaun können. Derzeit werden weltweit verschiedene Freizeitparks geplant beziehungsweise bereits errichtet. Der geplante Saurierpark in Bad Gleichenberg ist ein kleiner, aber vielversprechender Anfang in der Steiermark. Ich möchte auch hier sagen, eine Idee von unserem Landesrat Gerhard Hirschmann, der sich weltweit die Vergnügungsparks angeschaut hat und vor einigen Jahren in Futuro-Scop war und gemerkt hat, was dieser Vergnügungspark für einen Zuspruch hat, daß Millionen Leute aus der ganzen Welt in diesen Vergnügungspark kommen. Und ich glaube, solche Attraktionen brauchen wir auch in Zukunft vermehrt in der Steiermark. Die Menschen müssen unterhalten werden, die Menschen müssen ein Angebot haben, und es darf auf keinen Fall so sein, daß wir als langweiliges Urlaubsland gelten. Lieber Gerhard, ich möchte dich auf dem Sektor als zuständiger Tourismussprecher für die ÖVP wirklich mit vollsten Kräften unterstützen, weil ich glaube, du bist auf dem richtigen Weg.

Derzeit werden in der Steiermark drei Projekte zum Thema Wasser in verschiedenen Entwicklungsstadien erarbeitet. Es handelt sich dabei um die Wasserwelt Atlantis in Gröbming, das Vivarium in Mariahof und die Wasserstraße im Mürztal. Wasser wird eines der beherrschenden Themen weltweit im nächsten Jahrtausend, wobei gerade die Steiermark über einzigartige Wasservorkommen verfügt. Es ist wahrscheinlich nicht bekannt, daß bereits 70 Prozent der Mensch-

heit nur aufbereitetes Trinkwasser beziehungsweise Trinkwasser nur in Flaschen zur Verfügung haben. Wir haben vom Klub aus eine Amerikareise gestartet, und dort hat in gewissen Gebieten eine Literflasche Wasser 19 Schilling gekostet. (Abg. Schinnerl: „In Zukunft selbst mitnehmen, das kommt billiger!“) Siehst, Schinnerl, so gescheit sind wir nicht gewesen. Ich hoffe, daß du uns das nächste Mal die Tips rechtzeitig gibst.

Aber wir haben gesehen, daß Wasser sicher nicht verkauft werden soll und daß Wasser das weiße Gold bereits in der Gegenwart, aber auch in der Zukunft sein wird. Und es hat früher viele, viele Ölscheichs gegeben, und ich glaube, es wird in der Zukunft auch in Österreich einige Wasserscheichs geben.

Die Landesregierung wäre daher aufzufordern, dafür Sorge zu tragen, daß jene drei Projekte aufeinander abgestimmt, gemeinsam vermarktet werden und vor allem die Investitionskosten aufgebracht werden.

Weiters sollten wir die sportliche, die touristische und kulturelle Großveranstaltung weiterhin von Landesseite großzügig fördern. Dann wird es möglich sein, bis zum Jahr 2010 die Umsätze des Tourismus in der Steiermark von derzeit 10 Milliarden Schilling auf 18 bis 20 Milliarden Schilling jährlich zu verdoppeln.

Ich möchte eines klar herausstreichen. Das Land Steiermark hat sehr viel in den Wintertourismus investiert. Dachstein-Tauern-Region, Zusammenschluß der Schiberge, Millionen über Millionen wurden in die Projekte von Ramsau-Eisenerz hineingesteckt, um den Wintertourismus so attraktiv wie möglich zu machen. Ich möchte mich auch herzlich bedanken für die enormen Mittel, die in die Dachstein-Tauern-Region gegangen sind, um den Zusammenschluß der Schiberge sicherzustellen und die Dachstein-Tauern-Region im Wintertourismus zur Topregion von Europa zu machen. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich glaube, das ist wirklich etwas, was wir uns nur wünschen konnten und wovon wir noch lange träumen können. Auch hier, lieber Gerhard und deinen Mitarbeitern, ein herzliches Dankeschön! (Beifall bei der ÖVP.)

Für mich ist auch die Landwirtschaft ein entscheidendes Beispiel für einen gut funktionierenden Tourismus. Ich glaube, flächendeckende Landwirtschaft ist auch in Zukunft entscheidend, daß wir unsere schöne und vielfältige Landschaft in der Steiermark erhalten. Wir wissen genau, daß sich in erster Linie der Gast in der Steiermark und in Österreich deshalb wohl fühlt, weil unsere Landwirtschaft noch intakt ist. Ich möchte auch allen Vermietern, allen Dienstleistungsbetrieben, dem fleißigen Personal und allen Wirtschaftstreibenden herzlich danken, daß sie mit hohem Einsatz und großem Fleiß unsere Gäste so versorgen, daß sie sich einfach in der Steiermark wohl fühlen. Und ich kann die Steiermark nur unter einen Slogan stellen. Wenn ich mir die Steiermark von ihrer Vielfältigkeit, von ihrer Schönheit inhaliere, dann kann ich nur sagen: Die Steiermark ist ein Königreich, und rundherum liegt Österreich! (Beifall bei der ÖVP. – 22.33 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Vollmann. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Vollmann (22.33 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich werde die Zeit natürlich genauso gut nützen wie der Kollege Tasch, das ist klar. Der Tourismus bringt uns ja alle Jahre auf einen gemeinsamen Weg, aber natürlich auch auf gemeinsame Gedanken, die manchmal auch trennend sind. Nur, ich glaube über das Jahr 1997 sind wir uns grundsätzlich einig. Das Jahr 1997 hat österreichweit gesehen ein Plus an 2 Prozent an Deviseneinnahmen gebracht und obwohl die Nachfrage im Endeffekt rückläufig war bei Inländern und Ausländern, wobei die Steiermark wieder in einigen Bereichen natürlich auch eine Ausnahme war.

Trotz alledem, wo liegt die Schuld, so fragen sich alle, die damit zu tun haben. Die einen meinen, es läge daran, daß die billigen Flüge überall hin so interessant geworden sind. Die anderen sagen, das schlechte Wetter verhindere in Österreich einen steigenden Tourismus, und die dritten meinen, daß die leeren Urlaubskassen besonders unseres deutschen Nachbarn ein ganz wichtiger Bereich sind. Tatsache ist, daß die deutschen Urlauber in den letzten Jahren in Österreich weniger geworden sind, nicht nur in Österreich, natürlich auch in der Steiermark, und daß, wie der Kollege Tasch bereits gesagt hat, natürlich das Verbleiben und Verweilen geringer wurde. Haben sie früher 14 Tage bei uns verbracht, so ist es jetzt maximal noch eine Woche, ja manchmal sind es nur fünf Tage, und damit sinkt natürlich auch die Bettenauslastung in den Bereichen. Man kann mit aller Deutlichkeit und Freude feststellen, daß im Winter in den großen Schigebieten, dank der großen Investitionen – ich komme noch einmal darauf zurück –, die Auslastung sehr gut, daß aber im Sommer in diesen Bereichen heuer ein großer Einbruch zu verzeichnen war und daß besonders im ersten Halbjahr die Probleme da gewesen sind. Wir meinten auch, daß der Winter, weil er sich schlechter entwickelt hat – gerade in der Dachstein-Tauern-Region – und rückläufige Bettenausnutzung gezeigt hat, vielleicht damit zu tun hatte, daß Ostern so spät gewesen ist und daß man das wieder aufholen könnte. Leider hat Ostern das nicht ganz aufholen können. Es mag aber sicherlich auch noch einige andere Ursachen gehabt haben, die wir sicherlich nicht alle total feststellen können. Trotz einem allgemeinen Trend der Zunahme hat die Steiermark minus 1,7 Prozent zu verzeichnen gehabt auf den Österreichdurchschnitt bezogen, befindet sich aber, das darf man mit Genugtuung sagen, im österreichischen Mittelfeld.

Meine Damen und Herren, ich habe gesagt, ich komme noch einmal zurück auf die Frage, wie schaut es nun aus, welche Anstrengungen haben wir zu unternehmen. Mit Freude kann ich feststellen, daß gerade im Bereich der Holding eine stark positive Entwicklung feststellbar ist und daß der Ausbau der Thermenlinie zügig vorangetrieben worden ist. Meine Damen und Herren, in Loipersdorf wird – so ich den Verhandlungen entnehmen kann – ein 600-Betten-Hotel errichtet, Radkersburg hat um 70 Millionen saniert. Ein immens wichtiger Schritt, so meine ich,

wurde in Gleichenberg gesetzt. Kollege Schleich und alle anderen, die sich darum so lange bemüht haben, werden mir sicherlich recht geben, daß Gleichenberg eine ganz wichtige Sache war und deshalb diese Therme vom Land gekauft worden ist. Ein 160-Millionen-Investitionspaket sorgt dort für eine weitere Dynamik.

Nun, die Tourismusbetriebe sind gute Wirtschaftler, schreibt hier eine kleinformatige steirische Tageszeitung, und fürwahr kann man feststellen, daß in den letzten sechs Jahren mehr als 2,6 Milliarden Schilling von der Holding investiert worden sind und daß der Landessäckel daraus nur rund 17 Prozent berappen mußte. Das heißt also, von 2,6 Milliarden Investitionen hat der Landessäckel nur 450 Millionen praktisch berappen müssen. Das ist eine überaus erfreuliche Entwicklung in der Gesamtheit der Steiermark und macht uns damit natürlich auch gerade in den Thermenbereichen zum Spitzenreiter.

Die Investitionen in den Tourismusbetrieben, an denen das Land Steiermark beteiligt gewesen ist, habe ich schon einmal gesagt mit rund 2,6 Milliarden Schilling, sind fast auf 3 Milliarden Schilling mit den Investitionen des heurigen Jahres gestiegen. Und, meine Damen und Herren, das Erfreuliche an der ganzen Sache ist, daß sich die Thermenparks und Thermen auch entwickeln. Das Erlebnisbad in der Therme Loipersdorf, das mit 70 Millionen Schilling an Neuinvestitionen ausgebaut wird und 60 Millionen Schilling an vorgezogenen Ersatzinvestitionen erfordert. Die Erweiterung des Saunabereiches sowie die Schaffung von zusätzlichen Liegeräumen im Ausmaß von zirka 18 Millionen in der Parktherme Bad Radkersburg. Weiters soll in einem zweiten Schritt die Attraktivierung des Quellbeckens neu sowie eine nochmalige Erweiterung des Liegebereiches vorgesehen werden.

Von Gleichenberg habe ich schon einmal gesprochen, aber die Kaufsumme samt den notwendigen Erstinvestitionen von 700 Millionen Schilling ist natürlich auch eine Kraftanstrengung der Bereiche des Landes und der Investitionen gewesen.

Nun, meine Damen und Herren, zu den Schibergen. Die Sportregion Schladming – Ramsau – Dachstein zählt nunmehr zu den fünf größten Schidestinationen Österreichs. Gesamt bietet die Dachstein-Tauern-Region 160 Kilometer Schiabfahrten, 86 Seilbahnen und Lifte und eine Gesamtförderungsleistung von 90.900 Personen in der Stunde. 90.900 Personen, man stelle sich das einmal vor. Durch den Bau der Megaschischaukel sind miteinander verbunden, meine Damen und Herren: 115 Pistenkilometer, 51 Pisten, 50 Seilbahnen und Lifte. Sie sichern in der Sportregion 3500 unselbständig Erwerbstätigen die Arbeit, bei der Seilbahn direkt beschäftigt sind zirka 400. Die Zahl der Werkstätigen im Tourismus beträgt also durchschnittlich 60 Prozent, und natürlich stellen sie in dieser Sportregion einen der größten Arbeitgeber in diesem Bereich dar.

Meine Damen und Herren, der gesamtwirtschaftliche Nutzen liegt bei 2,7 Milliarden Schilling, der ausgelöst worden ist. An Landesmitteln wurden 39 Millionen dafür lukriert.

Ein zweites Highlight ist der Kreischberg geworden. Meine Damen und Herren, am Kreischberg ist dieser Bereich ein Wirtschaftsfaktor geworden. „Der Berg ruft – kreischen Sie zurück“ ist einer der Werbeslogans, den also hier der Kreischberg hat. Tatsächlich 170 Arbeitsplätze im Bezirk, 107 Arbeitsplätze in der Gemeinde und 49 Arbeitsplätze direkt am Berg. Das heißt also, meine Damen und Herren, eine große Anzahl von Menschen, die durch diesen Bereich beschäftigt ist, und daß natürlich diese Investitionen und die Möglichkeiten der Aufstiegshilfen in dieser wunderschönen Bergwelt auch anderen Unternehmungen und Betreibern von anderen Betrieben Vorteile bringen, ist wohl unzweifelhaft, und alle, die dort beheimatet sind, können dies wohl sicherlich auch sagen.

Meine Damen und Herren, nur eines dürfen wir uns auch nicht leichter machen als es in Wirklichkeit ist. Man hat in der Steiermark bereits begonnen mit sogenannten Events. Ich kann das Wort Event zwar nicht mehr hören, genauso wie das Wort Cluster, weil sie einfach nicht in unseren Sprachgebrauch hineinpassen. Wir sind Steirer, wir sind Österreicher, wir sind deutschsprachig. Aber, meine Damen und Herren, die Problematik grundsätzlich ist, daß wir etwas tun müssen. Denn allein die Sonne, die Luft und freundliche Menschen sind wahrscheinlich zu wenig, was wir anbieten können. Daher müssen wir uns sicherlich in diesem gesamten Bereich damit befassen und darüber nachdenken, was es Neues gibt.

Erfreulich für mich scheint auch, ich war gestern in Bad Radkersburg, die Situation, die sich im Bereich dieser Landesausstellung ergibt. Man sagte mir gestern, es werden rund 150.000 Besucher diese Jugendausstellung besucht haben. Und wer sich in Bad Radkersburg und in der Umgebung umschaut, der kann feststellen, daß dort ja weit mehr an Investitionen ausgelöst worden ist. Allein bitte wenn man sich den Bereich der Straßen anschaut. Was dort geschehen ist, was dort investiert worden ist, was dort asphaltiert worden ist. Ich war dann in einem Heurigen in Tieschen, konnte auch dieses Dörfchen dann anschauen und muß wirklich feststellen, daß dort sehr, sehr viel passiert ist und daß also hier wirklich ein Auftrieb vorhanden ist.

Mir erzählen die Gewerbetreibenden vom Tankwart bis zum Händler, der irgendwelche Dinge als Andenken verkauft, daß es einen starken Auftrieb auch für diese gegeben hat und so die Investition nicht verloren ist.

Meine Damen und Herren, das führt uns im Endeffekt auch dazu, immer wieder zu sagen, wir wollen diese Landesausstellungen, und wir sehen ja, die Ausstellungsgänger mehren sich von Tag zu Tag, auch wenn die Ausstellungen im Endeffekt bis zum Jahre 2005 nunmehr festgelegt sind.

Das heißt also, wir haben Anstrengungen zu unternehmen. Daß natürlich auch mancher Wermutstropfen, Herr Landesrat, ich bitte das also nicht persönlich zu nehmen, natürlich auch hineinfällt, ist klar. Daß die Erwartungen des Ö-Ringes und die heurige Veranstaltung nicht das erfüllt haben, was hineingekommen ist, daß nur 150.000 Besucher, das nur unter Anführungszeichen, waren, ist natürlich etwas, was man nicht erwartet hat, und daß die Italiener aus-

geblieben sind, wie also eine Lokalzeitung schreibt „Italiener, aber auch Tagestouristen blieben aus“, ist natürlich eine Frage, die bedauerlich ist. Das heißt also, es haben sich in diesem Zusammenhang jene Erwartungen, die wir in den Östereichring gesetzt haben oder die in den Östereichring gesetzt worden sind, eigentlich nicht erfüllt. Denn eine bessere Bettenauslastung ist nicht da gewesen. Es wurde, so sagt man mir oben, ein neues Hotel gebaut. Dieses Hotel ist genau eine einzige Woche im Jahr ausgelastet. Die übrige Woche völlig leer. Das ist die Wahrheit. Ich habe also hier die Erklärung des Hotelbesitzers selber in der Zeitung gelesen, wo er sagt, so ist das, und damit, meine Damen und Herren, ist das natürlich nicht so, wie man es sich erwartet hat.

Wir werden auch, wie wir gehört haben, dem Herrn Ecclestone 4 Millionen Schilling Strafgebühren bezahlen. Ich sage gleich dazu, mir ist um die 4 Millionen Schilling deswegen leid, weil sie niemandem nützen, außer dem Herrn Ecclestone selber. Denn Bewegung haben sie in diesen Bereich nicht gebracht. Mir sagt da eine Vereinigung, man wollte also während der Zeit, wo der ganze Trara da oben stattfindet, mit einem Autokino beginnen. Das Autokino war ein Schlag ins Wasser, hat zu nichts geführt, außer dazu, daß die Gemeinde Fohnsdorf, die die Ausfallhaftung übernommen hat, eine Million Schilling den Betreibern dazuzahlen mußte. Meine Damen und Herren, das ist die Wahrheit. Und da meine ich halt, wir sollen darüber nachdenken.

Ich weiß schon, daß du sagst, naja, kann man halt nichts machen. Aber so leicht verschleudert sind die Millionen im Endeffekt in diesen Bereichen, wo man sie wahrscheinlich auch besser in anderen Bereichen einsetzen könnte. Das, was man erwartet hat, nämlich, daß es einen starken Auftrieb für die Nächtigungen und für die Auslastungen geben würde, meine Damen und Herren, hat nicht stattgefunden. Daß der Herr Ecclestone außerdem alle Konzessionen für Ausschank, Verpflegung und diverse Artikel und sogar für unser Steirerbraubier – ich war selber oben, das stimmt also – an ausländische Firmen vergibt, verzeiht mir bitte, wenn ich den Ausdruck gebrauche, schreit zum Himmel. Denn unser eigenes Gewerbe im Endeffekt kann dort nicht mit, kann auch nicht mitbieten, und damit bleibt natürlich der Erfolg für diese Region im Endeffekt im Hintergrund.

So, meine Damen und Herren, damit ich nicht nur Negatives sage, natürlich gab es in diesen Bereichen auch viel Positives. Dafür möchte ich vor allem allen Mitarbeitern der Landesholding herzlich danken. Sie haben sich in den letzten Jahren wirklich in diesen Bereichen stark eingesetzt. Allen Tourismusbetrieben und den dort Beschäftigten, aber auch der Tourismusabteilung und der Tourismus-GesmbH., den Leuten, die dort beschäftigt sind, die sich angestrengt haben und deren Bericht wir ja auch in diesem Bericht, den wir erhalten haben, für das Jahr 1997 vorfinden. Ich danke ihnen herzlich, hoffe weiterhin, daß sie eine gute Zusammenarbeit aller Beteiligten haben werden. Ich bin nur nicht eins mit dir, Kurtl Tasch, der Meinung, dem Kollegen Hirschmann für die Investitionen in der Ramsau und Schladming zu danken, sondern da muß ich dem Landesrat Ressel herzlich

danken, der in diesen vielen Jahren immer dahinter war, und allen jenen, die die Forderungen an ihn herangetragen haben.

Meine Damen und Herren, uns in der Obersteiermark ist der Ausbau der Bürgeralm ein Anliegen. Es gibt sicherlich aber auch noch andere Bereiche. Der Präbichl ist uns Gott sei Dank gelungen, aber jetzt höre ich, hätten die privaten Liftbetreiber ein Gutachten bestellt, 300 Seiten stark, wo in dem Gutachten drinnensteht, die Holding dürfte das zukünftig nicht mehr tun. Also, meine Damen und Herren, wenn dort die Frage der Wettbewerbsverzerrung zum Tragen kommt, EU-weit zum Tragen käme – (Abg. Schinnerl: „Wie war das mit den Stempelmarken?“) Nein, das war wieder etwas anderes, wo sie um 140.000 Schilling Stempelmarken picken mußten. So einen Wahnsinn mußst du dir einmal vorstellen. Aber zukünftig, höre ich, gibt es ja kein Stempelmarkenpicken mehr, nur zahlen mußst du trotzdem. Also einen Erfolg hast du als Finanzbeamter zu verzeichnen, Schlecken brauchst du nicht mehr den Trafikanten auftragen und kaufen brauchen sie sie bei der Finanzprokuratur auch nicht mehr.

Nur, meine Damen und Herren, wenn das zum Tragen käme, daß diese Wettbewerbsverzerrung EU-weit sozusagen anerkannt wird, dann glaube ich, hat die Holding leider das letzte Mal in diese Aufstiegs-hilfen investiert und damit auch in den österreichischen Tourismus. Ich hoffe, es ist nicht wahr und die Vernunft obsiegt, meine Damen und Herren. Denn das würde auch heißen, daß natürlich auch die privaten Betreiber vom Land Steiermark keine verlorenen Zuschüsse mehr kriegen könnten für notwendige Ausbauinvestitionen, denn, meine Damen und Herren, dann wäre auch das Wettbewerbsverzerrend, wenn das Land irgendwelchen Privaten Vorteile verschafft. So, das wäre es zu diesem Bericht.

Daher darf ich den Unselbständigen Entschliefungsantrag betreffend Mautstraßen in der Steiermark einbringen, der Abgeordneten Vollmann, Tasch, Dr. Flecker und Bacher.

Aus dem Tourismusbericht 1997 kann herausgelesen werden, daß die Steiermark im internationalen Vergleich im Jahr 1997 eine relativ niedrige Bettenauslastung gehabt hat. Die Bettenauslastung liegt in der Steiermark sogar österreichweit gesehen im unteren Mittelfeld, und bei den Tourismusanteilen liegt unser Bundesland auch nur an sechster Stelle. Dies, obwohl wir mit der Thermenregion und der Dachstein-Tauern-Region recht gute Angebote haben.

In der Dachstein-Tauern-Region sind aber einige Vorzeigegebiete und Ausflugsziele für TouristInnen nicht leicht zugänglich. Dies liegt daran, daß idyllische Straßen im Bezirk Liezen, wie zum Beispiel die Dachsteinstraße und die Bodenseestraße, Mautstraßen sind, für deren Benützung eine relativ hohe Gebühr zu entrichten ist. Um den Tourismus und die Nächtigungszahlen auch außerhalb der Wintersaison – die Nächtigungszahlen im Sommer liegen weit hinter den Winterzahlen – in diesem Bezirk anzukurbeln, erscheint eine Öffnung der Mautstraßen sinnvoll. Diese Öffnung kann aber nicht auf Kosten der privaten BetreiberInnen gehen. Wichtig ist daher, daß in Ge-

sprächen – die federführend vom Tourismusressort unter Einbeziehung des Verkehrsressorts zu führen sind – eine Finanzierungs Kooperation von Land, Gemeinden und Tourismusverbänden gefunden wird, um den privaten BetreiberInnen den Ausfall zu erstatten.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, unter der Federführung des Tourismusressorts unter Einbeziehung des Verkehrsressorts mit den Gemeinden und den Tourismusverbänden des Bezirkes Liezen Gespräche zu führen, damit eine Finanzierungs Kooperation von Land, Gemeinden und Tourismusverbänden gefunden werden kann, um eine Öffnung der steirischen Mautstraßen – ohne Einbußen für die privaten BetreiberInnen der Mautstraßen – zu ermöglichen. Ich ersuche um Zustimmung und Annahme. (Beifall bei der SPÖ. – 22.51 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Wabl.

Abg. Dr. Wabl (22.51 Uhr): Was ist? (Abg. Tasch: „Ich habe gesagt, das freut mich, daß ein Richter auch etwas vom Fremdenverkehr versteht!“) Ich bin ja kein Richter, ich bin Sozialarbeiter. Aber, Kollege Tasch, soviel, wie du davon verstehst, da bin ich wirklich weit entfernt. Wir haben uns ja vorhin versöhnt, du hast mich sogar auf ein Würstel eingeladen. Also, deinen Vorwurf, daß ich ein Äbnehmer bin, hast du damit wieder gutgemacht. Als Obnehmer habe ich das Würstel zwar genommen, aber es war trotzdem sehr gut.

Ich will zu diesem Thema jetzt weder meine Qualitäten als Tourismusexperte unter Beweis stellen, die nicht in einem solchen Maß vorhanden sind, sondern ich möchte mich nur zu einem Thema äußern, und zwar zum Thermen-tourismus. Ich möchte darauf hinweisen, daß Gott sei Dank in unsere Thermenregion sehr viele Menschen aus der Obersteiermark mit Bäderbussen, aber auch privat kommen und dort feststellen, welche Qualitäten wir dort aufzuweisen haben. Und der Kollege Vollmann hat gesagt, daß heute gerade der Thermen-tourismus durch die Möglichkeit, wetterunabhängig sich zu entspannen, natürlich ungeahnte Chancen hat. Obwohl wir in der Oststeiermark und bis nach Radkersburg hinunter eine Perlenkette von Thermenarten haben – weil manche gemeint haben, das wird sich dann abnutzen –, ist das Gott sei Dank nicht der Fall. Wir haben auch festgestellt, daß nicht nur die Arbeitsplätze vor Ort in der Therme eine große Bedeutung haben und ungemein wichtig sind, sondern auch die Zulieferfirmen, alles, was dort hingeliefert wird, die Beherbergungsbetriebe privat, wie auch verschiedene Hotels. Und daß man gerade – wenn ich den Bereich Loipersdorf anschau – sicher davon sprechen kann, daß dort insgesamt 1000 Arbeitsplätze mit dieser Therme verbunden sind. Das sind nicht nur jene, die dort arbeiten, sondern alles, was so drumherum ist. Und nachdem in der Obersteiermark in einer benachteiligten Region, gerade was den Tourismus anlangt und wir wissen, daß natürlich der Bereich des Schilafes ungeheure Anstrengungen notwendig macht, um hier einen gewissen

Standard zu erreichen, und dann ist man trotzdem wetterabhängig, obwohl heute hier schon manche Antworten gefunden wurden.

Ich habe mich vor kurzem einmal erkundigt über das Thermenprojekt Gabelhofen, und das ist ja meiner Meinung nach ein chancenreiches Zukunftsprojekt. Ich will das jetzt gar nicht ausspielen, aber wenn ich jetzt gehört habe, was der Kollege Vollmann zum A1-Ring gesagt hat, wieviel das gekostet hat, so bin ich überzeugt davon, daß von der Qualität, von der Zukunftsträchtigkeit, von der Bonität, von der Auswirkung auf den Tourismus die Region insgesamt – also Judenburg – durch diese Therme möglich werden, so glaube ich, daß Herr Landesrat Hirschmann und nachdem Herr Landesrat Ressel nicht mehr da ist, dem immer von der SPÖ-Seite gedankt und Herrn Landesrat Hirschmann wird immer von der ÖVP-Seite gedankt, also jetzt spreche ich dich an als unmittelbar Zuständigen. Ich meine einfach, daß wir erkennen sollten, daß bei allem Interesse an privaten Investoren manches im Tourismusbereich in diesem Lande nicht möglich gewesen wäre, wenn nicht das Land Steiermark die Initialzündung gesetzt hätte. Das sage ich ganz offen. Wenn man anschaut Loipersdorf, dort hat das Land praktisch mit den Gemeinden ein bißchen mitgetan, ist aber dann vom Land allein gebaut worden. Bad Radkersburg, in Bad Waltersdorf hat zwar das Private überhand, aber trotzdem hat das Land dort auch mitgetan. Blumau, wir erinnern uns nur an die 100-Millionen-Spritze, wo das ganze sonst zur Halbzeit stillgestanden wäre. Und ich bekenne mich dazu, obwohl es Zeiten gegeben hat, wo alle durch das Land gegangen sind und gesagt haben, verkaufen, verkaufen, wir brauchen ein Geld, und das können wir woanders investieren. Und dann ist man draufgekommen – ich glaube, das Angebot für die Therme Loipersdorf war 200 Millionen Schilling – beziehungsweise hat sich die Einsicht durchgesetzt, daß das ein Wahnsinn wäre, solche Goldthermen abzugeben. Weil verkauft ist schnell, und wie man bei der Hypo-Bank weiß, die Einnahmen sind auch wieder schnell verteilt, und dann am Schluß ist es ein Privater, der auch die Gewinne entnimmt, und dann, wenn er nichts mehr hat, kommt er wieder zum Land und sagt: „Bitte schön, helfts mir, daß das weiterbestehen kann.“

Das Risiko des Verkaufes dieser Thermen, Radkersburg und auch Loipersdorf, waren damals im Gespräch, war für mich viel zu groß, und ich habe immer die Meinung vertreten, daß das Land Steiermark dort sehr wohl den erfolgreichen Weg weitergehen sollte. Ich bin sogar heute der Meinung, daß das Land Steiermark seine Erfahrungen im Rahmen der Holding und auch vor allem diesen Qualitätstourismus weiter ausbauen soll.

Ich will dir nicht nahetreten, Kollegin Beutl, aber es hat Zeiten gegeben nach 1994, wo von eurer Seite noch keine Begeisterung für Gleichenberg damals da war, das zu kaufen. Da hat es geheißt, nein, das tun wir nicht, weil wir kaufen nichts. Aber das soll keine Provokation jetzt sein: Inzwischen ist auch Gleichenberg vom Land werblich erworben worden. Hörst du auch zu, Herr Landesrat Hirschmann? (Landesrat Dr. Hirschmann: „Ich höre dir immer zu, Martin!“) Das würde mich freuen. Weißt du, im

Gegensatz zu dir, der an den Schalthebeln der Regierung sitzt, kann ich nur eines machen, nämlich da hier Anträge und Wortmeldungen vorbringen und inständig hoffen, daß du, als einer, der an den Hebeln sitzt, das auch erhörst. (Abg. Beutl: „Martin, wir haben bereits 1993 einen Antrag hier beschlossen!“) Naja, du kennst den Unterschied zwischen Antrag stellen und dann verwirklichen. Du stellst den Antrag als Abgeordnete, und in der Regierung sagen sie, das ist derzeit nicht aktuell. Aber Schwamm darüber: Es ist gekauft, und es hat die Philosophie gegeben, das wirst du mir zugeben, ich will jetzt gar nicht sagen, wo, die Thermen eher zu verkaufen und nicht neue zu kaufen.

Ich würde dich bitten, Herr Landesrat Hirschmann, falls du mir zuhörst, daß man diesen Weg auch in der Obersteiermark geht. Ich glaube einfach, ich weiß zwar, daß das in privaten Händen derzeit ist, diese Megagruppe, die momentan nichts tut, die haben zwar ein Hotel gebaut dort, aber es rührt sich nichts. Und Herr Landesrat Ressel hat gesagt, die rühren sich auch nicht, aber ich glaube, daß man als verantwortungsvoller Tourismuspolitiker heute – mich stört das eigentlich, Herr Präsident, aber darf ich nur bitten, wenn man schon über Tourismus redet, jetzt ist es schon 23 Uhr, ich bin ein sehr nervöser Redner und wenn ihr da hinten immer wichtige geopolitische Überlegungen anstellt, dann bin ich sehr leicht aus der Fassung zu bringen. Ich würde bitten, ich bin gleich fertig, besprecht ihr es morgen weiter, dann störe ich euch nicht dabei, aber es ist mir wirklich ein Anliegen, und daher würde ich mir wünschen, lieber Gerhard (Landesrat Dr. Hirschmann: „Ich bin ganz bei dir, Martin!“), daß du das hier notierst, zumindest geistig. (Landesrat Dr. Hirschmann: „Wir haben einen Antrag!“) Ja, den haben wir heute formuliert, das freut mich auch – und ich ersuche dich, daß man eine Initialzündung setzt und daß man mit den Leuten, denen das gehört da oben, also auch der Thermenbereich, die Quelle glaube ich, daß man sich mit denen einmal zusammensetzt. Ich kann mir nicht vorstellen, wenn das Land bereit ist, gewisse Beteiligungen dort einzubringen, daß nicht auch private Investoren erklären, das wollen wir machen. Weil eine Therme in der Obersteiermark würde eine ungeheure Chance bedeuten, gerade in diesem Raum dort. Nicht nur, daß die dann nicht mehr alle nach Loipersdorf fahren brauchen, was mir ein bißerl leid tate. Aber letzten Endes ist damit Verkehr verbunden auf der Straße, und wir wünschen uns ja, daß möglichst die ganze Steiermark gleichmäßig hier, was den Wohlstand und die Lebensqualität anlangt, beteiligt wird.

Und daher bitte ich dich zum Abschluß, all deinen Einfluß geltend zu machen. Vielleicht läßt sich da was auf die Füße stellen. Es freut mich, daß wir hier parteienübergreifend, auch die Freiheitlichen haben gesagt, daß sie mittun, daß wir hier einen Antrag haben, wonach die Landesregierung aufgefordert wird, entsprechende Schritte zur Verwirklichung des Projektes Therme Gabelhofen zu setzen und in Anlehnung an die erfolgreichen Thermenprojekte in der Oststeiermark eine Beteiligung des Landes Steiermark sicherzustellen. Es haben auch die regionalen Abgeordneten Rieser und Korp gemeinsam hier diesen Vorschlag gemacht. Ich sage wirklich eines aus tiefster

Überzeugung, mir geht es nicht darum, wer was wo einen Antrag gebracht hat, sondern letzten Endes, sind wir doch ehrlich, was am Schluß rauskommt.

Die Menschen in der Obersteiermark haben auch nichts davon, wenn man dann Vaterschaftsprozesse hintennach führt, wie ich das bei Gleichenberg erlebt habe. Da haben die einen Extrapreise gehabt als die anderen, aber das war Wurst. Ich habe gesagt, ein bisserl was habe ich auch dazu beigetragen, aber das ist mir völlig gleichgültig, ich glaube einfach, daß die Zeit reif ist, daß man für den Raum Obersteiermark auch den erfolgreichen Thermenweg weitergehen sollte, und vielleicht könntest du deinen Einfluß geltend machen, daß man sich da einmal zusammensetzt mit dem Landesrat Ressel und sagt, bitte schön, gehen wir das an, wer sind die Verantwortlichen dieser Gruppe, machen wir einmal einen runden Tisch und reden so lang, bis wir einen Weg finden. Natürlich wird es am Geld hängen, aber die Holding hat da sehr viel Know-how einzubringen, und vielleicht kann man in ein paar Jahren sagen: Das ist inzwischen gelungen, was für die Obersteiermark sicherlich ein echter Qualitätssprung nach vorne wäre. Ich danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. – 23.02 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Ussar. Er hat das Wort.

Abg. Ussar (23.02 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Landesräte, sehr geehrte Damen und Herren!

Ganz kurz. Ich möchte gleich zu Beginn einmal sagen, daß es mich sehr freut, daß es uns gemeinsam gelungen ist, das Projekt Präbichl nun endgültig einer Fertigstellung zuzuführen, daß dieses Projekt, wo wir 30.000 Unterschriften gesammelt haben, wo wir also bei strömendem Regen vom Paulustor zur Burg marschiert sind und unsere Petition überreicht haben, daß dieses Projekt nun endlich abgeschlossen werden konnte. Also man sieht, wo alle dahinter sind, da geht auch was weiter.

Ich habe aber auch schon in der letzten Obersteiermarkdiskussion betont, daß sich die Obersteiermark in einem großen Strukturwandel befindet. Weiterhin ist in der Obersteiermark die industrielle Basis im Vordergrund, aber ich möchte sagen, daß der Tourismus eine ganz besondere Rolle auch in unserem Raum spielt.

Vom regionalen Planungsbeirat bei uns in der Region Leoben wurde also wie in vielen anderen Regionen ein Entwicklungsleitbild erstellt, und ich möchte einige wichtige Projekte hier vorstellen und vor allem auch um die Unterstützung der Landesregierung und des Landesrates bitten.

Sehr geehrte Damen und Herren! Im Umsetzungsprogramm dieses Leitbildes hat der Tourismus einen besonderen Stellenwert. Ich darf einige besonders wichtige Leitbilder hervorheben:

Wild- und Freizeitpark in Mautern: Hier geht es um die Bewerbung für die Einrichtung eines steirischen Erlebnisparks. Wie der Kollege Tasch gesagt hat, ist besonders die Errichtung von Wild- und Freizeitparks wichtig. Erlebnisparks, hier wäre ein Tiergehege samt Einrichtung in der Größe von 60 Hektar. Es würde der

größte österreichische Erlebniskinderspielpark hier entstehen. Es handelt sich da um eine Kooperation von zwölf Gemeinden aus dem Liesing- und Paltental, und ich glaube, daß wir hier eine ganz besondere Attraktion schaffen könnten. Das Ziel ist auch, wie meine Vorredner schon betont haben, daß wir Ganzjahresarbeitsplätze schaffen würden, die vor allem auch bei uns im Tourismusbereich sehr wichtig sind. Es wird hier wahrscheinlich eine Investitionssumme von 94 Millionen Schilling notwendig sein.

Ich betone noch ganz kurz Hotel am Leopoldsteiner See. Mit der Errichtung dieses Hotels würde eine Steigerung der touristischen Attraktivität gerade in der Eisenstraße, wir wissen, welche Bedeutung die Eisenstraße hat, stattfinden, und dieses Projektvolumen umfaßt 138 Millionen.

Weitere Projekte sind Reiten im steirischen Oberland, das Alpenschiprojekt, Eisenerzer Ramsau, auch allen hier bereits bekannt, das Raderlebnis Eisenerz, die Reitingpyramide und vor allem auch das Hütten-dorf Präbichl, die Freizeit- und Sporthalle Eisenerz sowie das Arbeitsweltzentrum in Leoben.

Sehr geehrte Damen und Herren. Besonders wichtig für uns auch das Projekt Eisenwurz und Eisenstraße, das ich bereits betont habe. Für uns aber wichtig ist auch die Erhaltung der Sonnberglifte in Wald am Schoberpaß, und hier habe ich an dich, sehr geehrter Herr Landesrat, eine besondere Bitte: Du bist auch schon vertraut, glaube ich, mit dem Projekt Wald am Schoberpaß. Die Gemeinde steht und fällt eigentlich mit diesen Sonnbergliften. Hier sind Schwierigkeiten da, und ich glaube, hier wäre eine Unterstützung von seiten des Landes dringend notwendig. Ich bitte also darum, sich dieser Anlage besonders anzunehmen.

Eine besondere Bedeutung für die Region hat auch noch das Projekt „Erz und Eisen“. Und abschließend darf ich feststellen, daß eine Projektübersicht über den Planungsbeirat in Leoben, vor allem über die Tourismusprojekte im Land, vorliegt. Das Entwicklungsleitbild zeigt, von 20 Projekten insgesamt, zehn Projekte, die dem Tourismus zugeordnet werden können.

Ich bin schon am Schluß. Das regionale Entwicklungsleitbild, wie gesagt, liegt im Land auf, und ich ersuche die Landesregierung und vor allem den zuständigen Landesrat um die ganz besondere Förderung und Unterstützung. Ein herzliches Glückauf! (Beifall bei der SPÖ. – 23.07 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Der Herr Abgeordnete Bacher hat das Wort.

Abg. Bacher (23.07 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ganz kurz, der Kollege Wabl ist nicht mehr da. Selbstverständlich stehen wir auch zur Therme Gabelhofen und zu dem Ausbau. Es war nur bisher immer so, daß es geheißen hat, daß Private dieses Projekt bauen und umsetzen werden. Ich höre auch nichts von den SPÖ-Gemeinden in der Region. Ich hoffe, daß wir zu einer gemeinsamen Lösung finden. Ich behaupte auch, daß das ein wichtiger Impuls wäre. Aber letzten Endes sind eigentlich alle dort aufgefordert, gemeinsam etwas zu tun. Und immer wieder wird Landesrat Gerhard Hirschmann genannt, dort,

wo es um Umsetzung von Projekten geht. Wenn sie dann mit seiner Hilfe umgesetzt wurden, dann nennt man nicht ihn und sagt, danke, du hast mitgeholfen, sondern dann wird immer anderen gedankt.

Ich erinnere mich auch, daß heute mehrmals die Thermenregion genannt wurde. Wer war denn da der Vater dieser Ideen? Das war der Franz Wegart. Gott sei Dank, sage ich heute, der hat wahnsinnig viel investiert in diese Region. Na, Gott sei Dank, hat er dort viel investiert und läuft das ganze heute so positiv.

Und Kollege Vollmann, zum Ö-Ring, nur einen Satz. 150.000 Leute sind beim GP gewesen, die sonst nicht gekommen wären, wenn es den Ö-Ring nicht gebe. (Abg. Vollmann: „Aber er bringt nichts!“) Zweiter Punkt, über eine Milliarde Menschen vor dem Fernseher. Sage mir eine Veranstaltung, wo Österreich, die Steiermark, die Region Judenburg, Aichfeld-Mur-boden, so präsentiert wird. (Beifall bei der ÖVP. - Abg. Vollmann: „Wenn er was bringt, ist es gut, aber er bringt nichts!“) Stimmt ja nicht, was du dort sagst.

Nur es darf nicht sein. Sag mir ein Projekt mit diesem Besuch und dieser Werbung. Dein Landesrat Ressel hat gesagt, ein Motorradrennen machen wir am A1-Ring. Heute wissen wir, daß maximal 20.000 bis 50.000 Zuschauer zu so einem Rennen in Österreich kommen. Beim GP haben wir aber 150.000! (Abg. Dipl.-Ing. Grabner: „Beim Motorradrennen waren keine 3000!“)

Erkennt es einmal an, daß 150.000 Leute zu der Zeit des GP in der Region sind, und wenn ich mit den Touristikern rede, sagen die: „Gott sei Dank, daß wir diese Veranstaltung haben.“ Nehmt das einmal zur Kenntnis, bitte.

Da wird diskutiert, daß nicht einmal österreichische Produkte verkauft werden, zum Beispiel einheimisches Bier. Ich habe einem Gastwirt geholfen an diesen drei Tagen am A1-Ring. Der hat kein schlechtes Geschäft gemacht. Nur eines muß man auch wissen, diese Bierfirma „Fosters“ oder wie die heißt, das ist, glaube ich, eine australische Bierfirma, die hat natürlich einen Sponsorvertrag mit dem Ecclestone abgeschlossen, und selbstverständlich wird die dort Bedingungen stellen, Entschuldigung. So sind die Spielregeln in der Wirtschaft. (Abg. Vollmann: „Der Ecclestone kassiert überall!“) Ja, der Ecclestone kassiert, nur bringt er ja auch etwas hinein da in die Region, Entschuldigung. (Abg. Vollmann: „Ecclestone kassiert überall. Ich bin froh, daß du das so siehst. Das muß du den Leuten dort oben sagen!“)

Aber es ist euch eh da in der Richtung nicht zu helfen. Ständig wird der Ö-Ring zitiert. (Abg. Vollmann: „Lieber Kollege!“) Lieber Heinz Vollmann, horche mir einmal zu. (Abg. Vollmann: „Ich halte da kein Zwiesgespräch, das dauert ja länger!“) Nein, bitte laß dir was erklären. (Abg. Vollmann: „Bitte, erkläre mir was!“) Wenn du heute ein Zeltfest zu Hause machst und eine Klasse Band einlädst, mußt du dafür zahlen, damit du ein volles Zelt hast. Den Ecclestone brauchst du, damit du diese Veranstaltung, den GP in Österreich, durchführen kannst - es gibt sonst niemanden -, und du hast 150.000 Leute, bei der ersten Veranstaltung waren es weit über 200.000 Leute, bitte schön. (Abg. Vollmann: „Dein Wort in Gottes Ohr!“) Ja, was heißt, jetzt haben wir sie zweimal gehabt, jetzt

tun wir schon wieder hin und her. Nur seien wir froh, daß wir diese Veranstaltung in der Region haben. Und dann sage ich dir noch etwas. Es wird dann immer gesagt, der Herr Landesrat Ressel ist für alles zuständig, für die Holding und so weiter, und es wird ihm immer von der SPÖ gedankt. (Abg. Vollmann: „Für alles nicht!“) Ich würde von der Stelle einmal sagen, Gott sei Dank und seien wir froh, daß wir einen Steuerzahler haben, der das alles ermöglicht und daß wir diese Mittel alle aufbringen. Weil von dem wird nämlich überhaupt nie geredet, sondern es wird immer gesagt, der Landesrat Ressel ist zuständig. Wir brauchen die Holdingbetriebe, wir brauchen die Privaten genauso, wir brauchen die Mitarbeit aller Funktionäre, damit wir in diesem Land Steiermark etwas weiterbringen. Die positiven Ideen sollten wir umsetzen. (Abg. Vollmann: „Ist nur leider nichts Positives!“) Aber geh', wir tun ständig alles krankjammern, ständig alles krankjammern. (Abg. Vollmann: „Der Ö-Ring ist nichts Positives!“ - Abg. Schützenhöfer: „Vollmann, bitte schön, sei mir jetzt nicht böse, der A1-Ring ist eines der entscheidendsten Leitprojekte, die wir je zustande gebracht haben!“ - Abg. Vollmann: „Hermann, das ist deine Meinung, ich respektiere sie als deine Meinung, aber du wirst mir zugestehen, ich darf auch eine haben!“)

Kollege Vollmann, akzeptiere einmal, daß dieser A1-Ring, und dann höre ich schon auf, wirklich dieses Leitprojekt ist für die Region und für die Steiermark. Gott sei Dank, sage ich. Und, Gerhard, ich sage dir noch einmal ein Danke, weil du hast genug Prügel bezogen für diese Idee. Und es danken dir in Wahrheit die Leute in der Region, weil sie merken, daß es etwas Positives ist. Nur, es müssen andere auch mittun. Ich kann nicht immer ständig alles bejammern, Kollege Vollmann. Wenn du dich da herstellst und sagst, es ist alles so schlecht und es ist alles so ungut, was wir da in diesem Land machen, dann muß ich dir sagen, dann sind wir auch irgendwo fehl am Platz.

Aber ich möchte jetzt einen Entschließungsantrag gemäß Paragraph 51 einbringen, der Abgeordneten Bacher, Straßberger, Rieser, Tasch, Dr. Flecker, Vollmann, Ing. Peinhaupt, Dr. Wabl und Keshmiri, betreffend Vernetzung und Finanzierung von Wasserprojekten.

Ich glaube, daß das Thema Wasser im neuen Jahrtausend ein spannendes Thema und auch eine Herausforderung ist, und ich glaube auch, daß die Steiermark riesige Chancen und Möglichkeiten in dieser Richtung hat.

Wasser wird weltweit das beherrschende Thema im nächsten Jahrtausend sein. Die Steiermark verfügt über großartige Wasservorkommen. Gerade angesichts der Bedeutung des Rohstoffes Wasser in der Zukunft ist es besonders wichtig, die Steiermark als klassisches Wasserland zu positionieren, und zwar in einer Vernetzung von ökologischen, touristischen und kulturellen Investitionen.

Derzeit werden in der Steiermark drei Projekte zum Thema Wasser erarbeitet: die Steirische Wasserstraße im Mürztal, die Wasserwelt in Gröbming und das Vivarium in Mariahof im Naturpark Grebenzen.

Die Steirische Wasserstraße soll die natürlichen und kulturgeschichtlichen Reichtümer der Region des oberen Mürztals präsentieren.

Die Wasserwelt in Gröbming soll als Erlebnispark ein Leitprojekt für die Dachstein-Tauern-Region für die Sommersaison werden.

Das Vivarium in Mariahof im Naturpark Grebenzen wird den Lebensraum Wasser mit Fauna und Flora in einem architektonisch attraktiven Ambiente darstellen und ist als Leitprojekt für die Region des Naturparkes Grebenzen konzipiert.

Um die gestellten Ziele effizient erreichen zu können, ist eine Vernetzung beziehungsweise gemeinsame Vermarktung der drei oben genannten Projekte unbedingt erforderlich.

Es wird daher der Antrag gestellt:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, daß die Wasserprojekte „Steirische Wasserstraße im Mürztal“, „Wasserwelt in Gröbming“ und „Vivarium in Mariahof im Naturpark Grebenzen“ aufeinander abgestimmt, finanziert und gemeinsam vermarktet werden, um die Steiermark als klassisches Wasserland in einer Vernetzung von ökologischen, touristischen und kulturellen Projekten zu positionieren.

Ich bitte um Annahme dieses Entschließungsantrages. (Beifall bei der ÖVP. – 23.16 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Der Herr Abgeordnete Schuster hat das Wort.

Abg. Schuster (23.16 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wenn du etwas zwei Jahre machst, betrachte es sorgfältig, wenn du etwas drei Jahre gemacht hast, betrachte es mißtrauisch, wenn du etwas fünf Jahre gemacht hast, mache etwas anderes. An dieses Sprichwort halten sich zur Zeit die Tourismusverantwortlichen im Bezirk Voitsberg. So wird in unserer Region zur Zeit an einer Zusammenlegung der Ortsverbände zu einem Tourismusverband nach Paragraph 4 Absatz 3 gearbeitet. Damit ist unsere Region eine, wenn nicht überhaupt die erste, in der Steiermark, die die Voraussetzungen schafft, Strukturen zu vereinfachen und Tourismuswerbung, auch mit Unterstützung der Steirischen Tourismus GesmbH., professioneller zu betreiben. Weiters unterstützen wir hier voll und ganz die Anstrengungen der Landesfremdenverkehrsabteilung, Regionen zusammenzulegen, um Institutionen zu schaffen, die auch am internationalen Markt auftreten können.

Doch dazu gehören natürlich nicht nur Verbände, die in der Lage sind, ihre Aufgaben wahrzunehmen. Das wichtigste ist und bleibt nun einmal ein touristisches Angebot, welches man dem Gast anbieten kann.

Natürlich haben wir mit den Lipizzanern ein Produkt unter Anführungszeichen, das sich ausgesprochen gut verkaufen läßt. Das haben ja auch die Feierlichkeiten zum 200-Jahr-Jubiläum des Gestütes Piber gezeigt. Eine solche Veranstaltung ist praktisch unbezahlbare Werbung für die Region und die gesamte Steiermark. Wo sonst finden Sie 6000 ausländische Gäste bei 22.500 Besuchern in vier Tagen. Und von diesen 6000 sind 3000 extra aus Übersee zu dieser wohl einzigartigen Veranstaltung angereist.

Nicht zu vergessen das Medienecho. 120 Millionen Zuseher und Zuhörer bei Rundfunk- und Fernsehberichten in über 40 Fernseh- und Radiostationen auf der Welt sind eindrucksvolle Zahlen, die belegen, welches Potential hier vorhanden ist. Hier ist vor allem den Verantwortlichen beim Bund, Land und dem Organisationskomitee für ihre Unterstützung, ihren Einsatz und ihr Vertrauen in dieser Veranstaltung zu danken.

Jedoch muß uns allen klar sein, daß sich solche Veranstaltungen nicht jährlich umsetzen lassen. Um aus freizeittouristischer Sicht eine nachhaltige Entwicklung sicherzustellen, bedarf es in der Region nicht nur der Schaffung zeitgemäßer touristischer Mindestanforderung, sondern vor allem auch der Initiierung eines entsprechenden Nachfrageimpulses.

Die Idee zu einem solchen Impuls wurde ja auch bereits in der Machbarkeitsstudie Barockpferdezentrums Köflach-Piber untersucht, jedoch ist es den Verantwortlichen trotz mehrmaliger Versuche noch nicht gelungen, dieses Konzept bei den zuständigen Stellen im Land vorzustellen. Dies erscheint mir umso verwunderlicher, da der Steiermärkische Landtag in seinem Beschluß Nr. 535 vom 22. Dezember 1997 die zuständigen Stellen im Bezirk aufgefordert hat, Vorschläge oder Konzepte vorzulegen, die sinnvoll erscheinen, die Wirtschaft und den Tourismus im Raum Voitsberg-Köflach mit Initialzündungswirkung zu versehen.

Es ist uns durchaus bewußt, daß eine freizeittouristische Entwicklung nur dann zielführend erscheint, wenn für die Verankerung am Markt ein entsprechendes Profilierungs- und Positionierungspotential besteht. Dies ist für die Region Voitsberg-Köflach im reit- und pferdesportlichen Segment, insbesondere aber über das regionale und internationale Alleinstellungsmerkmal Lipizzaner beziehungsweise das Bundesgestüt Piber gegeben.

Natürlich ist die Schaffung eines Barockpferdezentrums, mit Hilfe dessen diese Initial- und Impulsfunktion realisiert werden könnte, nicht primär als einzelbetriebliches Projekt, sondern vielmehr als regionalwirtschaftlich notwendige Infrastrukturmaßnahme anzusehen. Und hier fordere ich alle Verantwortlichen auf, dieses Projekt, welches auch der langfristigen Absicherung des Bundesgestütes Piber dient, zu unterstützen. Ich glaube nicht, daß es sich die Steiermark erlauben könnte, die Lipizzaner nach Niederösterreich zu verlieren, wie immer wieder in Gerüchten zu hören ist. Ich bin überzeugt, daß Niederösterreich die Lipizzaner mit Handkuß nehmen würde und auch bereit wäre, viel Geld auszugeben, um eine solche Übersiedlung zu erreichen.

Daß dieses Thema im Bezirk ernstgenommen wird, zeigt ja auch die überparteiliche Unterstützung für die Landesausstellung 2004 in Piber. Gerade hier hat sich gezeigt, daß alle Verantwortlichen im Bezirk bereit sind, über den Kirchturmspitz hinwegzusehen.

Wobei der Termin mit 2004 sicher nicht der optimale ist, wenn man bedenkt, daß der Werbeeffect, den die Lipizzanergala der Region und der Steiermark bringt, bis 2004 sicher stark nachlassen wird. Der Termin im Jahre 2002 wäre ja sicher günstiger und wirtschaftlicher, da die Werbung auf den Erfolg der Lipizzanergala aufbauen könnte.

Ein Barockpferdezentrum Köflach – Piber zusammen mit der Landesausstellung „Das Mythos vom Pferd“ wäre für die Region und die gesamte Weststeiermark jener Impuls, auf den die Bevölkerung schon seit längerem wartet. Auch hier darf es auch nicht an den finanziellen Mitteln scheitern, denn in der Thermen-, Dachstein-Tauern-Region oder auf dem Präbichl scheint es selbstverständlich, daß das Land jene Infrastruktur bezahlt oder mitfinanziert, die nötig ist, um ein wirtschaftliches Überleben oder eine Neuorientierung zu ermöglichen. Wir fordern hier ganz einfach eine Gleichstellung mit anderen Gebieten in der Steiermark.

Denn eines ist unbestritten: Wer Investitionen in die Zukunft einstellt, um Geld zu sparen, handelt wie jemand, der die Uhr anhält, um Zeit zu sparen. Und Zeit haben wir keine mehr, denn rund um die Steiermark wird, wie wir alle wissen, im touristischen Bereich massiv investiert, und wenn ich die Frau Landeshauptmann an ihre Worte bei einem Interview bei der Lipizzanergala erinnern darf, wo sie auf die Frage, was wäre die Steiermark ohne Köflach – Piber gesagt hat, es wäre nicht die Steiermark.

So ersuche ich die Frau Landeshauptmann und Herrn Landesrat Hirschmann, ihren Worten auch Taten folgen zu lassen und die Projekte der Weststeiermark zu fördern und zu unterstützen. Denn nur wenn wir uns klar deklarieren und Akzente setzen, werden wir jene motivieren können, die für den Tourismus tagein, tagaus und noch dazu sehr oft unentgeltlich Leistungen erbringen. (Beifall bei der SPÖ. – 23.22 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Das Schlußwort hat der Herr Landesrat Dr. Hirschmann.

Landesrat Dr. Hirschmann (23.22 Uhr): Sehr verehrter Herr Präsident, meine verehrten Damen und Herren!

Ich möchte mich bei allen, die gesprochen haben, sehr herzlich bedanken für die Anregungen und für die guten Worte sozusagen zum Tourismus und vielleicht vermerken, was ich in den letzten Jahren immer wieder gesagt habe: Wir sind auf einem guten Weg in der Steiermark, und ich lasse mich überhaupt nicht beeindrucken von drei Jahren guten Zahlen unter Anführungszeichen und Statistiken und dann vielleicht drei Jahren weniger guten Zahlen. Das sind Momentaufnahmen im Guten wie im weniger Guten. Es geht darum, ob wir Strukturen für das nächste Jahrzehnt schaffen, und die sind zum Teil in einem guten Ausmaß gelungen, was insbesondere ja von mehreren angesprochen wurde, was den Wintertourismus anbelangt.

Ein schweres Defizit haben wir im Sommertourismus, das ist überhaupt keine Frage, in ganz Österreich. Wir waren gestern auf einer Tagung in St. Wolfgang, Dr. Pögl, der da hinten sitzt, von der Fremdenverkehrsabteilung war mit dabei, und es war für mich sehr erfreulich, daß dort, wo aus ganz Österreich, ich glaube, 200 Leute dabei waren, Touristiker, der Dr. Edinger, eine Beratungsfirma – Heinz Vollmann, höre kurz her –, gesagt hat, er freut sich, daß er uns aus der Steiermark begrüßen kann. Die Steiermark ist für ihn mit Abstand das Land Nummer eins, das touristi-

sche Akzente in den letzten Jahren gesetzt hat, und das ist nicht mein Verdienst oder das Verdienst von uns da, überhaupt nicht, sondern das ist das Verdienst von vielen Menschen in diesem Lande, die einfallreich, professionell arbeiten, Tag und Nacht für den Tourismus. Denen haben wir zu danken.

Meine verehrten Damen und Herren, ich sage es zum hundertsten Mal hier:

Wenn der Steuerschilling – Heinz, vielleicht hörst kurz her, es wäre nämlich gar nicht unwichtig für dich auch – in dem Land ausgegeben wird, Wurst, wo und aus welchem Ressort, es ist das Geld der Steuerzahler. Mir braucht niemand danken, es braucht dem Ressel niemand danken, gar niemandem braucht jemand danken, von denen, die da oben sitzen. (Abg. Vollmann: „Gott sei Dank, aber du hörst es gern!“)

Mein Gott, jeder, wie er will. Aber ich bin mit Kurti Tasch sonst auch gut. Er braucht mich gar nicht nennen in dem Zusammenhang. Ich weiß, was ich an ihm habe, er an mir. Daß er mich gerne nennt, das kann ich ihm nachfühlen, das ist überhaupt keine Frage. Gut, aber das nur am Rande.

Zweite Bemerkung, meine verehrten Damen und Herren, in dem Zusammenhang:

Ich glaube, daß wir einen guten Weg gehen mit unserer Philosophie der Leitprojekte. Und auch weil du das Stichwort Events genannt hast, ich sage das jetzt auch ganz unpolemisch, aber es ist mir eine tiefe Befriedigung, daß der Landeshauptmannstellvertreter und der Kollege Ressel, die vor drei Jahren zu all diesen Dingen eine völlig andere Meinung gehabt haben, heute sagen, jawohl, wir haben begriffen, wir haben verstanden, und das ist wichtig.

Der Tourismus wird von mehreren Dingen in Hinblick abhängen. Das eine ist die Frage der Infrastruktur, da haben wir viel, wie gesagt, in den Sommertourismus zu stecken. Das andere ist die Frage, ob wir Programme haben. Die haben wir, und ich kann nur noch einmal den Dr. Pögl nennen, der Tag und Nacht mit vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Lande unterwegs ist, wo wir für bestimmte Sachen, weil das Reiten gerade angesprochen worden ist vom Kollegen Schuster, Radlfahren, Golf und ähnliche Dinge, wo wir ganz spezifische Programme erstellen werden, die wir international auch vermarkten werden.

Das Dritte und sehr, sehr wichtig ist die Marketing-schiene, wo ich sehr dankbar bin, für das, was vom Kollegen Schuster am Schluß angesprochen wurde, was wir in fast allen Regionen erfreulicherweise in Gang setzen konnten, daß wir eine Konzentration, sprich eine Zusammenlegung der Verbände anstreben, im Moment haben wir glaube ich 13, auf sechs oder auf fünf herunter, um damit international einfach besser auftreten zu können.

Denn Faktum ist, ich wiederhole mich auch da, es kennt uns niemand auf der Welt. Und da bin ich beim Wichtigsten – Heinz, wenn ich das noch ansprechen darf –, der Hans Bacher hat das erfreulicherweise auch angesprochen, wir brauchen gewisse Veranstaltungen, ob das in Piber war, und ich habe Piber bitte mit fast derselben Summe unterstützt wie das, was du beim Ecclestone angesprochen hast heuer aus gutem Grund, und ähnliche Veranstaltungen, die uns auch internationale Reputation verschaffen.

Denn noch einmal, daß wir lieb sind, daß es schön in diesem Land ist, daß wir einen guten Wein haben, daß wir ein gutes Essen haben, das sind heute Grundvoraussetzungen, mit denen du international gar nicht punkten kannst, wenn du nicht andere spezifische Elemente auch noch hast.

In aller Kürze, Ussi, die Geschichte mit den Liften, da reden wir noch einmal, da haben wir voriges Jahr eine Unterstützung gegeben. Und dem Martin Wabl wollte ich sagen, daß wir uns seit eineinhalb Jahren bemühen, für Gabelhofen eine Lösung auch über das Land herbeizuführen. Ich würde das persönlich sehr unterstützen. Noch einmal, mich braucht da niemand zu fragen, ob ich ein Projekt unterstütze. Ich unterstütze jedes touristische Projekt mit Vergnügen, aber das Geld wird bitte von Ihnen hier im Landtag beschlossen, und mehr als wir in der Kasse drinnen haben, können wir nicht ausgeben.

Und in diesem Sinne, meine verehrten Damen und Herren, noch einmal sehr herzlichen Dank. Ich verspüre, daß wir im Tourismus ganz sicherlich in den nächsten Jahren weitere gute Schritte setzen werden. Und Heinz, allerletzte Bemerkung zum A1-Ring. Ich gehe in keine Details ein, ich sage dir nicht, was wir bei der Impressionismus-Ausstellung, zu der ich stehe, zahlen müssen. Da ist das, was wir dem Ecclestone zahlen müssen, ein Lercherl im Vergleich dazu. Ich stehe dazu, und ich halte es für gut, daß es die Impressionismus-Ausstellung gibt. (Abg. Vollmann: „Kultur ist wichtig!“) Ich möchte dich nicht erinnern, was wir für das Schürzenjäger-Konzert gezahlt haben und ähnliche Dinge. Ich habe das auch gestern in der Regierung klargestellt, das ist so. Ohne daß du heute dazuzahlst zu solchen Veranstaltungen, die auch hochprofitabel sind, im einen Fall für Herrn Ecclestone, im anderen Fall für den Mick Jagger, im dritten Fall für den Bandleader der Schürzenjäger. Das ist so. Wenn du nur Unterburgenland haben willst, dann mußt du es sagen. (Abg. Vollmann: „400.000 Schilling für Jamaika!“)

Das ist auch eine Variante, und im übrigen soll ich dich vom Klima schön grüßen lassen, er hat gesagt, ein so tolles Ereignis, das ist die größte Veranstaltung für Österreich im Jahreslauf. Und in diesem Sinne ein steirisches Glückauf! (Beifall bei der ÖVP. – 23.29 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Meine Damen und Herren, wir kommen zu den Abstimmungen.

Zunächst bitte ich Sie abzustimmen über den Antrag des Berichterstatters zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 904/1. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Händenzeichen. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Zweitens Entschließungsantrag aller Parteien, betreffend die Vernetzung und Finanzierung von Wasserprojekten. Bei Zustimmung bitte ich um ein Händenzeichen. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Entschließungsantrag von SPÖ und ÖVP, betreffend Mautstraßen in der Steiermark. Wer dem zustimmt, bitte um ein Händenzeichen. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Viertens, Entschließungsantrag der Grünen, der ÖVP und der SPÖ, betreffend die Therme Gabelhofen. Bei Zustimmung bitte um ein Händenzeichen. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

21. Bericht des Sozial-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 657/48, zum Beschluß Nr. 487 des Steiermärkischen Landtages vom 10. Dezember 1997 über den Antrag der Abgeordneten Mag. Zitz, Dr. Wabl, Dr. Brünner und Keshmiri, betreffend die Erfüllung der Beschäftigungspflicht nach den Bestimmungen des Behinderteneinstellungsgesetzes.

Berichterstatlerin ist die Frau Abgeordnete Pußwald. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Pußwald (23.30 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Regierungsvorlage Einl.-Zahl 657/48 zum Beschluß Nr. 487 des Steiermärkischen Landtages vom 10. Dezember 1997 über den Antrag der Abgeordneten Mag. Zitz, Dr. Wabl, Dr. Brünner und Keshmiri, betreffend die Erfüllung der Beschäftigungspflicht nach den Bestimmungen des Behinderteneinstellungsgesetzes.

In diesem Antrag wird die Landesregierung aufgefordert, an die zuständigen Stellen heranzutreten, damit dafür Sorge getragen wird, daß die Verpflichtungen nach dem Behinderteneinstellungsgesetz erfüllt werden und das Land Steiermark keine Ausgleichstaxen mehr zu zahlen und zu leisten hat.

Dazu berichtet die Landesregierung, daß unabhängig von der geringen Anzahl von begünstigten Behinderten im Lehrerbereich, im Bereich der allgemeinen Verwaltung und der KAGES genügend begünstigte Behinderte beschäftigt werden. Ab dem Kalenderjahr 1993 waren keine Ausgleichstaxen zu leisten, sondern es wurden vom Land für die Erfüllung der Einstellungspflicht Prämien überwiesen. Die monatlich festgelegte Pflichtzahl für das Kalenderjahr 1996 schwankt zwischen 830 und 845. Tatsächlich wurden vom Land Steiermark zwischen 992 und 1042 begünstigte Behinderte beschäftigt. Das kontinuierliche Ansteigen der Anzahl der begünstigten Behinderten im Landesdienst zeigt, daß das Land Steiermark im besonderen Maße dem mit dem Behinderteneinstellungsgesetz verfolgten Ziel, behinderte Menschen in das Erwerbsleben einzubinden, gerecht wird.

Namens des Ausschusses für Soziales stelle ich den Antrag auf Kenntnisnahme. (23.32 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Es liegt keine Wortmeldung vor. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

22. Bericht des Ausschusses für Umweltschutz und Energie über den Antrag, Einl.-Zahl 725/1, der Abgeordneten Dipl.-Ing. Getzinger, Herrmann, Kröpfl und Mag. Erlitz, betreffend Biotop- und Tabuzonenkartierung.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Getzinger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Getzinger (23.32 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich darf den Mündlichen Bericht Nr. 133 zur Kenntnis bringen.

Der Ausschuß für Umweltschutz und Energie hat in seiner Sitzung am 6. Oktober 1998 über den Antrag, Einl.-Zahl 725/1, der Abgeordneten Dipl.-Ing. Getzinger, Herrmann, Kröpfl und Mag. Erlitz, betreffend Biotop- und Tabuzonenkartierung, beraten und nachstehenden Beschluß gefaßt:

Der Ausschuß für Umweltschutz und Energie stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, eine möglichst parzellenscharfe Biotopkartierung und Tabuzonenkartierung nach Maßgabe der Mittel raschest zu realisieren. (23.33 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Es gibt dazu keine Wortmeldung. Wer dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Wir kommen nun zu einigen Liegenschaftsverkäufen.

23. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 911/1, betreffend den Verkauf der landeseigenen Liegenschaft EZ. 134, KG. 61018 Grünau, Grundstück Nr. 659/1, im Ausmaß von 5197 Quadratmeter an die Firma Jöbstl & Wegscheider OEG., 8522 Groß St. Florian, um einen Betrag von 3,791.550 Schilling.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Purr. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Purr (23.34 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident. Diese Vorlage betrifft den Verkauf der landeseigenen Liegenschaft EZ. 134 in der KG. Grünau im Ausmaß von 5197 Quadratmeter an die Firma Jöbstl und Wegscheider, Groß St. Florian, zu einem Betrag von 3,791.550 Schilling.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 13. Juli 1998 den Antrag, der Verkauf dieser vorhin genannten Liegenschaft wird genehmigt. Ich bitte um Kenntnisnahme. (23.34 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Danke für die Berichtserstattung. Bei Zustimmung bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

24. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 912/1, betreffend den Verkauf des landeseigenen Grundstückes Nr. 255/1 aus der EZ. 467, KG. 65320 Scheifling, mit einem Flächenausmaß von 3648 Quadratmeter um einen Kaufschilling von 1,094.400 Schilling an die Biowärme Scheifling GmbH.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Riebenbauer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Riebenbauer (23.35 Uhr): Wenn der Herr Präsident gestattet, werde ich straff berichten.

Namens des Finanz-Ausschusses stelle ich den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Verkauf des landeseigenen Grundstückes Nr. 255/1 aus der EZ. 467, KG. 65320 Scheifling, mit einem Flächenausmaß von 3648 Quadratmeter um einen Kaufschilling von 1,094.400 Schilling an die Biowärme Scheifling GmbH. wird genehmigt. (23.35 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Danke für die Berichtserstattung. Keine Wortmeldung. Bei Zustimmung bitte ich um ein Händenzeichen. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme des Antrages fest.

25. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 913/1, betreffend den Verkauf der Grundstücke Nr. 70/2 und 70/1 im Gesamtausmaß von 5260 Quadratmeter zum Betrag von 750.000 Schilling an die Stadtgemeinde Kapfenberg.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Straßberger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Straßberger (23.36 Uhr): Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren!

Ich berichte über die Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung, betreffend den Verkauf der Grundstücke Nr. 70/2 und 70/1 im Gesamtausmaß von 5260 Quadratmeter zum Betrag von 750.000 Schilling an die Stadtgemeinde Kapfenberg.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 13. Juli 1998 den Antrag, der Landtag wolle beschließen: Der Verkauf der Grundstücke Nr. 70/2 und 70/1 im Gesamtausmaß von 5260 Quadratmeter zum Betrag von 750.000 Schilling an die Stadtgemeinde Kapfenberg wird genehmigt. Ich bitte um Annahme. (23.36 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Ich sehe keine Wortmeldung. Bei Zustimmung bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

26. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 900/1, betreffend den Verkauf der zum Gutsbestand der Land- und forstwirtschaftlichen Fachschule St. Martin - Schloß Burgstall gehörenden Grundstücke Nr. 482/4 und 481/18, EZ. 190, KG. Wies, im Ausmaß von 19.432 Quadrat-

meter an die Marktgemeinde Wies zum Preis von 50 Schilling pro Quadratmeter, sohin zum Gesamtkaufpreis von 971.600 Schilling.

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Pußwald. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Pußwald (23.37 Uhr): Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 29. Juni 1998 den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung, betreffend den Verkauf der zum Gutsbestand der Land- und forstwirtschaftlichen Fachschule St. Martin – Schloß Burgstall gehörenden Grundstücke 482/4 und 481/18, EZ. 190, KG. Wies, im Ausmaß von insgesamt 19.432 Quadratmeter an die Marktgemeinde Wies zum Preis von 50 Schilling pro Quadratmeter, sohin zum Gesamtkaufpreis von 971.600 Schilling, wird zur Kenntnis genommen. (23.37 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Ich danke für diesen Bericht. Sehe keine Wortmeldung. Bei Zustimmung bitte ich um ein Händezeichen. Gegenprobe.

Ich darf die einstimmige Annahme des Antrages feststellen.

27. Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 918/1, betreffend den Bodenschutzbericht 1997.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dirnberger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dirnberger (23.37 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren!

Im Steiermärkischen landwirtschaftlichen Bodenschutzgesetz ist festgelegt, daß alljährlich ein Bodenschutzbericht zu erstellen und dem Steiermärkischen Landtag zur Kenntnis zu bringen ist. Der Bodenschutzbericht 1997, es handelt sich um den zehnten derartigen Bericht, enthält neben einem umfangreichen Kapitel über das Bodenschutzprogramm auch ein Kapitel „Sonderberichte“ mit den Beiträgen zu den Themen „Schwermetalle in Böden und der Transfer in die Pflanzen“ und „Auswirkung von Klärschlamm- und Müllkompostgaben am Dauergründland“.

Im Kapitel „Das Steiermärkische landwirtschaftliche Bodenschutzprogramm“ werden vor allem die Ergebnisse der Bodenuntersuchungen dargestellt. Im Teilkapitel „Bodenschutzbericht 1997“ werden die Ergebnisse der Untersuchungen von 54 Rasterstandorten in den Bezirken Graz, Graz-Umgebung und Deutschlandsberg sowie von 24 Nachtragsstandorten präsentiert.

Das Kapitel „Sonderberichte“ enthält einen zusammenfassenden Abschlußbericht der Studie „Über den Transfer von Schwermetallen unter besonderer Berücksichtigung von Arsen vom Boden in die Pflanzen am Beispiel ausgewählter Standorte in der Steiermark“ sowie einen Abschlußbericht über das Projekt „Klärschlamm- und Müllkompostgaben auf Dauergründland in ihren Auswirkungen auf den Boden, die Pflanzen und das Sickerwasser“.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Hohe Landtag wolle beschließen, den Bodenschutzbericht 1997 zur Kenntnis zu nehmen. (23.39 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Danke für den Bericht. Ich ersuche nunmehr um die Wortmeldung.

Abg. Dirnberger (23.39 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren!

Im vorliegenden Bodenschutzbericht 1997, ich darf vorerst einmal dem Landwirtschaftlichen Versuchszentrum der Abteilung Bodenschutz danken für den Bericht, Herrn Dr. Krainer im speziellen, wird über die Bodenprobenergebnisse in den Bezirken Graz, Graz-Umgebung und Deutschlandsberg sehr ausführlich berichtet. Es wird aber auch klargestellt, daß die Schadstoffimmissionen in unseren Böden, die durch uns Menschen verursacht wurden, eigentlich eine sehr späte Beachtung gefunden haben. Und das ist zum einen darauf zurückzuführen, daß unser Boden sehr geduldig ist, er speichert diese Schadstoffimmissionen, spricht Schwermetalle, und zum Unterschied von Luft und Wasser ist die Belastung auch nicht so leicht feststellbar. Aber auch zum Unterschied von Luft und Wasser ist unser Boden in der Regenerierbarkeit nicht so rasch. Unser Boden ist ein sehr sensibles Gefüge, und es ist sicher hier angebracht, die Aussagekraft durch Bodenproben zu verbessern. So wird natürlich weiter gefordert, daß die Meßpunktdichte erhalten bleibt, wenn nicht verstärkt wird, daß dementsprechende Vergleiche hergestellt werden zu Grenzwerten und innerhalb von Standorten, wo bei den Grenzwerten die Werte von Deutschland hergenommen wurden, die auch international anerkannt sind, und es eigentlich noch keine Aussagekraft hat, wenn eine Grenzwertüberschreitung stattfindet. Das heißt, es muß die Grenzwertüberschreitung nicht durch Schadstoffimmissionen sein. Sie kann auch naturgegeben sein.

Natürlich ist es hier auch angebracht, daß Dauerbeobachtungen durchgeführt werden. Es wäre sehr interessant, wenn man dementsprechende Ergebnisse von Untersuchungen, die vor einigen Jahrzehnten durchgeführt wurden, hätte. Das ist aber nicht der Fall. So muß diese Dauerbeobachtung vor allem in Richtung Zukunft stattfinden.

Für mich interessant war vor allem auch noch der Abschlußbericht von Gumpenstein, wo man Klärschlamm- und Kompostgaben als Düngegaben im Grünland ausgebracht hat, über zehn Jahre hindurch, in verschiedenen Mengen, 2,5 Tonnen, 5 Tonnen und 7,5 Tonnen pro Jahr und Hektar, wobei die 7,5 Tonnen einer Düngemenge auf zehn Jahre entsprechen würde, wie sie laut Gesetz in 60 Jahren ausgebracht werden dürfte. Es wurden auch hier Klärschlamm- und Kompostgaben von kleinstädtischen Bereichen und großstädtischen verwendet. Kleinstädtisch – dementsprechend geringere Belastung von Schwermetallen, großstädtisch – dementsprechend höhere. So wurden diese Belastungen dann auch in den obersten Bodenschichten wieder bei den Proben vorgefunden, aber es wurde keine Belastung im Sickerwasser festgestellt und auch nicht in den Pflanzen. Voraussetzung ist aber, daß der pH-Wert

nicht absinkt. Kommt es zu einer pH-Wert-Ab-senkung, dann stehen diese Schwermetalle auch größtenteils den Pflanzen zur Verfügung.

Das heißt zusammenfassend, daß man den Klärschlamm als Düngemittel natürlich nicht gänzlich freigeben kann, daß keine große Euphorie ausbrechen darf, aber man ihn auch nicht zur Gänze verdammen darf. Das heißt, der Weg, wie im Gesetz vorgesehen, daß man dementsprechende Proben durchführt, bei Klärschlamm und Kompost, aber auch beim Boden und dann ganz gezielte Düngegaben abgibt, ist sicherlich der richtige.

Zusammenfassend glaube ich, ist zu erwähnen, daß es wichtig ist, daß ein jährlicher Bodenschutzbericht erstellt wird. Wichtig ist auch, daß ausreichende Meßpunkte vorhanden sind, das heißt eine ausreichende Meßpunktdichte, daß Bodendauerbeobachtung durch periodische Wiederholungen stattfindet, da hat man sich auf alle zehn Jahre geeinigt, und vor allem, daß der Weg, der in den letzten Jahren, vor allem im letzten Jahrzehnt, eingesetzt hat, fortgesetzt wird, daß man Bewußtsein schafft bei der betroffenen Bevölkerung, sprich den Landwirten.

Und bei denjenigen ist das Bewußtsein vorhanden, nur auf einem gesunden Boden können auch gesunde Lebensmittel produziert werden. Ich danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. - 23.44 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Huber. Er hat das Wort.

Abg. Huber (23.44 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der Bodenschutzbericht 1997 liegt vor. Er ist bereits der zehnte Bericht insgesamt, und, Herr Landesrat, wir haben eigentlich immer dasselbe Problem, außer den Schlußbemerkungen ist er so für Normalsterbliche, sagen wir einmal, fast nicht lesbar. Ich würde da wirklich ersuchen, daß man eine stärkere Schlußbemerkung, und die wirklich lesbar, im Bodenschutzbericht integriert.

Der Kollege Dirnberger hat eigentlich das, was man wirklich rauslesen kann, bereits gebracht. Zum Projekt Klärschlamm und Müllkompost auf Dauergrünland ist dann trotzdem die Bemerkung drinnen, obwohl es wenig Anreicherung in den Pflanzen gibt, aber sehr viel in den oberen Bodenschichten, wird die Ausbringung auf Dauergrünland nicht geraten.

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, was ist die Voraussetzung für einen positiven Bodenschutzbericht? Es ist eigentlich ein Umweltprogramm, und in der Landwirtschaft ist das das ÖPUL-Programm, wo wir bereits die dritte Auflage haben. ÖPUL-Programm 1995, 1998 und jetzt die Vorlage „ÖPUL-Programm 2000“. Herr Landesrat, ich hoffe, daß man den Entwurf für das „ÖPUL 2000“ noch überdenkt und überarbeitet, denn das ist, so wie es zur Zeit vorliegt, eigentlich ein Rückschritt. Es gibt da Aufweichungen, die Grünlandbetriebe werden wieder weniger berücksichtigt, kriegen anscheinend weniger bezahlt. Die Aufweichung ist für Großbetriebe, es sind dort Düngemengen vorgesehen, die für die Umweltverträglichkeit im großen Ausmaß bedenklich sind. Das ganze Programm ist verkompliziert. Es wird noch mehr Kon-

trollen bedürfen, wenn es überhaupt kontrollierbar ist. Ansonsten: In der Landwirtschaft kennen wir die Situation. Die Bauern resignieren. Es gibt leider von der ÖVP-Seite weder die Sockelbeträge noch eine Staffelung oder überhaupt Ausgleichszahlung nach Arbeitsaufwand.

Die Dinge sind anscheinend immer nur Lippenbekenntnisse. Und, Herr Landesrat, die Agrarpolitik ist zu fast 100 Prozent in ÖVP-Hand, und bei diesen Rahmenbedingungen, die wir zur Zeit haben, und die Ausgleichszahlungen zumindest so, wie sie gehandelt werden, sind für die Zukunft der Bauern, der Klein- und Mittelbetriebe, eigentlich eine Bankrotterklärung. (Beifall bei der SPÖ. - 23.47 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Das Wort hat Herr Landesrat Pöttl.

Landesrat Pöttl (23.47 Uhr): Ich habe wirklich nicht die Absicht, daß ich um dreiviertel zwölf eine Agrardebatte anfangen, aber ich möchte nur feststellen, daß die gesamte Agenda, wie sie derzeit in Diskussion steht, wo ja auch ein indirekter Zusammenhang mit dem ÖPUL ist, von der offiziellen sogenannten ÖVP-organisierten Bauernvertretung vehementest und auch öffentlich abgelehnt wird. (Abg. Kaufmann: „ÖPUL 2000“ ist von der Präsidentenkonferenz schon genehmigt!“)

Ich sage nur, wo es einen Zusammenhang gibt. Ich stelle nur zusätzlich fest, daß grundsätzlich bei allen flächenbezogenen Programmen und Ausgleichszahlungen wir vor allem jene Betriebe, die in der Veredelungswirtschaft intensiv am Markt sich derzeit bewegen, nicht erreichen und mit den Ausgleichszahlungen die Preisverluste nicht wettmachen können. Momentan am allergrößten im Schweinebereich. Daher möchte ich ganz offen sagen, ist auch begründet, daß bessere Preisvoraussetzungen am Markt die gerechteren Voraussetzungen schaffen und nicht die Erhöhung dieser Ausgleichszahlungen und die Finanzierung über öffentliche Budgets. Und das ist der tiefe Grund, warum wir diese Auseinandersetzung mit der Europäischen Union haben. Ich glaube, das ist auch ein Weg des Selbstverständnisses. Ob wir das erreichen in der Europäischen Union, das ist eine zweite Frage. Das ist derzeit der Kampf, der bis zu Beginn des nächsten Jahres laufen wird.

Nur grundsätzlich steht fest, auch in dem Bodenschutzbericht, daß wir in der Steiermark auf Grund dieser Vorgaben im Grunde richtig gehandelt haben. Wir sind von manchen Vertretern kritisiert worden, warum wir nicht in den ÖPUL-Regionen die Klärschlammausbringung forcieren. Jetzt hat gerade der Abgeordnete Huber unterstrichen, daß eine permanente Klärschlammausbringung im Dauergrünland von den Schwermetallen her auf Grund unserer Untersuchungen problematisch ist. Daher ist also Landwirtschaft keine Aktion, die sich von heute auf morgen kurzfristig abspielt, sondern die Verantwortung für Böden- und Lebensmittel ist eine dauernde und permanente. Ich bin überzeugt, daß in dieser harten Auseinandersetzung, in der sich derzeit die Land- und Forstwirtschaft befindet, sich natürlich einiges an Gesamtverantwortung im Grunde ableitet. Wir werden diese Landwirtschaft haben, die vor allem von der

Bevölkerung über öffentliche Unterstützung und über die Bereitschaft, Preise zu bezahlen, die auch eine Existenzfähigkeit von Bauern zulassen. Diese Land- und Forstwirtschaft werden wir haben. Wir werden uns aber sicherlich, wenn wir nur über die Supermärkte und über die exzentrischen Vermarktungsstrategien die bäuerliche Landwirtschaft betrachten, die Diskussion um Thermenregionen und Grünlandregionen und Tourismusregionen und Pferderegionen langsam abschminken müssen. Das ist auch ein Kapitel, das ich sehr, sehr offen ansprechen muß. (Beifall bei der ÖVP. – 23.51 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Bei Zustimmung bitte ich die Damen und Herren um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Die Tagesordnungspunkte 28 und 29 betreffen beide die Therme Bad Gleichenberg. Wenn Sie mit mir einer Meinung sind, daß wir sie gemeinsam behandeln, aber getrennt abstimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Einstimmige Annahme.

Wir gehen also so vor.

28. Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Arbeitsplatz über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 373/8, zum selbständigen Antrag des Ausschusses für Wirtschaft und Arbeitsplatz vom 28. Jänner 1997, betreffend Therme Bad Gleichenberg.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Schleich. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Schleich (23.51 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident!

Die Steiermärkische Landesregierung hat in ihrer Sitzung vom 9. März 1998, GZ. 10-23 Ge 26/100-1998, beschlossen, 1092 Aktien im Nominale von 1.092.000 Schilling (das sind 60,67 Prozent des Grundkapitals) von der Bank für Kärnten und Steiermark um den Betrag von 33.368.500 Schilling zuzüglich einer Nachbesserung aus einem außerordentlichen Ertrag der AG. von der Bank für Kärnten und Steiermark zu kaufen. Der Ankauf wurde am 6. Mai 1998 vollzogen. Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 14. September 1998 den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum selbständigen Antrag des Ausschusses für Wirtschaft und Arbeitsplatz vom 28. Jänner 1997, betreffend Therme Bad Gleichenberg, wird zur Kenntnis genommen. (23.52 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Ich danke für den Bericht.

29. Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Arbeitsplatz über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 388/5, zum Antrag der Abgeordneten Dr. Wabl, Mag. Zitz, Keshmiri und Dr. Brünner, betreffend den Kauf der Mehrheitsanteile an der Therme Bad Gleichenberg.

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Mag. Zitz. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Mag. Zitz (23.53 Uhr): Da sich der Bericht zum Tagesordnungspunkt 29 inhaltlich mit dem Tagesordnungspunkt 28 völlig deckt, ersuche ich um Annahme dieses bereits gebrachten Berichtes. (23.53 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Eine Wortmeldung – angekündigt kurz – liegt seitens des Herrn Kollegen Schleich vor.

Abg. Schleich (23.53 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Nachdem ich gehört habe, es ist kurz vor zwölf, werde ich nicht überziehen ins neue Jahr.

Ich möchte aber die Gelegenheit wahrnehmen, mich bei allen, die mitgewirkt haben – und ich glaube, das ist sehr ernst, obwohl es sehr spät ist –, die Therme Bad Gleichenberg mit einem Prozentsatz von 60,67 Prozent für das Land zu übernehmen. Ich darf mich dafür herzlichst bedanken und wünsche allen, wenn es auch schon am Morgen ist, eine gute Nachhausefahrt und darf feststellen – wenn man die zweite Periode Landtag ist –, daß das eines meiner größten Anliegen im Landtag war und dies auch zum Ausdruck bringen. Ich darf mich herzlich bedanken, ein steirisches Glückauf! (Beifall bei der SPÖ. – 23.54 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Frau Kollegin Beutl ist am Wort.

Abg. Beutl (23.54 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren!

An Kürze ist der Kollege Schleich heute fast nicht zu überbieten, aber selbstverständlich möchte auch ich zum Ausdruck bringen, daß nicht nur die Gemeinde Bad Gleichenberg, sondern die gesamte Umlandregion sehr froh darüber ist, daß das Land in dieses Aktienpaket eingestiegen ist. Und die positiven Entwicklungen, wenn wir allein auf das heurige Jahr schauen, sind schon festzustellen. Wir hoffen, daß wir gemeinsam – denn nur dann geht was weiter – in den zukünftigen Jahren für Bad Gleichenberg solche Erfolge heimbringen können. (Beifall bei der ÖVP. – 23.55 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Ich ersuche nun die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Vorlage 373/8 die Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich darf die einstimmige Annahme des Antrages feststellen.

Nun ersuche ich Sie um Zustimmung zur Regierungsvorlage Nr. 388/5. Gegenprobe.

Ich darf auch hier die einstimmige Annahme des Antrages feststellen.

Bei den Tagesordnungspunkten 30 und 31 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese zwei Tagesordnungspunkte

gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abstimmen zu lassen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

30. Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Arbeitsplatz über den Antrag, Einl.-Zahl 838/1, der Abgeordneten Mag. Zitz und Dr. Wabl, betreffend Ökosoziale Steuerreform.

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Mag. Zitz. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Mag. Zitz (23.56 Uhr): Der Ausschuß für Wirtschaft und Raumordnung hat in seiner Sitzung am 6. Oktober 1998 über den Antrag, Einl.-Zahl 838/1, der Abgeordneten Zitz und Wabl, betreffend Ökosoziale Steuerreform, beraten und nachstehenden Beschluß gefaßt:

Der Ausschuß für Wirtschaft und Raumordnung stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Erstens: Der Steiermärkische Landtag spricht sich dafür aus, daß jede Steuerreform des Bundes nur so durchgeführt werden kann, daß damit das Finanzausgleichsgefüge weder direkt noch indirekt zu Lasten der Länder verschoben wird. Sofern dies unter diesen Vorgaben möglich ist, sind soziale und ökologische Gesichtspunkte vorrangig zu berücksichtigen.

Zweitens: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung für die Umsetzung des Punktes eins einzusetzen. Ich ersuche um Annahme dieses Antrages. (23.56 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Ich danke für den Bericht.

31. Bericht des Ausschusses für Umweltschutz und Energie über den Antrag, Einl.-Zahl 899/1, der Abgeordneten Dr. Karisch und Riebenbauer, betreffend Ökologisierung des Steuersystems.

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Dr. Karisch. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Dr. Karisch (23.57 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

In diesem Antrag wird die Landesregierung aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, um zu erwirken, daß bestehende Energiesteuern zu echten Umweltabgaben auf den Verbrauch fossiler Energieträger, insbesondere Öl, Kohle, Gas, umgestaltet werden. Damit wäre auch in vielen Bereichen, so zum Beispiel bei den erneuerbaren Rohstoffen, bei der Althausanierung und Wärmedämmung, bei Biodiesel eine umweltpolitische Förderung mit steuerlichen Erleichterungen verbunden.

Ich ersuche um Beschlußfassung. (23.57 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Ich sehe keine Wortmeldung und bitte die Damen und Herren, die dem Antrag zur Einl.-Zahl 838/1 zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme des Antrages fest.

Nunmehr stimmen wir ab über den Antrag der Frau Berichterstatterin zur Einl.-Zahl 899/1. Wer zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Auch hier darf ich die mehrheitliche Annahme des Antrages feststellen.

32. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 318/9, zum Beschluß Nr. 168 des Steiermärkischen Landtages vom 10. Dezember 1996 über den Antrag der Abgeordneten Wiedner, Dr. Flecker, Mag. Bleckmann, Schützenhöfer und Keshmiri, betreffend Vorlage des jährlichen Kataloges über die erfolgten Förderungen.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Ing. Schreiner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ing. Schreiner (23.58 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Ich darf vortragen den Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 318/9, betreffend die Vorlage des jährlichen Kataloges über die erfolgten Förderungen. Gegenständliche Vorlage ist Ihnen bekannt, und ich darf hiermit um Ihre Zustimmung bitten. (23.58 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Bei Zustimmung ersuche ich Sie um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

33. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 638/4, zum Antrag der Abgeordneten Dr. Flecker, Korp, Vollmann und Gennaro, betreffend die Steiermärkischen Landesforste.

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Kaufmann. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Kaufmann (23.59 Uhr): Sehr geehrte Damen und Herren!

Der Finanz-Ausschuß hat am 2. Dezember 1997 den Beschluß gefaßt, den Antrag, Einl.-Zahl 638/4, der Abgeordneten Dr. Flecker, Korp, Vollmann und Gennaro, betreffend die Steiermärkischen Landesforste der Landesregierung zur Vorberatung zuzuwenden.

Der Antrag lautet, der Hohe Landtag wolle beschließen, die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, die Steiermärkischen Landesforste weder zur Gänze noch teilweise, ausgenommen im Falle notwendiger kleinerer Arrondierungen, zu veräußern und sie uneingeschränkt im Eigentum des Landes Steiermark zu erhalten. Hiezu wird berichtet, daß seitens des Landesfinanzreferates keinesfalls beabsichtigt wird, die Steiermärkischen Landesforste zur Gänze oder auch nur teilweise zu veräußern.

Ich stelle im Namen des Ausschusses den Antrag, der Landtag wolle beschließen, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen. (00.00 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Bei Zustimmung bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

34. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 901/1, betreffend Verkauf der EZ. 14, KG. Radkersburg, mit dem darauf befindlichen Objekt Hauptplatz 32 an Friedrich Fortmüller, 8490 Bad Radkersburg, Theatergasse 1, zum Preis von 1,472.400 Schilling.

Berichtersteller ist der Herr Abgeordnete Günther Prutsch. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Günther Prutsch (00.00 Uhr): Dieser Verkauf betrifft ein Grundstück beziehungsweise ein Objekt in Bad Radkersburg. Die Abteilung für Liegenschaftsverwaltung hat angeregt, diese Liegenschaft zu veräußern. Es wurde ein Schätzgutachten erstellt und ein Verkehrswert von 1,472.320 Schilling errechnet

Es erfolgte daraufhin eine Ausschreibung in der „Grazer Zeitung – Amtsblatt für die Steiermark“ und in den steirischen Tageszeitungen, und die Stadtgemeinde Radkersburg wurde ersucht, auf die Ausschreibung am Schwarzen Brett hinzuweisen.

Bei der Anbotslegung lag ein Anbot über 1,090.000 Schilling vor. Ein Anbot über 720.000 Schilling ist nach Anbotseröffnung eingelangt. Der Anbotsleger, Herr Friedrich Fortmüller, ist bereit, das Objekt für einen Betrag von 1,472.400 Schilling zu erwerben.

Es wird der Antrag gestellt, diesem Verkauf zuzustimmen. (00.01 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Bei Zustimmung bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich darf die einstimmige Annahme des Antrages feststellen.

35. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 906/1, betreffend Dietrichsteinplatz 15, Rechtsabteilung 14; Genehmigung des Ankaufs der ehemaligen Geschäftsräumlichkeiten der Basler Versicherung mit 186,24 Quadratmeter zum Anbotpreis von 3,724.800 Schilling, aufgerundet 4,0 Millionen Schilling.

Berichterstellerin ist die Frau Abgeordnete Gross. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Gross (00.02 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Die Rechtsabteilung 14 beantragt, am Dietrichsteinplatz 15 freigewordene Geschäftsräume für Büro-zwecke der Rechtsabteilung 14 zu erwerben. Diese im dritten Geschoß gelegenen Räume im Ausmaß von 186,24 Quadratmeter bilden eine ideale Ergänzung zu den von der Rechtsabteilung 14 in diesem Objekt bereits genutzten Flächen.

Für eine Abklärung des Kaufanbotes wurde vom gerichtlich beideten Sachverständigen ein Verkehrswertgutachten eingeholt, das einen Verkehrswert von 3,800.000 Schilling ausweist. Die Angemessenheit des

Kaufpreises ist somit bestätigt. Es gibt in diesem Bereich nur lediglich geringe Aufwendungen für Adaptierungsmaßnahmen.

Namens des Finanz-Ausschusses darf ich daher den Antrag stellen, der Landtag wolle beschließen:

Der Erwerb des von der Basler Versicherung im Haus Graz, Dietrichsteinplatz 15, um 3,724.800 Schilling angebotenen Geschäftslokales im Ausmaß von 186,24 Quadratmeter für Büro-zwecke der Rechtsabteilung 14 wird mit Gesamtkosten inklusive Grundstückserwerbsteuer und Nebengebühren von aufgerundet 4 Millionen Schilling genehmigt. (00.03 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Eine Wortmeldung dazu liegt nicht vor. Bei Zustimmung ersuche ich um ein Händesign. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme des Antrages fest.

Meine Damen und Herren, ich bitte um Entschuldigung, es war nicht ganz klar.

Wir kommen noch einmal zu meiner Frage, wer stimmt diesem Antrag zu, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Darf ich die Herren bitten, zu zählen?

Also der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden. Die Gegenstimmen waren in der Überzahl.

36. Bericht des Ausschusses für Verkehr und Infrastruktur über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 399/3, zum Beschluß Nr. 294 des Steiermärkischen Landtages vom 15. April 1997 über den Antrag der Abgeordneten Mag. Zitz, Dr. Wabl, Keshmiri und Dr. Brünner, betreffend ÖBB-Realisierung des geplanten Taktknotens zwischen Bruck an der Mur und Selzthal.

Berichtersteller ist der Herr Abgeordnete Schrittwieser. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Schrittwieser (00.05 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Es geht hier um die Vorlage, Einl.-Zahl 399/3. Die Vorlage liegt den Damen und Herren Abgeordneten vor. Ich ersuche um Annahme dieser Vorlage. (00.05 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Bei Zustimmung bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

37. Bericht des Ausschusses für Verkehr und Infrastruktur über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 909/1, über die Auflassung der L 531, Unterzeiringer Straße, von Kilometer 0,0 bis Kilometer 1,764 in einer Länge von 1764 Meter.

Berichtersteller ist der Abgeordnete Schuster. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Schuster (00.06 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Die Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung über die Auflassung der L 531, Unterzeiringer Straße, in einer Länge von 1764 Meter. Die Vorlage ist bekannt. Ich ersuche um Annahme. (00.06 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Keshmiri.

Abg. Keshmiri (00.06 Uhr): In aller Kürze möchte ich einen Entschließungsantrag einbringen, und zwar geht es darum, daß das Land Steiermark säumig ist in bezug auf Berichtslegung für Unfallhäufungspunkte in der Steiermark.

Daher fordern wir den Landtag auf, er wolle beschließen, die Landesregierung wird aufgefordert, über die unfallhäufigsten Straßenstellen in der Steiermark im Jahr 1997 und im Halbjahr 1998 bis Ende des Jahres 1998 dem Verkehrsministerium und dem Landtag einen Bericht gemäß Paragraph 96 Absatz 1b StVO 1960 vorzulegen. Ich bitte um Annahme. (00.07 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Wer dem Antrag des Berichterstatters zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 909/1, zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Wer dem Entschließungsantrag des LIF, der ÖVP und SPÖ, betreffend Berichterstattung über die unfallhäufigsten Punkte der Jahre 1997 und 1998, zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

38. Wahlen in die Landtags-Ausschüsse.

Nach Paragraph 62 Absatz 1 GeoLT wird jede Wahl im Landtag wie in den Ausschüssen mittels Stimmzettel vorgenommen; sofern nicht einstimmig die Wahl in anderer Form beschlossen wird.

Im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz schlage ich vor, die nunmehr durchzuführende Wahl durch Erheben der Hand vorzunehmen.

Die Damen und Herren, die mit diesem Vorschlag einverstanden sind, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Mein Vorschlag ist einstimmig angenommen.

Von der Österreichischen Volkspartei liegen folgende Wahlvorschläge vor:

Ich ersuche den Schriftführer, Herrn Abgeordneten Reinhold Purr, die Wahlvorschläge zu verlesen:

Abg. Purr: Abg. Peter Rieser wird in folgenden Ausschüssen als Mitglied beziehungsweise Ersatzmitglied nominiert:

in den Ausschuß für Bau, Wohnbau und Raumordnung:

als Mitglied;

in den Finanz-Ausschuß:

als Mitglied;

in den Gemeinde-Ausschuß:

als Mitglied;

in den Ausschuß für Gesundheit, Sport und Spitäler:

als Ersatzmitglied;

in den Ausschuß für Jugend, Familie und Frauenfragen:

als Ersatzmitglied;

in den Kontroll-Ausschuß:

als Ersatzmitglied;

in den Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft:

als Ersatzmitglied;

in den Ausschuß für Sicherheit, Einsatzorganisationen und Landesverteidigung:

als Mitglied;

in den Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschuß:

als Ersatzmitglied;

in den Ausschuß für Föderalismus und Verwaltungsreform:

als Mitglied;

in den Not-Ausschuß:

als Ersatzmitglied.

Präsident Dr. Strenitz: Ich danke für die Verlesung und ersuche nun die Damen und Herren, die diesen Wahlvorschlägen ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Die Wahlvorschläge sind einstimmig angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Die nächste Sitzung wird auf schriftlichem Wege einberufen.

Die Sitzung ist geschlossen. (Ende der Sitzung: 00.09 Uhr.)